DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

211 19. JAHRGANG April 2002 4,50 €

AUSWERTUNG ANTI-NATO-AKTIONEN

Widerstand – direkt, kreativ und visionär!

Vom 1.-3. Februar fand in München die NATO-Tagung statt. Neben den Herrschenden hatten sich auch zahlreiche Gruppen und Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen mit vielfältigem Protest angekündigt, um den reibungslosen Verlauf der »Sicherheitskonferenz« zu stören und gegen die Politik anzustänkern, für welche die NATO steht: Krieg für ökonomische Interessen, Militarisierung und Aufrüstung weltweit – nach außen und nach innen. Die Stadt München und das Land Bayern wollten mit allen Mitteln der NATO eine protestfreie Stadt präsentieren, doch Widerstandsgruppen agierten mit einer ungewohnten Breite kreativen Widerstands. Daher lohnt eine genauere Auswertung – als Ausgangspunkt für eine Weiterentwicklung.

Samstag, 2. Februar 2002: »Nacktaktion« mit Parolen auf dem Körper

Von Espi, Rehzi, Jörg, Björn und anderen, beteiligt an den Aktionen in München und ihrer Auswertung ● Nach Einschüchterungsversuchen im Vorfeld, zu welcher u.a. die Kriminalisierung des Anti-NATO-Komitees zählte und die in der Hausdurchsuchung des Infoladens gipfelte, zeigte sich der bayerische Rechtsstaat von seiner »besten« Seite: Kurz vor Tagungsbeginn sah sich der Widerstand mit einem totalen Demonstrationsverbot inklusive aller Ersatzveranstaltungen unter freiem Himmel konfrontiert, gestützt auf die Konstruktion »gewaltbereiter ChaotInnen« durch Medien und PolitikerInnen.

Die Abschottung der Innenstadt durch 3.000 PolizistInnen, die sich später als äußerst brutal erwiesen, ständige Kontrollen und ein verzerrtes Bild der NATO-GegnerInnen erzeugten ein merklich repressives Klima. Davon betroffen war auch der »Carneval against NATO«, ein Projekt, das in der Vorbereitung sehr viel Unterstützung und Zuspruch erfuhr: Geplant war dieser als ein bunter Umzug am Samstag morgen, mit Musik, Kultur und radikalpolitischen Inhalten der Menschen mit verschiedensten Bezügen ... Theaterleute, SchülerInnen, AkteurInnen aus den Transgender- und Pink-Silver-Bereichen, kreative WiderständlerInnen und Direct-Action-Gruppen. In diesem Sinne sollte der Carneval eine Plattform für kreativen Protest und direkte Aktionen bieten. Doch aufgrund der drohenden Repressionen musste der Carneval abgesagt werden, u.a. um die bewusst selbstorganisierte Infrastruktur (Sound-System, Lautsprecherwagen, Generator usw.) nicht zu gefährden. Auch zahlreichen Gruppen von außen wurde die Einreise verweigert: Bussen aus Berlin, Freiburg und der Schweiz wurde die Einreise mit fadenscheinigen Begründungen verwehrt.

Aus allem entstand zunächst eine Lähmung. Eingeschüchtert blieben etliche AktivistInnen zu Hause oder fuhren zu anderen Aktionen. Doch die Lähmung konnte zumindest in Teilen überwunden werden, weil sich Gruppen auf kreative Protestformen vorbereiteten und aus einem Direct-Action-Training in den Tagen vor der NATO-Tagung direkte Aktionen entstanden, die die Lähmung aufbrachen. Der Blick auf diese Aktionen und eine kritische Reflexion über gelungene, ausbaufähige und gescheiterte Aktionen bilden den Schwerpunkt dieser CONTRASTE.

Die AutorInnen stammen aus den Gruppen, die kreativen Widerstand und direkte Aktion den sonst üblichen einheitlichen Großaktionen vorziehen. Es ist ihr Blickwinkel, der prägend ist.

Im Internet ist eine Übersicht von Auswertungstexten und Links unter www.hoppetosse.net zu finden. ●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 9

AUS DEM INHALT:

WARTEN AUF CARLOTTA

Carlotta scheint uns in Stich zu lassen. Leider hat sie uns nicht, wie erwartet, die Fortsetzung ihrer Polit-Soap-Novelle zugeschickt. Wie sich herausstellte, war die angegebene Autorenanschrift fiktiv, so dass sich leider kein Kontakt zu Carlotta herstellen ließ. Was nun Carlotta?

KOMMUNE-INFO-TOUR

Seit Mitte der 90er Jahre veranstalten linke, politische Kommunen eine Infotour, abwechselnd im Süden oder Norden der Republik. Sie erzählen und berichten von ihren Erfahrungen und bieten gleichzeitig einen Ansatzpunkt in der Öffentlichkeit. Im Februar war die Tour entlang der Ostsee zu Besuch. Seite 3/4

STIFTUNG FRAUENINITIATIVE

»Prozesse der Selbstorganisation – Empowerment in städtischen Krisengebieten« war der Titel dieser Tagung in Köln. Neben Besichtigungen von Projekten vor Ort beschäftigten sich die TeilnehmerInnen mit Konzepten anwesender Projekte wie dem Umsonstladen Hamburg, einer lokalen Währung in Christiania (Dänemark), dem »Gardening-Projekt« in Göttingen und »Mama Cash« in den Niederlanden. Seite 4

BEWEGUNGSSTIFTUNG

Mit einem Kapitalgrundstock von 250.000 Euro wurde Anfang März »Die Bewegungsstiftung« im Berliner Haus der Demokratie auf den Weg gebracht. Vorbild ist der »Haymarket People Fund«, der in den USA seit mehr als 25 Jahren soziale Bewegungen unterstützt. Seite 4

VERNETZUNG

Europaweit vernetzen sich Einzelpersonen, soziale Initiativen, autonome Projekte und soziale Bewegungen, um in einer »Europäischen Sozialen Consulta« eine Alternative zur kapitalistischen Globalisierung und deren negativen Auswirkungen auf das soziale Zusammenleben der Menschen aufzuzeigen: ein europaweiter Diskussionsprozess von unten. Seite 5

EMPIRE

In ihrem Buch »Empire« analysieren Michael Hardt und Toni Negri die Umstrukturierung des Kapitalismus vom Imperialismus zum Empire. Dieses Buch führt in eine Diskussion, die sich weder auf das Beklagen der Schrecken des kapitalistischen Systems noch auf das Hochjubeln einer wie auch immer gearteten Zivilgesellschaft beschränkt, sondern in der auch eine antikapitalistische Umwälzung angedacht wird. »Imperium« (deutscher Titel) scheint sich zur Bibel linker Protestbewegungen zu mausern. Rezension und Interview mit Michael Hardt auf Seite 10/11.

www.contraste.org

D 8008

00.3637 46 001
Wolfgang Beywl
Bonnstr. 84
D-50321 Brühl

RADIO DREYECKLAND – KURDISCHER MODERATOR SOLL ABGESCHOBEN WERDEN

Breites Bündnis fordert Bleiberecht

»Mehmet Dogan und seine Familie müssen den Schutz des Asyls und ein Recht auf ein ungefährdetes Leben in der BRD erhalten«, fordert das Freie Radio Dreyeckland (RDL) in Freiburg im Breisgau. Mittlerweile hat sich in Freiburg ein breites Bündnis organisiert, um die Abschiebung des kurdischen Radiomoderators in die Türkei zu verhindern.

Martin Höxtermann, Freiburg ● Seit drei Jahren ist Mehmet Dogan bei dem nichtkommerziellen Lokal-Radio auf Sendung. Er berichtet dort in der Sendung »Denge Kurdistan« (Die Stimme Kurdistans) einmal wöchentlich über die politische Situation in der Türkei, vor allem auch über Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten. Außerdem organisiert der 33-jährige Flüchtling, der bis 1997 in der Türkei für die kurdische HADEP-Partei aktiv war, Kundgebungen und Demonstrationen in Baden-Württemberg und arbeitet im Vorstand des Mesopotamischen Kulturvereins, der vom Verfassungsschutz in das Umfeld der PKK eingeordnet wird. Dennoch lehnte das Freiburger Verwaltungsgericht seinen Asylantrag ab. Die exilpolitischen Tätigkeiten wurden als »nicht exponiert« eingestuft. Deshalb sei der Kurde in der Türkei »nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit der Gefahr einer politischen Verfolgung ausgesetzt«, heißt es in der Urteilsbegründung.

Eine Entscheidung, die in der Stadt zunehmend auf Proteste stößt. »Die politische Situation für Kurden ist in der Türkei nach wie vor schlecht, es gibt für sie dort keine Menschenrechte,« sagt sein Anwalt Thomas Neymeyer-Hempel. Tochter Ayten ist gehbehindert und benötigt eine ständige Anpassung ihrer Prothese. Entsprechende medizinische Hilfe sei in der Türkei nicht gewährleistet. »Das Gericht steht im offenen Gegensatz zu zahlreichen anderen Urteilen von Verwaltungsgerichten, die auch geringere exilpolitische Aktivitäten als ausreichend angesehen haben, um eine Gefährdung zu erkennen«, sagte Christian Möller vom »Südbadische Aktionsbündnis gegen Abschiebungen«.

»Mehmet Dogans redaktionelle Arbeit und politische Tätigkeiten sind der türkischen Botschaft und dem türkischen Geheimdienst bekannt, und es steht-zu befürchten, dass er unmittelbar nach Betreten türkischen Bodens erneut verhaftet wird«, heißt es in einer Pressemitteilung von RDL. »Seit RDL-Redakteur Stefan Waldberg 1992 vierzehn Monate in türkischen Gefängnissen inhaftiert war und nur aufgrund der internationalen Proteste freikam, ist Radio Dreyeckland in der Türkei ein Begriff für kritische Berichterstattung, gerade auch hinsichtlich der Kurdenfrage«, so der Sender weiter. Eine Forderung, der sich auch Schüler, Eltern und Lehrer der Freiburger Anne Frank-Schule anschließen, die von Ayten (11) und Aysegül Dogan (8) besucht wird. Sie statteten dem Regierungspräsidium in Freiburg bereits einen Besuch ab und überreichten dort 200 Protestpostkarten und 100 Unterschriften, um damit gegen die geplante Abschiebung der Dogans zu protestieren.

»Eine Abschiebung wäre der Beginn eines Leidens in der Türkei, das wir verhindern möchten«, protestiert auch die örtliche SPD in einem Schreiben an das Regierungspräsidiums. Dort verschanzt man sich, wie gewohnt, hinter Paragraphen. Es sei gerichtlich geklärt, dass die Familie Dogan weder vor politischer Verfolgung in der Türkei geflohen ist noch ihr irgendwelche Verfolgungsmaßnahmen im Falle der Rückkehr drohen, so die Behörde. »Die Familie ist verpflichtet, in ihr Heimatland zurückzukehren«.

Anwalt Neymeyer-Hempel hat inzwischen einen Asylfolgeantrag gestellt. Nach den Osterferien will der UnterstützerInnenkreis der Dogans eine Petition an den Stuttgarter Landtag schicken und sammelt derzeit Unterschriften. ●

Aus: Stattzeitung für Südbaden
www.stattweb.de

BROTHERS KEEPERS-PROJEKT:

Konzert im Flüchtlingslager

Dieser Tage landet ein ungewöhnlicher Antrag auf den Schreibtischen des hessischen Regierungspräsidiums in Darmstadt. Denn für Samstag, den 8. Juni 02 planen Brothers Keepers ein Konzert von BANTU an einem besonderem Ort und vor speziellem Publikum. »Konzertsaal« soll der Aufenthaltsraum des Flüchtlingslagers auf dem Frankfurter Flughafengelände sein.

Redaktion Heidelberg ● Spielen wollen *Brothers Keepers* (BK) / *BANTU* für Menschen, die offiziell gar nicht mitten in Deutschland leben: die Flüchtlingsunterkunft gilt juristisch als exterritoriales Gelände. Flüchtlinge, die mit dem Flugzeug in Frankfurt landen, werden hier für die Dauer eines Schnellverfahrens, manchmal aber auch über Monate hinweg festgehalten. Sie gelten als nicht eingereist, ihre weitere Zukunft ist ungewiß. Die Gruppe *BANTU* ist Initiator des BK-Projektes, einem Zusammenschluss verschiedener afrodeutscher Reggae- und Rapkünstler. Das antirassistische Musikprojekt wurde gegründet, nachdem im Sommer 2000 der mosambikanische Familienvater Alberto Adriano in Dessau (Sachsen-Anhalt) von deutschen Jugendlichen wegen seiner schwarzen Hautfarbe zu Tode geprügelt wurde. Nach gemeinsamen Plattenveröffentlichungen wie u.a. »Adriano (Letzte Warnung)«, riefen sie einen gemeinnützigen Verein ins Leben, der Opfer rassistischer Gewalt direkt unterstützt. Das geplante Konzert im Flüchtlingslager sehen sie in einer Reihe mit ihrem bisherigen Engagement.

Adégoke Odukoya, Mitglied von *BANTU* und Gründer von BK, erklärt: »Wir wollen den Menschen im Lager zeigen, dass sie nicht alleine sind. Wir wollen ihnen mit unserer Musik Kraft geben. Sie haben ein Recht darauf, hier wie Menschen aufgenommen zu werden, denn niemand flieht freiwillig.«

Die Idee zu diesem Auftritt entstand in Zusammenarbeit mit dem *Aktionsbündnis gegen Abschiebung / Rhein-Main,* einem Zusammenschluss antirassistischer Gruppen, der sich seit Jahren für die Schließung des »Internierungslagers« am Frankfurter Flughafen einsetzt. Zudem wendet sich das Aktionsbündnis gegen die jährlich über 10.000 Abschiebungen, die per Flugzeug vom »Abschiebeflughafen Rhein-Main« abgewickelt werden. Ebenfalls für Samstag, den 8. Juni, zeitgleich zum Auftritt von *BANTU*, kündigt das Aktionsbündnis eine Kundgebung am Flughafen an. Wie ein Sprecher des Aktionsbündnis erklärte, soll mit der Kundgebung auch des Todes von Aamir Ageeb gedacht werden. Ageeb, dessen Todestag sich am 28. Mai 2002 zum dritten Mal jährt, hatte sich gegen seine Abschiebung über den Frankfurter Flughafen zur Wehr gesetzt. Er wurde von den eingesetzten BGS-Beamten zu Tode gebracht. Die staatsanwaltlichen Ermittlungen führten zur Anklageerhebung gegen 3 BGS-Beamte. Der Prozeß wegen Verdacht auf fahrlässige Tötung beginnt im Sommer in Frankfurt/Main.●

Kontakt:
Brothers Keepers e.V., Postfach 30 02 93, D-50772 Köln, Fax (02 21 99 12 21 29

AKTION 2002

Aufwind ?

Aufwärts geht es noch nicht mit unserer Abostatistik, aber zumindest haben wir in diesem Monat eine ausgeglichene Bilanz. Werbeaktivitäten sind notwendig, um unsere Abobilanz aufzubessern und natürlich weitere Umstellungen vom Normalabo auf die Fördermitgliedschaft.

Redaktion Heidelberg ● Für diverse Werbeaktionen auf Tagungen oder bei Seminaren haben wir kostenlose Überdrucke der CONTRASTE auf Vorrat. Bestellungen unter Tel. (0 62 21) 16 24 67.

Nachfolgend unser Überblick aus dem Monat März 2002:

Ein Abonnement wurde auf Fördermitgliedschaft umgestellt:

● Andreas Hammer, Östringen (62 EUR)

Zusammen mit sechs Neuabos ergibt das Mehreinnahmen in diesem Jahr von 291,90 EUR.

Sieben Abos wurden gekündigt, das ergibt bereinigt Mehreinnahmen von 5,60 EUR.

Auf unserem Spendenkonto gingen folgende Beträge ein:

● Dr. Elisabeth Redler (Ort?) (25 EUR)
● Jörg Hänsler, Stuttgart (30 EUR)
● Kommune-Info-Tour 2002 (16 EUR)
● Elmar Still, Erfurt (100 EUR)

Das ergibt Mehreinnahmen von insgesamt 176,60 EUR, die unser Minus aus dem Monat Februar auf 92 EUR verringern.

Zusammen mit dem angestrebten Teilabbau unserer Altschulden in diesem Jahr benötigen wir noch 1.785,99 EUR.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

PROJEKTMITTEL SOZIOKULTUR

Der Fonds Soziokultur fördert zeitlich befristete Projekte, in denen neue Angebots- und Aktionsformen in der Soziokultur entwickelt und erprobt werden. Die Vorhaben sollen Modellcharakter besitzen und beispielhaft sein für andere soziokulturelle Projekte und Einrichtungen. Damit will der Fonds Soziokultur einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Projektideen ermöglichen.

Kulturelle Initiativen, Zentren und Vereine sind aufgerufen, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen und Anträge für das zweite Halbjahr 2002 zu stellen. **Einsendeschluss ist der 1. Mai 2002** (es gilt das Datum des Poststempels). Für die zweite Vergaberunde dieses Jahres stehen dem Fonds, dessen Kuratorium Anfang Juli 2002 abschließend über die eingegangenen Anträge entscheiden wird, noch Fördermittel in Höhe von 190.000 Euro zur Verfügung.

Auch in einzelnen Bundesländern gibt es Fonds zur Förderung soziokultureller Projekte. Daher werden die Antragsteller aus den betreffenden Bundesländern im Interesse einer stärkeren Ressourcenbündelung und kooperativen Kulturfinanzierung ausdrücklich ermutigt, sich mit ihren Projektanträgen zusätzlich auch an diese Länderfonds zu wenden. Die Anschriften der Länderfonds, nähere Informationen zur Ausschreibung und die Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 2002 können über die Geschäftsstelle des Fonds oder über folgende Internet-Adresse bezogen werden:
www.soziokultur.de/fonds

Fonds Soziokultur e. V. Weberstr. 59a, D-53113 Bonn Tel. (02 28) 201 67 35, Fax 201 67 36

SEMINAR ZU STRATEGIEN DER RECHTEN

Nazis gegen Krieg und Castor?

Beim letzten Atomtransport nach Gorleben rief die NPD zu Protesten auf. Rechte sollten sich »der Sache wegen« mit »Linken solidarisieren« und gemeinsam gegen den Castor demonstrieren. Rechte besetzen schon länger Themen wie Ökologie (»Heimatschutz«). Nazis demonstrieren auch gegen den Afghanistan-Krieg. Mit nationalistischen Parolen treten sie gegen den »US-Kulturimperialismus« an.

Auf diesem Seminar vom 27. bis 28.4. in Solingen wollen wir uns damit beschäftigen, wie systematisch linke Themen in rechte Strategien eingebaut werden.

Info: JungdemokratInnen/Junge Linke NRW,
Herner Str. 79, D-44791 Bochum,
Tel. (02 34) 796 78 49, Fax 579 78 50
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
Internet: www.jungdemokratinnen.de

INTERNATIONALE DELEGATIONSREISE IN DEN IRAK

Redaktion Heidelberg ● Der »Krieg gegen den Terror« geht in eine neue Runde. Die Bombardements in Afghanistan gehen unvermindert weiter. Nach der Drohung des US-Präsidenten Georg W. Bush gegen die sogenannte »Achse des Bösen« (Irak, Iran, Nordkorea) wird nun der Irak immer wahrscheinlicher zur nächsten Zielscheibe der US-Militärs.

Vom 12. bis 26. April findet eine Delegationsreise mit mehr als 100 TeilnehmerInnen aus über 20 Ländern in den Irak statt, organisiert von SOS ENFANTS de l'IRAK PAYS_BAS aus Belgien und der Dutch-Iraqi Friendship Association. Einzige deutsche Teilnehmerin wird Marion Küpker von der »Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen« sein.

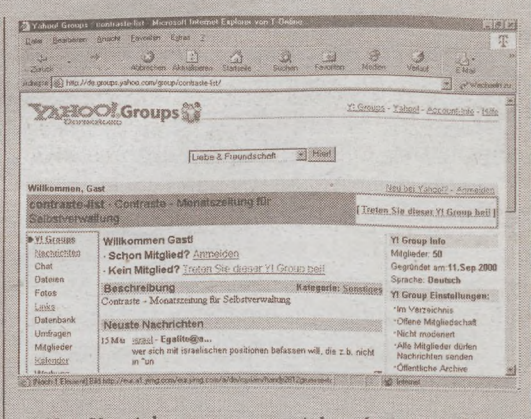
Ziel der Delegation ist die Vernetzung von menschenrechts- und Anti-Kriegsorganisationen (auch vor Ort), um den angekündigten Krieg seitens der US-Regierung gegen den Irak den Aufbau einer internationalen Friedensbewegung entgegenzusetzen, um in Zukunft Kriege verhindern zu können. JournalistInnen der Weltmedien sind gerade an Kriegsschauplätzen gleichgeschaltet, so dass internationalen BeobachterInnen eine bedeutende Rolle in der Gegenöffentlichkeit zukommt.

Eine besondere Bedeutung kommt den Auswirkungen der über 300 Tonnen abgereicherten Urans zu, welches im zweiten Golfkrieg zum Einsatz kam. Zu diesem Thema wird die Delegation Krankenhäuser besuchen, Ärzte interviewen, aber auch US- und britische Golfkriegsveteranen treffen, die von dieser radioaktiven Munition betroffen sind. Einige von ihnen sind derzeit im Irak, mit der Absicht, wieder gut zu machen, was auch sie an der irakischen Bevölkerung mit zu verantworten haben. Die Forderung nach Aufhebung des Wirtschaftsembargos gegenüber dem Irak spielt eine sehr wichtige Rolle, um der Zivilbevölkerung lebensnotwendiges aus allen Bereichen zukommen lassen zu können und ihre Menschenrechte wieder herzustellen. Für diese Arbeit will die Delegation Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, wie z.B. Studenten und Frauenorganisationen treffen.●

Kurt's Surf-Center

Elektronische Bandenbildung

Allbekannt ist die Möglichkeit, unter www.contraste.org aktuelle und ältere Ausgaben unserer Zeitung einzusehen. Weniger bekannt ist es, dass seit einigen Jahren CONTRASTE auch als eine sogenannte egroup existiert. Da heißt sie dann »contraste-list« und beliefert ihre derzeit 51 Mitglieder ständig mit neuen Artikeln und Diskussionsbeiträgen um unsere Themen als email. JedeR dort Eingetragene erhält fast täglich neue Mails und kann sich jederzeit in diesem erlauchten Zirkel per elektronischer Post äußern.



Im Unterschied zum seit diesem Jahr eingerichteten Forum unserer Homepage (www.contraste.org) ist also eine solche Äußerung dann aber quasi zunächst einmal nicht öffentlich und könnte erst dann eingesehen werden, wenn jemand de.groups.yahoo.com/group/contraste-list/ in die Kommandozeile des Browsers eingibt. Da die contraste-list eine offene und unmoderierte egroup ist, kann dort auch jedermensch eintreten oder als Gast im Archiv rumstöbern.

Das muss bei dieser Form elektronischer Kommunikation aber nicht zwingend so sein. Webmaster Karl, ein alter Mailinglistenprofi aus dem Urschleim der Mailboxszene des letzten Jahrtausends, könnte aus der Gruppe auch einen »closed shop« machen, bei dem die Diskussion nichtöffentlich stattfindet, ModeratorInnen die Diskussion scharf überwachen und unliebsame Beiträge einfach abgeschossen (»gecancelt«) werden. Erweiterungsfunktionen zum »Chatten« (in Echtzeit über den Bildschirm »plaudern«), zur gemeinsamen Bearbeitung von Dateien, Bildern, Datenbanken, Umfragen etc. könnten freigeschaltet werden.

So richtig populär wurde diese elektronische Kooperationsform, seit www.egroups.de es ermöglichte, dass jedeR mit ein paar Mouseklicks ein solches Projekt einrichten konnte. Deshalb wurde egroups.de auch prompt im vergangenen Jahr von Yahoo aufgekauft und eine egroup ist seither eine Y! Group: do you want to yahoo with me?

Nur Vorsicht: wer an zu vielen dieser Mailinglisten teilnimmt wird erleben, dass sein elektronischer Briefkasten mitunter auch überquillt. Lästige Werbemails (sogenannter »SPAM«) tauchen ohnehin bald auf, weil alle offenen Groups ebenso wie die Foren des Usenet von Geschäftemachern und Adressenhändlern systematisch nach öffentlich bekannt gewordenen email-Adressen abgeklappert werden. Da helfen nur sogenannte Mailfilter, die emails zu den Stichworten »Sex«, »Viagra«, »Kreditkarte«, »get rich«. herausfiltern und abblocken. Denn wer dort auf den häufig eingerichteten »unsubscribe-button« zum Abbestellen klickt verrät nunmehr, dass es seine email-Adresse wirklich gibt und macht sich damit u.U. nur noch interessanter für diese neue Form des direct-mailing.

Aber auch ein Übermaß an eigentlich erwünschter Mail führt dazu, dass im Endeffekt dann gar nichts mehr sorgfältig gelesen wird. Trotzdem hat CONTRASTE mit der contraste-list eigentlich nur gute Erfahrungen gemacht. So manche der hier geposteten Mails erschien später als Artikel in der Zeitung. Und auf unserem Redaktionsplenum in Köln hatten wir durch contraste.list sogar einen Besucher aus Thüringen und lernten auf diese Weise ein bislang anonymes Mitglied unserer egroup leibhaftig kennen.

Das ist auch gut so. Denn auf rein elektronischen Wegen funktioniert das nicht so richtig mit der Bandenbildung. Dazu muss mensch sich schon richtig treffen.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

DIE KOMMUNE-INFO-TOUR 2002 AN DER OSTSEE UNTERWEGS

»Zwischen neu und wieder«

»Manchmal entsteht trotzdem etwas. Eine Siedlung für einige hundert Menschen aufzubauen, ist heute sofort (in drei, vier Jahren) machbar. Ob das aber eine Ablösungsstrategie vom Kapitalismus sein kann, ist fraglich. Dieser verträgt sehr viele Gemeinschaften in Nischen. Die Gemeinschaftsprojekte können also höchstens ein wichtiges illustratives Element einer breiteren Bewegung sein, die es noch zu definieren gilt. Gegenüber den etwas diffusen Projekten des Dritten Sektors haben die Gemeinschaftsprojekte den Vorteil, dass sie autonom bestimmte Räume bieten, eigentliche Kerne alternativen Lebens.«

(aus: P.M., Subcoma. Nachhaltig Vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft, Zürich 2000)

Leh von den Zorrows, Berlin ● Satte 130 Jahre, wenn ich von der Gründung der Pariser Kommune 1871 rechne, oder 30 Jahre nach den kommunitären Aufbrüchen der 1968er, die sich »ab auf's Land« begaben, blüht ein zartes Pflänzlein abseits des mainstreams. Abseits also von Psychokommunen, Befindlichkeitsseminaren, Esoterik-Messen, Come-together-events und anderen hochmodernen Ereignisformaten – mit denen zum Teil satt Geld gemacht wird. Dieses zarte Pflänzlein hat mittlerweile schon 13 Jahre auf dem Buckel und es hat auch einen Namen: »Netz der linken, politischen Kommunen und Projekte«. Dieses Netz gibt seit 1990 einen Rundbrief heraus, die sogenannte »*Kommuja*« (im zwei-monatlichen Rhythmus), und es finden jährliche Kommunetreffen statt (1. überregionales Treffen auf der Burg Lutter im Frühjahr 1989), immer wechselnd bei einem der Projekte.

Eine weitere Errungenschaft dieses Netzes sind die seit Mitte der 90er Jahre stattfindenden Kommune-Infotouren. Bis zu 10 Reisende touren mit Informationsveranstaltungen von Ort zu Ort, erzählen und berichten von ihren Erfahrungen und bieten gleichzeitig einen Ansatzpunkt in der Öffentlichkeit – für interessierte Einzelne, für neugegründete Projekte, für politische Initiativen –, mit dem Thema in Berührung zu kommen.

Daneben hat die Tour auch Erlebniswert für die Reisenden selbst, und so ist es kein Wunder, dass aus den bestehenden Kommunen das Reiseinteresse groß ist.

In diesem Februar war die Tour entlang der Ostsee zu Besuch (3. bis 10. Februar), von Templin in der Uckermark bis nach Flensburg kurz vor Dänemark.

Ein Blick hinter die Kulissen der Tourproduktion

So eine Tour braucht etwa ein halbes Jahr Vorlauf, bis alle Termine in den Städten sowie die Übernachtungen und technische Ausrüstung geklärt sind. Dieses Mal reisten neun Leute aus sieben Projekten. Wir haben uns an drei Wochenenden in Kassel, Niederkaufungen und Berlin getroffen, zur Erarbeitung des Tourkonzeptes und um uns als Reisende miteinander bekannter zu machen. Der Werkstatt-Verlag in Göttingen sponsorte die Tour mit dem Druck der Veranstaltungsplakate, eine Kaufunger Kommunardin und zugleich Mitarbeiterin des Freien Radio Kassel half tatkräftig bei der Produktion einer Ton-Dia-Show, ein Kasseler Kommunarde machte vorab die Pressearbeit, Umbruch-Bildarchiv in Berlin war »unser Büro« und steuerte Fotos bei, der Kommunefond schließlich besorgte die Vorfinanzierung des ganzen Unternehmens. Wir Reisenden selber entwickelten dann in unserem »Basislager« in der Kommune Feuerland am Wochenende vor Tourbeginn gemeinsam einen Sketsch, der unsere Veranstaltungen eröffnen sollte. Als alles Equipment und die neun TouristInnen in zwei Autos verstaut waren, konnte der Wanderzirkus starten.

Unterwegs

Erste Station war das »Multikulturelle Zentrum« in Templin (3.2.), danach das »Internationale Kultur- und Wohnprojekt« in Greifswald (4.2.), das erst seit letzten November mit viel jugendlichem Elan von Leuten aus dem Uni-Bereich aufgebaut wird. Unterwegs nach Rostock machten wir für einen Nachmittag halt in der Kommune Ulenkrug (5.2.). Abends gastierten wir im Rostokker Antifa-Cafe »Median« und tagsdarauf in Wismar (6.2.) im »Tikozigalpa«. Die Olgashof-Kommune war für einen Tag (7.2.) notwendiger Ruheplatz. Über das Lübecker »Arbeitslosenzentrum« (8.2.) und den »Kulturladen Leuchtturm« in Kiel (9.2.) endete unsere Tour im Flensburger »Kühlhaus« (10.2.). Die Wulfshagener Hütten nahe Kiel und die Kommune Barkelsby bei Eckernförde waren unsere weiteren Nachtquartiere.

Zehn Tage randvolles Programm, und nicht nur während der Veranstaltungen drehte sich alles um kollektives Leben. Denn auch unsere GastgeberInnen waren hinterher jedes Mal erfrischend neugierig und mitteilsam. Zehn Tage voll mit kleinen Einblicken, was so läuft an den verschiedenen Plätzen. Aus der Fülle hier zwei Stationen, an denen unsere »Kommune-Infotour« nun ihrerseits von den gastgebenden Kommunen »informiert« wurde. Zwei meiner persönlichen »highlights«.

Longo Mai ist zurück

Auf dem Weg zwischen Greifswald und Rostock machten wir Station bei der Kommune Ulenkrug. In Stubbendorf, irgendwo in der mecklenburgischen Pampa, hat sich 1995 erstmals seit zwanzig Jahren wieder ein Longo Mai-Projekt in Deutschland niedergelassen. Die »Europäische Kooperative Longo Mai« hat sich 1972 im Südwesten Deutschlands gegründet und 1976 das Land verlassen. Zu einer Zeit, als die staatliche Gewalt mit Rasterfahndung (damals neu entwickelt!) und Anti-Terroreinheiten (GSG 9) Jagd auf die RAF und den linksradikalen Widerstand hierzulande machte, und nicht wie heute weltweit gegen »das Böse« agiert. Damals wurde den Longo Mais im Grenzgebiet von Frankreich zu Deutschland die anarchisch »frei flutendende« Schafherde verbrannt(!). Das klingt vielleicht nach wüster Revolutionsgeschichte aus längst vergangenen Zeiten, ist aber leider immer noch aktuell in der heutigen globalen Kriegseuphorie. Die Staatslogistik hat nun einfach andere im Visier.

Wir erlebten einen spannenden Nachmittag auf dem Hof in Stubbendorf, erfuhren etwas vom Engagement der UlenkrügerInnen gegen den NATO-Krieg in Yugoslavien und gegen den aktuellen Afghanistan-Krieg. Wir besichtigten die Wohn- und Wirtschaftsgebäude, bekletterten die Winterbaustelle des neu zu errichtenden Gemeinschaftshauses und ließen uns bei einem leckeren Mittagessen über das Leben der 30-köpfigen Großkommune berichten.

Im Longo-Mai-Netz sind insgesamt 12 Gruppen zusammengeschlossen, einzelne KommunardInnen rotieren zwischen den verschiedenen Projekten. Die meisten Gruppen leben in Frankreich oder in der Schweiz, einzelne in Österreich, Costa Rica, der Ukraine und eben auch wieder in Deutschland. Ein Büro in Basel fungiert als Koordinationsstelle. Einen originellen Gedanken, vielleicht eine Art Zielbestimmung für das Gesamtprojekt, fand ich im aktuell gültigen »Jahresbericht 1999/2000«:

Foto: umbruch-bildarchiv

Internationales Kultur- und Wohnprojekt in Greifswald — Foto: Poschmann

»Es geht uns nicht darum, wieder in mittelalterliche Verhältnisse zurückzukehren, es geht darum, dass die sesshafte, zivilisierte Welt vieles von dem ökologischen Wirtschaften der Nomadenvölker übernehmen muss, und die Nomaden eine Modernisierung ihrer Zivilisation dringend brauchen. Es geht darum, die aus den Zusammenhängen »herausgelöste Ökonomie« (Karl Polanyi) wieder ins Leben zu integrieren.(..) Longo Mai möchte weiterhin Freiräume schaffen, um sich - ohne anzuhalten - von der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft zu bewegen, wandern zwischen Mensch, Raum und Zeit, mit oder zu Leuten, die sich gegen die Welt(un)ordnung wehren.« (Jahresbericht, S.7)

Politische Spiritualität in den Wulfshagener Hütten

Ein Großprojekt ganz anderer Art war am Ende der Tour unser Gastgeber. Die Wulfshagener Hütten bei Kiel begreifen sich als eine »Basisgemeinde«. Sie leben als christliche Lebens- und Arbeitsgemeinschaft nach urchristlichem Vorbild. Diese 70köpfige Großkommune orientiert sich an historischen Gestalten wie Franz von Assisi, an den hutterischen Bruderhöfen und der lateinamerikanischen Basisbewegung. Sie kommen aus der Friedensbewegung der achtziger Jahre und siedeln seit 1983 im Großraum Kiel. In den neunziger Jahren kamen ein Standort in einem Hausbesetzungsprojekt in Berlin und in einer Dorfgemeinde in der Ukraine in den Verbund dazu.

Ihren Lebensunterhalt verdienen die Wulfshagener mit der Herstellung von ökologischem Holzspielzeug und Möbeln für Kinder. Dazu haben sie einen eigenen Holzverarbeitungsbetrieb auf ihrem Gelände, in dem, nach eigenem Bekunden, »alle Menschen guten Willens einen Arbeitsplatz finden können«. Das meint, dass Leute mit unterschiedlichstem Leistungsvermögen und verschiedenster Qualifikation dort gleichberechtigt die Produkte herstellen und vertreiben können. Nach dem Prinzip, jede(r) kann alles. Interessant, und mittlerweile erwähnenswert für linke Strukturen, dass sie vollkommmen auf den Einsatz von Computertechnologie verzichten.

So faszinierend das alles bei unserem Rundgang wirkte, so fremd war für die meisten dann doch der spirituelle Rahmen, der dieser Gemeinschaft als Mittelpunkt und Bindeglied im Alltag dient. Glaubwürdig in jedem Fall und konsequent politisch, dazu angesehen in der Region. Und das, finde ich, ist doch nicht wenig in diesen Zeiten. Jedenfalls hat sich wieder einmal gezeigt, wie vielfältig die linke Projektelandschaft hierzulande immer noch ist.

Die Samstagabend-Performance (»der bunte Abend«), in der wir ganz selbstverständlich eingeladen waren, Teile unseres Veranstaltungsprogrammes (Sketch und Ton-Dia-Schau) aufzuführen, war mit knapp 80 Personen inclusive der zahlreichen Kinder eine der größten »Veranstaltungen« auf unserer Reise.

Zwischen »neu« und »wieder« Erste Einsichten am Ende der Tour

Kommune Barkelsby, Eckernförde — Foto: Kurzbein

Die Infotour, so unsere einhellige erste Einschätzung am Morgen danach, war lohnend und erfolgreich. Das bezieht sich sowohl auf die Einblicke in die Vielfalt und Lebendigkeit der Kommuneszene, als auch auf das Echo, das allabendlich auf unseren »Input« kam. Um die 200 Leute kamen zu unseren 7 Veranstaltungen, von den 18jährigen bis zu einer 86jährigen ehemaligen Genossenschaftsaktivistin.

Bemerkenswert, dass mehrmals Leute auftauchten, die sich vor Jahren oder Jahrzehnten aus der politischen Szene zurückgezogen haben, oder überhaupt den kleinfamiliären Weg der Lebensgestaltung für sich vorgezogen haben. Und jetzt, da ihre Kinder zu jungen Erwachsenen herangewachsen sind, machen sich scheinbar einige auf die Suche und entdecken für sich wieder das Projekt Kommune. Manche brachten sogar gleich ihre erwachsen gewordenen Kinder mit (oder umgekehrt?) und waren

Fortsetzung auf Seite 4

Die Info-Tour gastierte im Rostocker Antifa-Café »Median« — Foto: Poschmann

SELBSTVERSTÄNDIGUNGSPROZESS ZWISCHEN THEORIE & PRAXIS

»Prozesse der Selbstorganisation ....

Empowerment in städtischen Krisengebieten«, das war der Titel einer Tagung vom 21. – 23.2.2002 in Köln, ausgerichtet von der »Stiftung Fraueninitiative«. Die Initiative zu diesem Treffen ging von vier Wissenschaftlerinnen aus: Heide Mertens, Soest, Carola Möller, Köln, Ulla Peters Trier und Irina Vellay, Dortmund. Die Einladungen gingen mehrheitlich an Frauen aus Deutschland und den übrigen EU-Ländern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Wissenschaft befassen sich alle mit alternativer Ökonomie, und die Frauen und Männer aus konkreten städtischen Projekten praktizieren eine von vielen möglichen Formen der Selbstversorgung. Damit war eine gute Voraussetzung für den geplanten Erfahrungsaustausch und einen ersten Selbstverständigungsprozeß zwischen Theorie und Praxis gegeben.

»Besichtigungen«, »Analysen«, »Perspektiven« , so waren die drei Teile der Tagung benannt. Wir besichtigten eine 15 ha große Industriebrache in Köln-Mülheim, einem Stadtteil mit hoher Erwerbslosigkeit. Hier haben sich Bewohner des Stadtteils zu einer »Initiative Neue Arbeit für Mülheim« zusammengeschlossen und jetzt eine »Stadtteilgenossenschaft für solidarisches Wirtschaften, Wohnen, Arbeiten und Leben« gegründet. Ob sie gegen die üblichen maximalen Verwertungsvorstellungen der jetzigen Eigentümer ihre Vorstellungen eines Produzierens mit und für die Bewohner des Stadtteils verwirklichen können, bedarf im ersten Schritt einer politischen Entscheidung in der Kommune und im Land.

Der Besuch in der »Mütze e.V.«, in der Nähe der Brache, zeigte, wie sich ein Projekt mit einer begrenzten öffentlichen Grundförderung, mit gut qualifizierten, politisch voraus denkenden und bezahlten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Handlungsspielräume schafft für selbstorganisierte Projekte und damit zu einem gut und vielfältig genutzten Treff fürs Stadtviertel geworden ist. Hier schon gab es die erste gegenseitige Erkundung über die unterschiedliche Herangehensweise an alternative Ökonomie-Projekte bei dem Vergleich des Mütze-Konzepts, mit dem auf seine Weise ebenso durchdachten Konzept des »Umsonstladens« als Teil der Projektgemeinschaft »Neue Arbeit Hamburg«.

Der Erfahrungsaustausch unter den Projekten und mit den WissenschaftlerInnen stand im Mittelpunkt der drei Tage. Zehn verschiedene Berichte, zehn verschiedene Sichtweisen. Die Vielfalt der Projekte und ihre unterschiedlichen Ansätze wirkten belebend und anregend. Wie funktioniert das mit der lokalen Währung in Christiania (Dänemark), wie trägt sich so ein »Umsonstladen«, deren es schon sechs in der BRD gibt? Könnten wir nicht das Gardening-Projekt in Göttingen, das für die beteiligten Migrantinnen einen hohen Integrationswert hat, auch in unserer Stadt anregen? Wie schafft es »mama cash« in den Niederlanden, so viele Kredite an Frauenprojekte zu geben?

Oft sind es kleine Alltagsregeln, die die Projekte selbst finden, die die Projektarbeit zu einer guten machen. So steht der Umsonstladen unter dem Motto »Freies Geben und Nehmen«. Das Nehmen ist inzwischen begrenzt auf drei Dinge pro Person und Tag. Wer viel »nimmt«, von dem/der wird auch erwartet, dass er/sie auch mal »gibt«, z.B. einige Stunden Umsonst-Mitarbeit.

Am letzten Tag zogen wir Bilanz: Was war das Wichtigste, das wir gelernt haben? Was war neu für Dich? Welche Ideen kannst Du für Dein Projekt nutzen?

Es hatte sich inzwischen ein Vertrauen in der Gruppe herausgebildet, was es erlaubte, sowohl die positiven neuen Erkenntnisse als auch kritische Überlegungen – z.B. zum Stellenwert von selbstorganisiertem anderen Wirtschaften und Arbeiten für das herrschenden Wirtschaftssystem – deutlich auszusprechen. Über die Ziele und den politischen Stellenwert eines anderen Wirtschaftens und Arbeitens – darin war man sich einig – möchten alle genauer reflektieren, ebenso über die Möglichkeiten, die Projekte stärker mit den neuen sozialen Bewegungen zu vernetzen, denn beide, sowohl die heterogene Projekteszene, als auch sozialen Bewegungen brauchen sich gegenseitig. Das ist aber auf beiden Seiten noch nicht im Bewusstsein. Auch zu projektinternen Problemen, z.B. wie eine Projektgruppe sich besser qualifizieren und mehr soziale Kompetenz entwickeln kann, wie sie lernt, besser mit Konflikten umzugehen, gibt es großen Diskussionsbedarf.

Es war für alle gut zu erfahren, dass auch die Anderen, dass immer mehr Menschen versuchen, sich dem herrschenden Markt und seinen Gesetzmäßigkeiten zu entziehen und Erfahrungen damit zu sammeln, sich eigene Kreisläufe für notwendige Güter und Dienste zu schaffen. Mit den Ambivalenzen zwischen Existenzsicherung durch die übliche Erwerbsarbeit und eigentlich als soziale Subjekte emanzipatorische Lebens- und Arbeitsformen zu wollen, müssen sich alle Beteiligten täglich auseinandersetzen.

Fakt ist: Leute in ihren Stadtvierteln tun sich zusammen und engagieren sich in alternativen Projekten. Es wird gehandelt. Wer Güter und Dienste mit möglichst wenig Geld, auf der Basis von freiem Geben und Nehmen tauscht, verändert etwas. Damit materialisiert sich ein anderes Tun. Der Wunsch nach einer anderen Lebensweise ist stark, findet immer neue Formen. Die Normen und Handlungsweisen des heute vorherrschenden Marktes saugen ständig mehr von unserer Kraft und unserer Zeit ab auf Kosten unserer gewünschten Lebensqualität. Projekte, die eine alternative Ökonomie und Kultur entwickeln, versuchen damit, möglichst viel Kraft und Lebenszeit für ein »gemeinsames Eigenes« zurück zu gewinnen, denn nur wer über seine Zeit verfügt, kann selbst bestimmt leben.●

Kontaktadresse für weitere Planungen:
e-mail: taking.place@ nike.k.shuttle.de
Die Inhalte der Tagung sollen dokumentiert werden.

Die Vorbereitungsgruppe

BEWEGUNGSSTIFTUNG IN BERLIN GEGRÜNDET

Ein Schritt weiter

Die Gesichter der neun Gründerinnen und Gründer der Bewegungsstiftung strahlten: Anfang März unterschrieben sie in einem feierlichen Akt in Berlin im Haus der Demokratie die Stiftungsurkunden, übertrugen den Kapitalgrundstock von 250.000 EUR und gaben damit offiziell die Gründung der Stiftung bekannt.

Vom Gabriele Rohmann, Berlin ● Zur Veranstaltung, auf der Mitinitiator und -stifter Christoph Bautz und Jörg Rohwedder, seit Dezember letzten Jahres hauptamtlicher Geschäftsführer, Idee, Konzept und Strategie der Stiftung vorstellten, waren rund vierzig AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und JournalistInnen gekommen. Sicher, um sich näher über die Stiftung zu informieren, sicher aber auch, um Dieter Ruchts Vortrag über Soziale Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert anzuhören. Rucht, Soziologieprofessor am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB), forscht seit mehr als zwanzig Jahren über neue soziale Bewegungen und wird als Wissenschaftler die Stiftung im Stiftungsrat beraten. Der Giessener Psychoanalytiker, Sozialphilosoph und langjährige Friedensaktivist Horst-Eberhardt Richter, der dem Stiftungsrat ebenfalls als Person des öffentlichen Lebens angehört, konnte zwar selbst der Veranstaltung nicht beiwohnen, ließ aber in einem Grußwort vermelden, dass er sich freue, dass die Stiftung – die erste dieser Art in Europa – nach gut zweijähriger Vorbereitungszeit nun konkret eine Rechtsform besitzt und ihre Arbeit »energisch« und »mit Nachdruck« vorantreiben kann.

Die Stiftung betritt, wie Bautz erörterte, Neuland. Ihre Idee, Projekte, Kampagnen und VertreterInnen aus verschiedenen sozialen Bewegungen nicht einfach nur zu fördern, sondern sie auch in ihrer Nachhaltigkeit und langfristigen Strategie zu beraten, kommt aus den USA, wo der »Haymarket People Fund« seit mehr als 25 Jahren soziale Bewegungen unterstützt und sich mit 14 anderen Stiftungen zum Netzwerk »Funding Exchange« zusammengeschlossen hat. Dass eine ähnliche Entwicklung in Deutschland dazu führen kann, zivilgesellschaftliches Engagement voranzubringen und den vielen wichtigen und sinnvollen Aktionen von sozialen Bewegungen auch Stabilität zu verleihen, gehört zu den wesentlichen Visionen der Stiftung. Und natürlich zu denen der AktivistInnen, die fast immer mit finanziellen Nöten zu kämpfen haben, sich meistens ehrenamtlich engagieren und schon so manche politische Aktion wegen Geldmangel wieder aufgeben mussten.

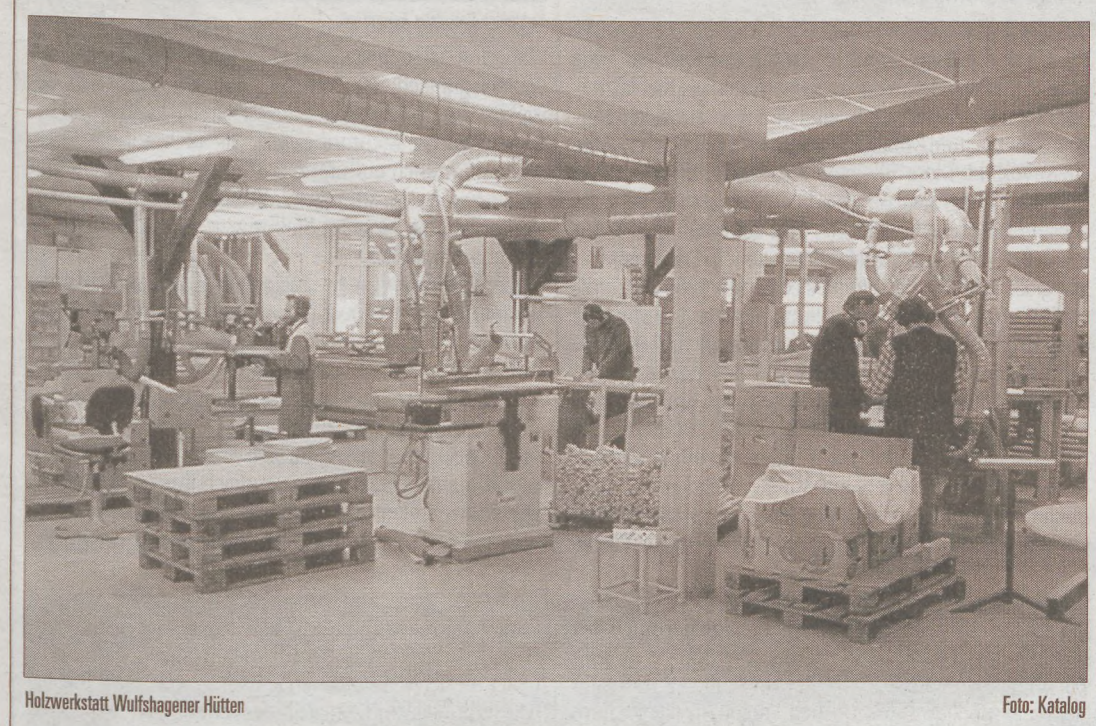
Die Zeichen für soziale Bewegungen stehen gut und schlecht, stellte Dieter Rucht in seinem Vortrag »vorsichtig« fest. Nach den 68ern, die der Soziologe in ihren Anliegen für weitgehend gescheitert hält, komme frischer Wind in die Bewegungslandschaft. Einerseits kristallisiere sich eine neue Konfliktachse zwischen den Anhängern und Lobbyisten neoliberaler Politik und den GlobalisierungskritikerInnen heraus, andererseits warnt Rucht aber auch davor, die Erfolge sozialer Bewegungen als zu hoch einzuschätzen. Ihre Forderungen, zumindest gelte das für die nördliche Hemisphäre dieser Welt, seien weniger radikal als im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, sie seien vielmehr durch eine dauerhafte Einmischung in die Politik gekennzeichnet. Das werde zwar von vielen, bedauerte auch Rucht, mit geringschätzigen Gesten abgetan. Doch wies auch der Wissenschaftler, der schon viele Initiativen, Gruppen und Organisationen hat kommen und gehen sehen, auf den immensen demokratischen Wert sozialer Bewegungen hin. Schließlich seien sie weniger träge, bürokratisch und starr wie Parteien und Verbände und könnten schneller, kreativer und »beweglicher« auf neue Herausforderungen reagieren.

Den Merkmalen von sozialen Bewegungen heute scheint der Stiftungsgedanke, verschiedene soziale Bewegungen zu fördern, sehr entgegenzukommen. Nach Rucht haben sich nämlich die Inhalte und Themen sozialer Bewegungen vervielfältigt, arbeiten viele AktivistInnen kampagnen- und projektbezogen und halten ihre Zugehörigkeit zu einer Bewegung nicht für ein »ultimatives Glaubensbekenntnis«, das ihnen die Einbindung eines Großteils ihrer Lebenswelt abverlangt. An ähnlichen Kriterien orientiert sich auch die Stiftung, wenngleich sich hier aber nicht der Eindruck einstellen sollte, dass »alles im Fluss« ist. Auf Kontinuität, Langfristigkeit und eine gewisse »Bewegungserfahrung« der AktivistInnen werde bei der Auswahl der zu fördernden und bereits geförderten Projekte durchaus großer Wert gelegt, erläuterte Rohwedder die Erwartungen der Stiftung an potentielle AntragstellerInnen.

Bei der Gründung wurde eins sehr deutlich: Die Stiftung setzt Impulse. Das meinte auch die Soziologin Gisela Notz, die ebenfalls in den Stiftungsrat berufen wurde und seit 15 Jahren – ganz im Sinne Bourdieus – sowohl wissenschaftlich über soziale Bewegungen forscht, als auch selbst in verschiedenen Projekten engagiert ist. Die Einrichtung wird so manchen VertreterInnen von sozialen Bewegungen sicher neue Anstöße geben und sie dazu motivieren, ihre politische und soziale Arbeit fortzusetzen.●

Kontakt:
Die Bewegungsstiftung, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden,
Tel.: (0 42 31) 95 75 40, Fax: 95 75 41
EMail: info@bewegungsstiftung.de
Internet: www.bewegungsstiftung.de

FORTSETZUNG VON SEITE 4



Holzwerkstatt Wulfshagener Hütten Foto: Katalog

hochmotiviert, wieder einmal »was anderes zu machen, als nur allein zu Hause zu sitzen«.

Dass ein Teil der Jüngeren, bei ihrem Neueinstieg ins Berufsleben oder auch darüber hinausgehenden Lebensplanungen, für sich neu Kommune entdecken, bzw. nach Kollektivbetrieben oder nach Kommunearbeitsplätzen anfragten, könnte für einige Projekte, die auch ausbilden können, sogar neuen »Nachwuchs« bezüglich Zusammenarbeit oder Mitleben bedeuten.

Zwischen »Info-Tour« und »Los geht's-Festival«. PR-Arbeit des Netzes der politischen Kommunen

Es war nunmehr die 6. Tour, seit wir Mitte der 90er Jahre mit dem »touren« begannen. Die Struktur unseres Netzes in der Öffentlichkeit wird sichtbarer und auch die Medien nehmen den kommunitären Weg zu leben verstärkter wahr. Die Presse jedenfalls war interessiert wie lange nicht. Die Touren gehen zu den Leuten und erreichen so die lokale politische Infrastruktur: Infoläden, Kulturzentren, Antirassistische Initiativen, Antifa-Gruppen, Anti-Akw/Castor- sowie die Ökobewegung, HausbesetzerInnen und BewohnerInnen von Wagenplätzen. Die politische Szene also, von der wir ein Bestandteil sind und die dennoch eher wenig von der Existenz und der Struktur politischer Kommunen weiß. Die vorhandenen Kenntnisse identifizieren leider immer noch unsere Bewegung entweder als skurril-überlebt oder als esoterisch überformt, und beides provoziert im politischen Spektrum Distanzierung. Dass nach wie vor AktivistInnen gemeinsames Leben und/oder kollektives Arbeiten als ihre Form von Widerständigkeit begreifen und manch Junge die »Kommune« als Neuorientierung für sich ansehen, kann vielleicht den SkeptikerInnen in den eigenen Reihen entgegengehalten werden. Ob das allerdings im Trend liegt oder nur ein zufälliger Eindruck ist, bleibt natürlich vorerst unbeantwortet.

Es gibt ja noch eine andere Form der kommunitären Öffentlichkeitsarbeit, mit umgekehrtem Ansatz, nämlich der Sammlung von interessierten Einzelpersonen oder Initiativgruppen zu gegenseitigem Austausch an einem Ort: Das »Los Geht's Festival«, das dieses Jahr vom 16. bis zum 20. Mai auf dem Gelände der Kommune Niederkaufungen stattfinden wird. Es ist ausdrücklich ein gemeinsames Vorhaben der Kommunebewegung. Ziel ist es, den Kommunegedanken zu verbreiten, unseren eigenen Kommunen neue Leute zu vermitteln sowie vor allem eine Starthilfe zur Gründung neuer Kommunen zu geben. Nach drei Malen ist auch dieses Ereignis auf dem Weg, sich in vielen Köpfen als lohnendes Ereignis festzusetzen. Wer näheres zu dieser Veranstaltung wissen möchte, natürlich auch, wenn Unterstützung angeboten werden kann, wende sich an die Kommune Niederkaufungen oder an die Villa Loccomuna in Kassel.

Vielleicht bis bald in den Kommunen oder bei Revolten.●

Kontakte:

Info Tour Reisende:
Finkenburg bei Bremen, Tel. (0 42 04) 14 97
mail: oeverblick@verden-info.de
Feuerland-Kommune in der Uckermark,
Tel. (03 97 42) 8 16 11
mail: kommune.feuerland@t-online.de
Kommune Liberwal im Wendland,
Tel. (0 58 48) 12 88
mail: hans@mind.de
Kommune Buchhagen im Weserbergland,
Tel. (0 55 33) 14 00
mail: kombu@t-online.de
Olgashof-Kommune bei Wismar,
Tel. (0 38 41) 79 33 37
mail: kurzbein@aol.com
Kommune Niederkaufungen,
Tel. (0 56 05) 8 00 70,
mail: kommune@t-online.de
Wohnprojekt Zorrow aus Berlin,
Tel. (0 30) 494 78 04
mail: leh@zorrow.de

Erwähnte Gruppen:
Longo Mai Kommune Ulenkrug,
Tel. (03 99 59) 2 38 81
mail: ulenkrug@t-online.de
Basisgemeinde Wulfshagener Hütten,
Tel. (0 43 46) 36 80 10
Kommune Barkelsby, Tel. (0 43 51) 75 25 85
Villa Loccomuna in Kassel,
Tel. (05 61) 92 00 94 929,
mail: steffen.andreae@gmx.de

WELTWEITER PROTEST GEGEN NEOLIBERALEN KAPITALISMUS

Das Projekt einer »Europäischen Sozialen Consulta«

Europaweit vernetzen sich Einzelpersonen, soziale Initiativen, autonome Projekte und soziale Bewegungen, um in einer »Europäischen Sozialen Consulta« eine Alternative zur kapitalistischen Globalisierung und deren negativen Auswirkungen auf das soziale Zusammenleben der Menschen aufzuzeigen: ein europaweiter Diskussionsprozess von unten.

Consulta-Initiativgruppe Berlin ● Die »Europäische Soziale Consulta« (consultare (lat.) = beratschlagen) steht klar im Kontext der Proteste von Seattle, Prag und Genua. Diese Städte sind bereits zu Symbolen geworden in einem Kampf der sozialen Bewegungen gegen weltweite Ausbeutung und Unterdrückung. Mehrere zehntausend Menschen gingen dort jeweils auf die Strassen, um ihren Protest gegen das jetzige System eindrucksvoll und entschlossen zu demonstrieren.

Profitlogik im alltäglichen Leben

Die Consulta ist eine Fortsetzung der weltweiten Proteste gegen neoliberale, kapitalistische Strukturen, die sich auf unser alltägliches Leben auswirken und nach und nach alle Lebensbereiche einer Profitlogik unterwerfen. Genannt seien hier beispielhaft die Umstrukturierung der Arbeitsämter und die geforderte Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, der Wohnungsleerstand und die hohen Mieten, die Umstrukturierung der Städte und Vertreibung von Obdachlosen und »Unangepassten«, die Einteilung der Menschen in (wirtschaftlich) »nützliche« und »ausnützende«, die Abschottung und Diskriminierung gegenüber MigrantInnen, die Überwachung des sozialen Lebens, die neoliberale Bildungspolitik und der Leistungsdruck in den Schulen und an den Arbeitsplätzen... und nicht zuletzt die kaum noch vorhandene kritische Presse.

Diskurs der »Globalisierungskritik«

Bei den großen und medienwirksamen Protesten gegen die internationalen Treffen der Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, geht es darum, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die globalen Institutionen des neoliberalen Kapitalismus zu lenken. Dadurch soll die Ungerechtigkeit und Anti-Demokratie der Weltwirtschaft verdeutlicht werden. Es soll exemplarisch aufgezeigt werden, wie die »ökonomische Politik« dieser Institutionen die Armut und Unzufriedenheit der Mehrzahl der Menschen dieser Welt erzeugt. Gleichzeitig ist das Anliegen der verschiedenen sozialen Bewegungen aber auch, den wachsenden weltweiten Widerstand gegen diese kapitalistische Politik zum Ausdruck zu bringen und damit einer globalen Bewegung der verschiedenen sozialen Bewegungen Kontinuität einzuhauchen.

Bis jetzt ist daraus ein weltweiter Diskurs der »Globalisierungskritik« entstanden, der von Universitäten über soziale Initiativen bis in die (unkritische) Presse Einzug gehalten hat. Nicht einmal staatstragende Parteien oder WEF und Co können sich diesem Diskurs noch entziehen, was gleichzeitig auch eine enorme Gefahr in sich birgt. Zu schnell wird solch ein Diskurs vereinnahmt und von Organisationen und Institutionen zu politischen Machtkämpfen zweckentfremdet.

Was dann noch übrigbleibt und in »offizielle Politik« verwandelt wird, ist nicht viel und lässt den Traum einer anderen Welt schnell platzen. Als Beispiel kann der »Weg durch die Institutionen« der Grünen-Partei genauso genannt werden, wie der Seitenwechsel der Gewerkschaften vom Sprachrohr und Kampforgan der ArbeiterInnen zu einem »offiziellen Mitarbeiter« der Regierung und Wirtschaft in Sachen Sozialabbau. Dies zeigt insbesondere das Engagement der Gewerkschaften im »Bündnis für Arbeit« sehr deutlich, die darin eine gemeinsame Politik des Sozialabbaus zusammen mit der Regierung betreiben.

Das Projekt

Die »Europäische Soziale Consulta« will hier ansetzen. Sie ist weder eine Organisation, noch erhebt sie Vertretungsansprüche. Vielmehr stellt sie einen vernetzten, kollektiven Diskussionsprozess dar, der von den betroffenen Menschen selbst initiiert und weitergetragen wird, ohne ihre Stimmen an VertreterInnen abzugeben. Deshalb werden europaweit Einzelpersonen, soziale Initiativen, autonome Projekte und soziale Bewegungen aufgefordert zusammenzukommen, um miteinander der kapitalistischen Globalisierung von oben, ein Projekt der sozialen Globalisierung von unten entgegenzusetzen.

Dieses Projekt soll nicht versuchen Einfluss zu erringen oder kleine Verbesserungen zu erreichen. Vielmehr geht es bei der »Europäischen Sozialen Consulta« darum, über die breite, horizontale Vernetzung möglichst vieler und unterschiedlicher, fortschrittlicher und betroffener Menschen, Gruppen und Bewegungen konkrete Ideen und Projekte einer anderen Welt entstehen zu lassen.

Aus Barcelona kommt der Vorschlag, dabei in drei Schritten vorzugehen: Zunächst die Idee der Consulta einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Als nächster Schritt lokale Hearings oder Versammlungen einzuberufen, um zusammen mit allen interessierten Menschen aus einem möglichst breiten Spektrum der Gesellschaft (v.a. denjenigen, die bis heute keine politische Stimme haben oder nicht wahrgenommen werden) zusammenzukommen und in einem langfristigen Projekt zu überlegen und zu diskutieren, wie eine andere Welt möglich ist.

Es ist ein »utopisches« Projekt, doch in einer Zeit wie dieser, die durch anhaltenden Sozialabbau, Krieg, Repression und Einschränkungen der Meinungsfreiheit gekennzeichnet ist, wird es den Menschen schwer gemacht, Alternativen zu entwickeln. Nicht nur deshalb ist die Consulta ein vielversprechender Versuch, zusammenzukommen, um verschiedene Erfahrungen und Ideen auszutauschen.

Wie bereits beschrieben ist das Ziel des Projektes, keine Beratung der PolitikerInnen und Wirtschaftsbosse, sondern eine Alternative zu ihrem jetzigen System und ihrer Politik aufleben zu lassen. Und diese Alternative birgt der Prozess in sich. Dieser soll die Möglichkeit einer offenen, horizontalen Selbstorganisierung der Menschen in lokalen Versammlungen ermöglichen und erfahrbar machen. Die lokalen Versammlungen selbst sind dabei autonom und beschäftigen sich v.a. mit den Problemen vor Ort, stellen diese jedoch gleichzeitig in einen breiteren, globalen Zusammenhang und durch eine europaweite dezentrale Vernetzung auch in eine breitere, europaweite (im besten Falle natürlich globale) Diskussion.

Perspektive: Erstes europaweites Treffen

Als nächster gemeinsamer und europaweiter Schritt ist angedacht, parallel zur Wahl des EU-Parlaments, bei der die Wahlbeteiligung in Deutschland bekannterweise bei weit unter 50% liegt, ein europaweites Treffen aller engagierter Menschen, Initiativen, autonomer Projekte, sozialer Bewegungen und den lokalen Versammlungen einzuberufen. Dort sollen die verschiedenen lokalen Diskussionsprozesse zusammengeführt und damit das jetzige politische System in Frage gestellt werden. Gleichzeitig wird eine Alternative der sozialen Vernetzung von unten aufgezeigt werden. Eine Alternative, die auf Partizipation statt Hierarchien setzt. Eine Alternative, die auf Selbstbestimmung statt Machtklüngelei setzt.

Perspektive: neue Netzwerke

Als weiterer Effekt entstehen aus dem Prozess der »Europäischen Sozialen Consulta« Netzwerke des Austauschs und der Solidarität. Durch den Austausch unter verschiedenen Gruppen und Menschen können neue Ideen entstehen, die Freiräume und konkrete Projekte ermöglichen. Zudem entstehen durch die Vernetzung neue Mobilisierungsmöglichkeiten für große Aktionen und Proteste, sowie Ansatzpunkte des kollektiven Handelns über bisherige politische und gesellschaftliche Schranken und Grenzen hinweg.●

DIE »EUROPÄISCHE SOZIALE CONSULTA« SIND WIR ALLE !!

Das Projekt steht und fällt mit der aktiven Beteiligung möglichst verschiedener Menschen und Gruppen. Wie es sich entwickelt ist völlig offen und hängt von den beteiligten Gruppen ab.

Ein erster Kontakt kann über die E-Mail-Adresse consulta-berlin@gmx.net hergestellt werden.

Außerdem gibt es jetzt auch eine Mailingliste zur besseren Vernetzung und Koordination, an der sich möglichst viele Menschen beteiligen sollten. Einschreiben könnt ihr euch, indem ihr eine leere E-Mail an consulta_de-subscribe@yahoogroups.de sendet.

Auf www.consultaeuropea.org entsteht eine internationale Homepage, die den Prozess der Consulta begleiten soll. Dort entstehen auch deutsche Übersetzungen der bisherigen Vorstellungsdokumente der Consulta.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DEBATTE – ÖFFENTLICHE POSITION ZU PORTO ALEGRE II:

Der »Aufruf der sozialen Bewegungen« ist eine Instrumentalisierung von Bewegung durch NGOs!

Die »Gruppe Landfirdensbruch« zur Erklärung »Widerstand gegen Neoliberalismus, Militarismus und Krieg: Für Frieden und soziale Gerechtigkeit!« vom 5.2.2002 (s. CONTRASTE Nr. 210, S. 4/5)

Porto Allegre war eines der größten Treffen politischer Gruppen, Organisationen und Basisbewegungen über alle Ländergrenzen hinweg. Schon von daher hat es eine besondere Bedeutung. Leider überschattet diese Äußerlichkeit aber eine innere Struktur, die tatsächlich nicht für einen Selbstorganisierungsprozess, eine »Bewegung von unten« spricht. Stattdessen gelingt es – auch wegen der fehlenden strategischen Analyse und Gegenwehr durch selbstorganisierte Gruppen – den dominanten NGOs und Profis in Sachen PR sowie Lobbyarbeit, die gesamte Vielfalt an Bewegung einfach zu instrumentalisieren. Es findet weder ein Entscheidungsprozess noch eine hierarchische Beeinflussung statt – die modernen NGOs und ihre Öffentlichkeitsprofis behaupten einfach, im Namen und für die Vielfalt der Gruppen zu sprechen. Die Medien, oft genug regierungsnah, durchschauen diese Vereinnahmung nicht oder stützen sie, weil sie selbst diese Kanalisierung von Protest wünschen.

Insofern ist Porto Allegre nur die Wiederholung der Aktionen von Genua, die auch von einer breiten, vielfältigen Mengen unterschiedlicher Gruppen getragen, aber nur von wenigen Polit- und PR-Profis öffentlich benutzt wurden, um ihre politischen Positionen durchzubringen. Nicht anders sieht es bei anderen Aktivitäten aus.

Belege der Instrumentalisierung

Zum einen waren in Porto Alegre viele Strukturen sichtbar, die deutlich machten, dass es keinerlei gemeinsame Ebene zwischen NGO-Kadern und Basisbewegungen gibt. So waren VIP-Räume eingerichtet, in denen nur die wichtigen FunktionärInnen sowie SpitzenpolitikerInnen zugelassen wurden. Bei einer Veranstaltung wurden die anwesenden Minister der französischen Regierung (Antreiber der neoliberalen Globalisierung, Kriegsbefürworter usw.) von BasisakteurInnen mit Torten beworfen. Über diese Tatsache fand sich in kaum einer Zeitung ein Bericht – er hätte das Konstrukt einer gleichberechtigten Bewegung, aus deren Mitte die abgegebenen Verlautbarungen der NGO-FunktionärInnen stammen, auch zerstört.

Der Augenzeugenbericht eines Teilnehmers liest sich so: »Es gab bei diesem WSF aber auch Widersprüche, Auseinandersetzungen und Kontroversen und Entwicklungen, die eine Gefahr für die Bewegung darstellen. Vergleicht man die 'offiziellen Reden', die bei den Konferenzen während des WSF gehalten wurden mit den Debatten, die auf den Fluren und den Diskussionen in Seminaren und auf dem Jugendcamp stattfanden, dann drängt sich der Eindruck auf, dass die Masse der TeilnehmerInnen deutlich weiter links stand und weiter gehende, antikapitalistische Positionen vertrat, als die RednerInnen bei den Konferenzen (zu denen ja auch nur die Delegierten Zugang hatten und bei denen es keine offenen Diskussionen gab, sondern nur schriftlich Fragen an das Podium gerichtet werden konnten). Es gab auch eine Auseinandersetzung über die Teilnehmerpolitik des WSF. Einerseits haben zum Beispiel sechs französische Minister, ein Vertreter von Chirac, ParlamentarierInnen die für den Krieg gestimmt haben, KommunalpolitikerInnen die Abschiebungen unterstützen, teilgenommen.«

Interessant ist zudem eine Analyse der Abschlusserklärung von Porto Alegre. Wie es bei den beschriebenen Strukturen nicht anders zu erwarten war, ist sie geprägt von den NGOs, die den Aufruf als weiteren Schritt der Instrumentalisierung des Treffens als breiten Konsens vorstellen.

1. Das Papier zeigt eine dogmatische Gewaltfreiheit, d.h. Gewalt »von oben« wird nicht unterschieden von individueller oder sozialer Notwehr. Das delegitimiert jeglichen Widerstand jenseits von Gewaltfreiheit und ist ein typisches Denken wohlsituierter AkteurInnen aus den NGOs des Nordens. Zitat: »Nach den terroristischen Anschlägen, die wir ohne jeden Vorbehalt verurteilen, so wie wir alle Angriffe auf Zivilisten in jedem Teil der Welt verurteilen, ...«
2. Das Papier zeigt den klassischen Antisemitismus vieler globalisierungskritischer Kreise, denen eine Herrschaftskritik und überhaupt eine politische Analyse abgeht. Hier fällt sie sogar besonders stark aus in Form einer einseitigen Täter-Opfer-Kategorisierung im Palästina-Konflikt. Hinzu kommt eine auffällig unkritische Konstruktion von Völkern als kollektive Einheiten. Zitat: »Die Destabilisierung des Nahen und mittleren Ostens hat sich verschärft, sie liefert den Vorwand für eine verschärfte Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Wir halten es für dringend notwendig, uns zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk und seinem Kampf um Selbstbestimmung zu mobilisieren, während es einer brutalen Besatzung durch den Staat Israel ausgesetzt ist. Diese Frage ist von vitaler Bedeutung für die kollektive Sicherheit aller Völker dieser Region.
3. Während die eigene Globalisierungskritik marktschreierisch vorgetragen wird, zeigt sich bei konkreten Punkten tatsächlich eine eigene neoliberale, d.h. marktorientierte Position. So wird das neoliberale, die Ungleichheiten in der Welt forcierende Kyoto-Protokoll befürwortet (verbunden mit einer platten, einseitigen USA-Kritik, die jenseits der notwendigen Kritik an den Herrschaftsstrukturen dort viele andere ungenannt lässt, die ähnliche Politiken verfolgen). Zitat: »Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren Bemühungen die Interessen der großen Unternehmen zu schützen, arrogant geweigert, das Abkommen von Kyoto zur globalen Erwärmung einzuhalten, ...«
4. Bei den Forderungen zeigt sich noch deutlicher ein völlig unkritisches Verhältnis zur Herrschaftsform Demokratie, die sich von Diktaturen grundlegend nur in der Frage unterscheidet, wie die Personen bestimmt werden, die Macht ausüben – zumal wesentlich gesellschaftliche Herrschaftsmuster (patriarchale oder Nützlichkeitskategorien, Bevormundungen, Justizvollzug usw.) keine grundsätzlichen Unterschiede aufweisen. Nichtsdestotrotz sehen sich die NGOs als Retterinnen dieses Systems. Zitat: »Wir kämpfen: Für das Recht der Völker, die Entscheidungen ihrer Regierungen kennen zu lernen und zu kritisieren, besonders, wenn sie ihre Politik in den internationalen Institutionen betreffen. Die Regierungen sind ihren Völkern gegenüber verantwortlich. Weil wir

Fortsetzung auf Seite 11

ORGANISIERUNG VON UNTEN

Von der Theorie mitten in die Praxis!

Die Debatte um Organisierung von unten war von Beginn an auch ein Projekt der Praxis. Die Debatte entstand aus der Praxis – aus einer starken Unbefriedigung über abhängige Strukturen: »Autonome Zentren« gehören meist dem Staat, »selbstverwaltete Betriebe« den Gläubigern, herrschaftskritische Kreise machen bei Staat und Parteien rum und die sogenannte antiautoritäre Linke ist durchzogen von Machtzirkeln, Seilschaften usw.

Redaktion Umweltschutz von Unten ● Zudem wäre reine Theorie sehr einfach. Das Spannende ist die Umsetzung in der praktischen Arbeit und die intensive Reflexion, wieweit die eigenen Ansprüche auch verwirklicht wurden und die Ziele vermittelbar waren.

Die Debatte »Organisierung von unten« hat in etlichen [illegible] Konsequenzen gezeigt – sei es ein neues Zeitungsprojekt in Freiburg, das Open-Space-Projekteforum in Marburg (www.nichtwissen.de), Überlegungen zum Aufbau von politischen Freiräumen oder kreative Aktionen in der Öffentlichkeit. Das alles darf aber höchstens ein kleiner Anfang von viel mehr sein, einschließlich einer weiterführenden Diskussion. Stillstand ist der Tod emanzipatorischer Politik.

Ebenso sind überregionale Projekte und Versuche entstanden. Sie sollen hier im folgenden kurz aufgezählt werden. Die Texte stammen aus den Berichten der bisherigen Organisierung-von-unten-Treffen. Das nächste steht für Ostern in der Projektwerkstatt in Saasen an, zudem sollen viele der Projekte als Workshops auf dem sogenannten »Februartreffen« in Düsseldorf weitergeführt werden (siehe Text auf dieser Seite und www.februartreffen.de). Wichtig ist auch der gesamte Seminar- und Terminkalender »RandaleführerIn 1.2002« (http://go.to/randalefuehrer). Die folgenden Texte sind Auszüge aus dem Bericht vom 2. Organisierung-von-unten-Treffen plus Ergänzungen:

Buchprojekt(e) zu Direkter Aktion und Repression

Wir wollen ein Buch zu kreativem Umgang mit Gerichten, Gefängnis und Verhören machen – einmal als Tipps, zum anderen mit Interviews und Berichten mit Leuten, die schon mal in den Klauen der Repressionsbehörden mit kreativen Mitteln (vielfältig Angreifen statt eingeschüchtertes Schweigen & Rechtstaktieren) einen Prozess, einen Bullenkontakt oder sogar Knastaufenthalte zu einer politischen Aktion gemacht haben.

Eventuell kann das Ganze auch als Kapitel in einem umfangreichen (nötigen!) Buch zu kreativem Widerstand und direkter Aktion erscheinen. Die einzelnen Kapitel und Texte sollen auch auf den Seminaren diskutiert und weiterentwickelt werden.

Ergänzung: Inzwischen ist eine genauere Gliederung erarbeitet, einige Probekapitel sollen entstehen. Nächstes Treffen auf dem Februartreffen (26.-28.4., Düsseldorf).

Seminare, Veranstaltungen usw.

Wir wollen Seminare und Veranstaltungen zu Themen wie »Selbstorganisierung in Alltag und Politik«, »Direkte Aktionen«, »Kreativer Umgang mit Repression«, Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, [illegible] Ressourcen, Mitmischen in Bündnissen und Netzwerken, Zeitungmachen usw. organisieren. Als Modell haben wir im Kopf, daß Basisgruppen, die an einem Thema interessiert sind (also sich Wissen auch selbst aneignen wollen) überlegen können, ob sie den technischen Rahmen organisieren (Unterkunft, Räume, Verpflegung, Einladung usw.) und überregional nach ReferentInnen u.ä. gesucht bzw. zusätzlich dort geworben wird.Wir wollen uns an der Initiative beteiligen, die von den Seminarhäusern in Verden und Saasen ausgeht und zu einem gemeinsamen, bundesweiten Seminarprogramm für solche Themen führen soll.

Ergänzung: Das erste Seminarprogramm ist inzwischen unter dem Namen »RandaleführerIn 1.2002« erschienen (http://go.to/randalefuehrer) oder gegen 2 Euro in Briefmarken bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Direct-Action-Koffer

Wir haben über einen »EinsteigerInnen-Koffer« geredet mit Aktionsmaterial und -anleitungen. Näheres verschweigen wir ... er kann über Büchertische und Zentren vertrieben werden.

Mitwirkung in Bündnissen

Wir halten es für nötig, in Bündnissen mitzuwirken. Organisierung von unten widerspricht aber Vertretungsprinzipien. Andererseits wollen wir klar Flagge zeigen mit emanzipatorischen Positionen, Entscheidungsfindungsverfahren »von unten« und kreativen Aktionsideen. Daher machen wir im Hoppetosse-Netzwerk folgenden Vorschlag: Wer (als Einzelperson oder Gruppe) zu einem Bündnistreffen (z.B. Vorbereitung für Aktionen, inhaltliche Bündnisse usw.) fährt, kann dort auch sagen, zum »Hoppetosse-Netzwerk« zu gehören (allerdings nicht für dieses oder die Leute dort zu reden und zu entscheiden!!!), wenn die Person oder Gruppe das vorher auf der Mailingliste ankündigt und Anregungen zum Einbringen in das Treffen sammelt (und die auch einbringt unabhängig von der eigenen Meinung dazu – allerdings eben immer als Meinung der absendenden Gruppe/Person, nicht der tatsächlich zum Treffen gehenden) sowie anschließend auf der Mailingliste von den Ergebnissen berichtet.

Ziel ist es, auf solchen Treffen emanzipatorische Positionen einzubringen, damit [illegible] politische Arbeit zu verändern, andererseits aber auch (z.T. im Streit mit NGOs, autoritärer Linker, DominanzlerInnen usw.) neue Kontakte zu schließen.

Neues Zeitungsprojekt

Text vom 3. Treffen: Nach dem Ende der »Ö-Punkte« gab es eine Sammlung von Ideen für eine neue Zeitung. Einigkeit bestand, dass zur Zeit im deutschsprachigen Raum keine Zeitung existiert, die auch nur annähernd diesen Wünschen entsprechen könnte. Also müsste es was Neues sein. Ob das allerdings sinnvoll bzw. machbar ist, konnten wir in der Runde nicht einschätzen. Es bedarf nun vieler Diskussionen darüber – in verschiedenen Gruppen, auf Treffen und vor allem mit bestehenden oder in Gründung befindlichen regionalen Zeitungsprojekten.

Hier folgen die einzelnen Punkte, die genannt wurden für eine neue Zeitung – in der Reihenfolge, wie sie auf dem Wandplakat landeten.

- Themenschwerpunkt »Organisierung von unten/ Entscheidungsfindung von unten«: Diese Themen und Diskussionsstränge sollten auf jeden Fall in der Zeitung sein – mit Beispielen aus der Praxis. Die Zeitung ist Diskussionsplattform, ein internationaler Blick ist wichtig.
- Forum für Utopien: Diskussionen um Utopien, visionäre Gesellschaftsentwürfe (z.B. Oekonux, Freie Kooperationen, Freie Menschen in Freien Vereinbarungen, Streit zwischen Herrschaftsfreiheit und kontrolliertem Staatsmodell).
- Prinzip Bewegungsmelder(in): Die Zeitung im Vorfeld von Genua wurde benannt als Anschauungsbeispiel der Verknüpfung mit regionalen Gruppen und konkreten Aktionen.
- Berichte aus Gruppen: Vor allem von besonderen Aktionsstilen (direkte Aktion u.ä.) mit Auswertung.
- Kein thematisch vereinheitlichender Schwerpunkt: Also nicht wie die »Ö-Punkte« den Schwerpunkt Öko hatten.
- Bundesweite Zeitung als Beilage für regionale Blätter: Das wäre eine weitreichende Idee ... die bundesweite Ausgabe wird nicht nur bundesweit über Abo, Verkauf u.ä. vertrieben, sondern auch als Beilage für regionale selbstorganisierte Zeitungen, in die sich eingelegt wird. Das wäre vor allem dann gut, wenn das ganze Projekt auch als Vernetzungsebene zwischen eben solchen Blättern gesehen wird, d.h. regionale Zeitungsredaktionen auch an der bundesweiten Beilage mitarbeiten (z.B. Texte aus ihrer Region schreiben) oder auch Unterstützung, Seminare usw. für regionale AkteurInnen organisiert wird.
- Autonome Themenredaktionen: Es sollte wieder Gruppen geben, die bestimmte Themen kontinuierliche bearbeiten und einbringen. Über die Aufteilung bestand noch keine Klarheit – die klassische »linke« Aufteilung in International – Antifa – Feminismus – Ökologie ... hat Schwächen, weil sie Grenzen und verkürzte Gesellschaftskritik geradezu festzementiert.
- Bunte Reihe verschiedener Produkte: Neben der Zeitung als Infodienst könnten weitere Veröffentlichungen entstehen, die im Rahmen eines Abos auch zugeschickt werden. Denkbar wären im Herbst ein Taschenkalender zu kreativem Widerstand, der auch über Büchertische, Buchhandel usw. vertrieben wird (Kalendarium, Texte, Termine usw.), aktualisierte Adresshefte und ein Seminarprogramm am Jahresanfang.
- Kreatives Forum: Kunst, Satire, Spiele usw. sollten Teil der Zeitung sein (u.a. die in den letzten Ö-Punkten begonnene Idee eines Brettspiels mit Terminen).
- Offener Ansatz und Herrschaftsfreiheit: Diskutiert wurde, wie in der Zeitung ein offener Ansatz verwirklicht werden könnte, aber Dominanzen oder Mißbrauch unterbleiben – das gleiche Thema ist gesamtgesellschaftlich spannend. Einigkeit bestand, auch über die Debatte und die verschiedenen Vorschläge in der Zeitung selbst Transparenz zu schaffen.
- Titel: Keine überzeugenden Vorschläge. Klar war, daß die Frage der Herrschaft und der Loslösung aus Zwängen und Zwangsverhältnissen (also die Emanzipation) den inhaltlichen Kern bildet. Der einzige Vorschlag »Emanze« wurde trotzdem sofort verworfen. Das Begriffspaar »Widerstand und Vision« erscheint als Teil z.B. eines Untertitels geeignet.

Eigene Pressearbeit bei Aktionen

Im Vorfeld zu größeren (gemeinsamen) Aktionen eine Pressekontaktstelle schaffen (Telefon, Adresse, Handy, Fax, Email, Erreichbarkeit, Liste von InterviewpartnerInnen und Fachmenschen) und mit Materialien ausstatten. Diese aktiv an MedienvertreterInnen herantragen. Die Pressestelle redet nicht für alle, sondern vermittelt, leitet weiter, ist »nutzbar« für die AkteurInnen draußen usw.

Ergänzung: Diese Idee ist erstmals bei den Anti-NATO-Aktionen in München als »Offene Presseplattform« verwirklicht worden – wenn auch noch sehr klein. Das Ergebnis war aber schon gut (siehe Texte zur Auswertung der Anti-NATO-Aktionen unter www.hoppetosse.net und im Schwerpunkt dieser Ausgabe).

Bestehende Zeitungen und Medien nutzen

Es wäre gut, wenn systematischer Infos über »linke« Medien gestreut werden. Diese totale Fixierung auf Indymedia ist daneben. Nichts gegen Indymedia, aber Bewegung kann sich nicht auf Internetseiten und Mailinglisten reduzieren. Statt neuer Projekte könnten verschiedene AkteurInnen/Gruppen zu bestehenden Zeitungen Kontakt halten und diese so auch in den Organisierungsprozeß hineinziehen.

HierarchNIE!

Schon länger agiert das Projekt »HierarchNIE«, das im Zusammenhang des Hoppetosse-Netzwerkes entstanden ist. Es setzt sich mit kreativen Gruppenmethoden und Entscheidungsfindung von unten auseinander, entwickelt neue Methoden und berät Gruppen hinsichtlich des Abbaus von Dominanzstrukturen oder der Durchführung von Seminaren, Camps, Kongressen usw. (siehe unter www.projektwerkstatt.de/von-unten).●

Die gesamte Debatte ist unter www.hoppetosse.net zu finden.

26. BIS 28. APRIL 2002 IN DÜSSELDORF

»Februartreffen im April«

Neben den in unserer Märzausgabe im Schwerpunktthema vorgestellten Diskussionstexten gibt es eine Vielzahl von Aktivitäten (siehe auch den obenstehenden Beitrag), die auf diesem Treffen ihren Platz finden werden.

Seit dem letztjährigen Januartreffen haben sich Tempo und Rahmenbedingungen unserer Aktivitäten stark verändert. Während einerseits Genua und andere wichtige Gipfeltreffen eine deutliche Stärkung der sich ausweitenden antikapitalistischen Bewegung in Europa bedeuten, wird dieser neuen Stärke andererseits mit immer stärkeren Versuchen, diesen Widerstand zu brechen, begegnet; sowohl von Seiten des Deutschen Staates und europäischer Institutionen wie Europol als auch auf internationaler Ebene.

Die Geschehnisse seit dem elften September, wie der dauerhafte Kriegszustand und ein nie da gewesenes Bewaffnungsprogramm der USA (in dessen Zuge Länder auf der ganzen Welt ihre eigene Militärmacht ebenfalls verstärken), haben diese Prozesse drastisch beschleunigt und die Auswirkungen sind schon jetzt vielerorts auf verschiedene Weise zu spüren, was in Zukunft wohl noch zunehmen wird.

Angesichts des wachsenden internationalen Widerstands und möglicher weltweiter ökonomischer Krisen muss sich der Kapitalismus auf immer brutalere Art und Weise zur Wehr setzen. Das alles hat auch Auswirkungen auf den Ausdruck unserer Ideen im täglichen Leben, unsere lokalen Aktivitäten und Kämpfe, wo immer wir auch sein mögen. Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, könnte es passieren, dass unsere Aktivitäten den neuen Umständen nicht mehr angemessen sind und wir könnten Gefahr laufen, die wichtigen Fortschritte der Bewegung in den letzten Jahren zunichte zu machen. Trotz dieser heftigen Veränderungen gibt es für uns natürlich immer noch Möglichkeiten, in den verschiedenen lokalen und globalen Kämpfen, die wir führen, an Stärke zu gewinnen.

Wir schlagen diesmal einen roten Faden vor, an dem sich AKs und Diskussionsschwerpunkte orientieren können:
»Repressionszyklen; wie kann sich der Widerstand weiter äußern? Zyklen in der Bewegung. Reaktionen, neue Formen, Ziele, Vernetzung.« Damit wird auch klar, dass wir nach langer Diskussion zwischen »Open Space oder AKs« den Weg »Open Space UND AKs« gehen möchten. Das Open-Space-Verfahren wird ohne roten Faden angeboten und ist somit vollkommen themenunabhängig. Ihr könnt auch noch spontan auf dem Treffen Vorschläge zu AKs machen.

Wenn Ihr einen AK anbieten möchtet, schickt uns neben der Ankündigung auch einen informativen Text, der als Arbeitsgrundlage im Reader und auf der Website veröffentlicht werden soll. Zu den jeweiligen Texten wird es die Möglichkeit von Diskussionsbeiträgen geben, die Ihr selber auf die Seite setzen könnt. Das ergibt eine Möglichkeit der direkten konstruktiven Auseinandersetzung schon weit vor dem Treffen. Einsendeschluss für die Texte, die in den Reader sollen, ist der 15.März 2002.

Als Orgagruppe stellen wir auch diesmal wieder möglichst alles zur Verfügung, was zum Gelingen eines Treffens rund um den weltweiten Widerstand mit Perspektiven, nötig ist. Es wird für alle Diskussionen, ob vorbereitet oder nicht, die Errungenschaften des Open Space angeboten:

- Eine große Tafel, an der alle Themen angeschlagen werden, Zwischen- und Endergebnisse veröffentlicht, Tips, Adressen und was auch immer mitgeteilt werden soll, angebracht werden kann.
- Ein ständig geöffnetes Café, in dem Ihr Euch jederzeit abseits der AKs unterhalten könnt, da hier oft die besten Ergebnisse erzielt werden, die dann natürlich auch an den besagten Tafeln veröffentlicht werden können.
- Es steht genügend Raum zur Verfügung, um jederzeit AKs aufzuteilen und weitere AKs stattfinden zu lassen.
- Das »Gesetz der Füße« soll auch hier wieder gelten: Jederzeit können die AKs betreten oder verlassen werden. Damit kann sich jede/r überall jederzeit einbringen, mitdiskutieren, nur zuhören oder eben auch wieder weiterziehen.
- In wenigen Großplena (vielleicht nur Eingangs- und Abschlussplenum) und in mehreren Kleingruppenplena sollen die Ergebnisse aller AKs auch mündlich ausgetauscht werden.
- Weitere Vorschläge zu guten Vorgehensweisen sind natürlich gerne gesehen!
- Für Presseaktivisten kann ein Internetzugang bereit gestellt werden.
- Für alle anderen, die gerne etwas ordentlich tippen wollen, können wir Schreibmaschinen oder den einen oder anderen schreibtüchtigen PC zur Verfügung stellen.
- Es wird aufgrund der vielen Anregungen (und Beschwerden) zu diesem Thema diesmal ein belüftungsfähiges RaucherInnenzimmer geben, in dem sich die RaucherInnen kurzzeitig zurückziehen können. Alle anderen Räume und Flure werden diesmal qualmfrei sein!
- Wir stellen Raum zur Verfügung für eine Kinderbetreuung, die von Euch bereits im Forum der Website selbstorganisiert werden kann, um auch Menschen mit Kindern die Teilnahme zu ermöglichen.
- Es wird wieder diese geniale vegane und vegetarische Küche der Kochgruppe geben, die auch das Januartreffen bereicherte.

(Tiere bleiben allerdings weiterhin aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ausgeschlossen.)

Menschen, die mit organisieren möchten, können sich bei uns melden. Bitte ruft an, um den genauen Ort und die Uhrzeit zu erfahren. Menschen mit guten Ideen sind natürlich auch via, Telefon, Briefkontakt, Mailingliste, wie auch immer willkommen!!! Menschen mit Link-Wünschen sollen sich bitte melden. Menschen mit Texten für die Website und den Vorbereitungsreader möchten sich bitte auch melden! Wenn ihr Plakate und Flugies für Eure Stadt auszudrucken wollt, findet ihr die PDF-Datei auf der Homepage oder ihr könnt Euch bei uns melden.

Alles kann, darf und soll gesagt werden – na gut, es gibt natürlich Ausschlusskriterien... das Übliche halt: Sexismus, Imperialismus, Kapitalismus, rechtes Gedanken»gut«, etc.

Auch diesmal kostet das Treffen Geld! Natürlich wird Euch auch diesmal eine Grafik mit den Angaben über Einnahmen- und Ausgaben auf dem Laufenden halten.

Bitte spendet soweit Ihr könnt und teilt uns mögliche Einnahmequellen mit oder organisiert selber Geld, damit das Treffen gelingen kann! Auch hier sind Ideen und Mitarbeit jederzeit willkommen und ausdrücklich erwünscht! Denn wir möchten gerne die TeilnehmerInnenbeiträge so niedrig wie möglich halten. Alle anderen organisatorischen Angelegenheiten wie Wegbeschreibung, Übernachtung und weiteres findet ihr auf der Homepage oder auf Anfrage. Nehmen wir uns die Zeit uns in Ruhe über Inhalte, Probleme, Realitäten und Visionen linken Widerstands Gedanken zu machen! Wir freuen uns über einen tollen Kongress mit Euch.

die IGLUs

Kontakt& Infos:
www.februartreffen.de, E-Mail: info@februartreffen.de
IGLU, c/o AStA FH Düsseldorf, Georg-Glock-Str. 15,
D-40474 Düsseldorf
Tel. (01 73) 176 17 37, Fax (02 11) 45 23 69

Protest gegen die NATO-Tagung

Selbstorganisation

Widerstand ist möglich ...
Aber ein anderer ist nötig!

Trotz Politikverbot und Panikmache waren während der Sicherheitskonferenz zahlreiche Menschen auf der Straße, um sich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung zurück zu erobern – reclaim the streets! Erstmalig seit langem war dabei ein kreativer Widerstand öffentlich wahrnehmbar, auch wenn insbesondere linke Medien sehr wenig darüber berichtet haben. Gerade unter diesen kleineren Aktionen waren solche, welche sich durch eine starke Vermittlung auszeichneten – schade, dass nur wenige Gruppen so direkt vorgingen! Dennoch sehen wir nach München Chancen auf eine Ausweitung der Debatte um »Organisierung von unten« und einen deutlich kreativeren Widerstand.

In diesem Text geht es daher um die Darstellung und Auswertung von direkten Aktionen, der offenen Presseplattform und den Ansätzen einer offensiven Praxis gegenüber staatlicher Repression. Daneben geht es um eine grundsätzliche Einschätzung der Ereignisse in Hinblick auf die Fragen, was es zu verbessern und welche Ideen es weiter zu entwickeln gilt, um eine Bewegung »von unten« mit vielfältigen Aktionsformen zu stärken. Dabei bleibt alles natürlich subjektiv, ohne Anspruch auf Vollständigkeit (Erweiterungen, Ergänzungen und Kritik erwünscht!)

1. Direkte Aktionen und kreativer Widerstand
2. Frecher Umgang mit Polizei und Repression
3. Offene Presseplattform
4. Auswertung, Kritik und Ausblicke
5. Nachwehen: Thematisierung & Protest gegen staatliches/städtisches Vorgehen während dem 1/2/3. Februar 2002

»Demo der Sprachlosen« am Freitag, 1. Februar 2002: Leere Plakate, leere Handzettel, leeres Fronttranspi und mit roten Klebestreifen verschlossene Münder

1. Direkte Aktionen und kreativer Widerstand

Vor der Tagung:
Randaleführer, Direct-Action Training und verpeilte Linke

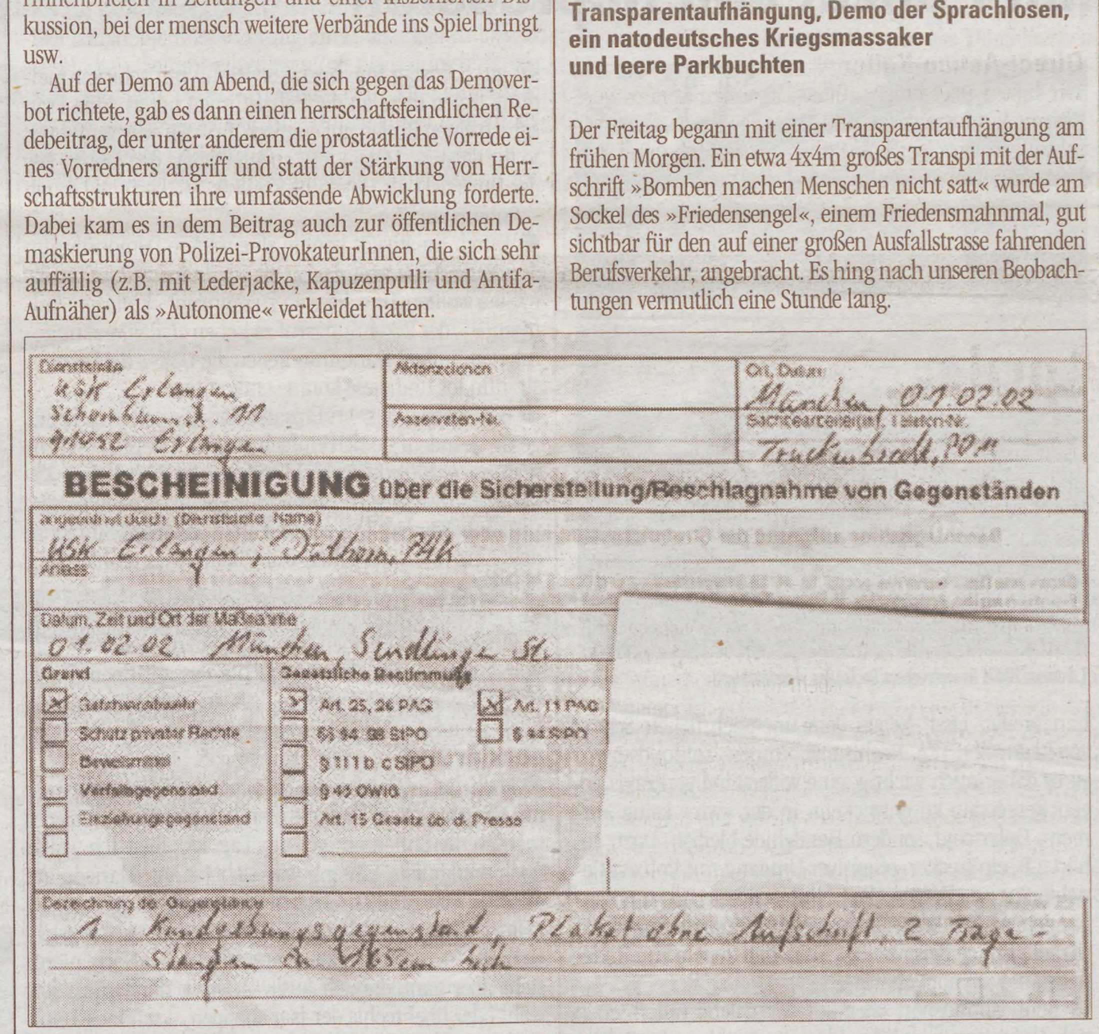
Wochen vor der Tagung fand sich bereits im Internet ein Stadtplan mit Informationen und Anlaufpunkten für kreativen Protest (Konzernzentralen, Behörden, Militär – oder Polizeieinrichtungen), der es Gruppen von außen ermöglichen sollte, sich eigene Aktionen zu überlegen und durchzuführen und so weniger abhängig von zentralen Aktionsformen wie Latschdemos zu sein. In der bürgerlichen Presse um BILD & Co. gab es darum viel Wirbel; irgendwann kursierte sogar der Begriff »Randaleführer«. Obwohl von staatlicher Seite zur Panikmache benutzt und trotz Werbung über einschlägige Webseiten wussten »linke« Gruppen nichts davon, so dass der Stadtplan fast ohne jede Wirkung blieb – Selbstorganisation ist offenbar nicht besonders angesagt.

Am Mittwoch begann das Direct-Action-Training, angelegt zum einen als ein Training für bewusste Kommunikation und deeskalierendes Verhalten, zum anderen als Ort zur Vorbereitung von Aktionen. Leider waren auch hier nur sehr wenige Menschen beteiligt, obwohl die Info sehr breit gestreut war. Aus den Debatten, wie mit Politikverbot und dem Sicherheitsaufgebot umzugehen sei, entstanden verschiedene Ideen kreativen Widerstandes. Eine Reihe dieser Einfälle konnten während der Tagung in Aktion umgesetzt werden, mal erfolgreich, mal weniger ... oder als kompletter Fehlschlag.

Donnerstag:
Kommunikationsguerilla, herrschaftsfeindliche Reden und enttarnte ProvokateurInnen

Von Donnerstag bis Samstag wurden viele, viele Hotels, Gaststätten und Pizzerien von schick gekleideten Menschen aufgesucht, die auf Fluren, Toiletten usw. problemlos etliche Urkunden und Informationsbögen des »Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes« aufhängten. Dieser sprach sich gegen die Sicherheitskonferenz aus, da er ein Verband mit vielen internationalen Gästen sei und eine auf Krieg und Ausgrenzung beruhende NATO-Politik dem entgegen stehe. Passend dazu wurde die Webseite http://welcome.to/gastronomie-gegen-nato in Anlehnung an das Original erstellt; eine feine Kommunikationsguerilla – dennoch verbesserungsfähig: Die Aktion hätte noch weiter fortgeführt werden können ... mit LeserInnenbriefen in Zeitungen und einer inszenierten Diskussion, bei der mensch weitere Verbände ins Spiel bringt usw.

Auf der Demo am Abend, die sich gegen das Demoverbot richtete, gab es dann einen herrschaftsfeindlichen Redebeitrag, der unter anderem die prostaatliche Vorrede eines Vorredners angriff und statt der Stärkung von Herrschaftsstrukturen ihre umfassende Abwicklung forderte. Dabei kam es in dem Beitrag auch zur öffentlichen Demaskierung von Polizei-ProvokateurInnen, die sich sehr auffällig (z.B. mit Lederjacke, Kapuzenpulli und Antifa-Aufnäher) als »Autonome« verkleidet hatten.



Dienststelle: USK Erlangen, Schornbaumstr. 11, 91052 Erlangen
Aktenzeichen
Asservaten-Nr.
Ort, Datum: München, 01.02.02
Sachbearbeiter(in), Telefonnr.: Truckenbrodt, POM

BESCHEINIGUNG über die Sicherstellung/Beschlagnahme von Gegenständen

angeordnet durch (Dienststelle, Name): USK Erlangen, Dathorn, PHK
Anlass
Datum, Zeit und Ort der Maßnahme: 01.02.02 München, Sendlinger St.

Grund: [x] Gefahrenabwehr; [ ] Schutz privater Rechte; [ ] Beweismittel; [ ] Verfallsgegenstand; [ ] Einziehungsgegenstand
Gesetzliche Bestimmung: [x] Art. 25, 26 PAG; [x] Art. 11 PAG; [ ] §§ 94, 98 StPO; [ ] § 44 StPO; [ ] § 111 b c StPO; [ ] § 46 OWiG; [ ] Art. 15 Gesetz üb. d. Presse

Bezeichnung der Gegenstände: 1 Kundgebungsgegenstand, Plakat ohne Aufschrift, 2 Tragestangen an Plakat ...

Nonsens pur bei der »Demo der Sprachlosen« - die Polizei beschlagnahmte leere Plakate!

Freitag:
Transparentaufhängung, Demo der Sprachlosen, ein natodeutsches Kriegsmassaker und leere Parkbuchten

Der Freitag begann mit einer Transparentaufhängung am frühen Morgen. Ein etwa 4x4m großes Transpi mit der Aufschrift »Bomben machen Menschen nicht satt« wurde am Sockel des »Friedensengel«, einem Friedensmahnmal, gut sichtbar für den auf einer großen Ausfallstrasse fahrenden Berufsverkehr, angebracht. Es hing nach unseren Beobachtungen vermutlich eine Stunde lang.

Bei einem späteren Plenum kam die Idee auf, das totale Versammlungs- und Politikverbot in München mittels einer kreativen Aktion zu thematisieren – in einer Stunde intensiver Vorbereitung entstand die »Demo der Sprachlosen«: Und so zog noch gegen Mittag eine Gruppe von etwa zwanzig Personen mit leeren Plakaten, leeren Handzetteln, einem leeren Fronttranspi und mit roten Klebestreifen verschlossenen Mündern durch die Innenstadt. Ziel der Aktion war es, das Politikverbot subversiv zu unterlaufen und zusammen mit der Kritik an der NATO-Tagung zu vermitteln. Begleitet wurde das ganze von Anfang an von zwei Fernsehteams (*Spiegel TV und Hessenfernsehen*). Einen besonderen Clou der Vermittlung stellten drei Personen dar, die mit Handys außerhalb der Demo gingen und sich scheinbar mit ihren »GesprächspartnerInnen« am anderen Ende der Leitung lautstark über das Politikverbot, Verbrechen der NATO usw. unterhielten. Dadurch bot sich die Möglichkeit der ständigen Vermittlung, die genutzt wurde, um das absurde Szenario zu kommentieren (überall Wannen und sogar Polizeihubschrauber über einer Demo mit leeren Transparenten...), das Verhalten der Polizei und die Reaktionen der BürgerInnen zu thematisieren. Dabei wurden auch immer wieder Personen direkt in Gespräche und Debatten verwickelt (»können Sie das gerade nochmal wiederholen?«).

Als der Demozug erstmals von der Polizei angehalten wurde zeigte sich die Unfähigkeit der BeamtInnen, mit der Situation umzugehen: Der Oberbulle beäugte misstrauisch das Transpi (»Also, auf dem Transparent steht gar nichts drauf, soweit ich sehe«). Aufgrund verklebter Münder konnte niemensch die Frage nach der VersammlungsleiterIn beantworten – in Begleitung von 20 Bullen und einigen Wannen ging es dann weiter. Kurz vor dem Marienplatz wurde die Demo durch eine Bullenkolonne endgültig gestoppt – auch dabei Nonsens pur: die Polizei beschlagnahmte leere Plakate!

Fazit: mit der Demo der »Sprachlosen« war eine »richtige« Antwort auf die repressive Lage gefunden und die (scheinbare) Handlungsunfähigkeit durchbrochen worden. Von der inhaltlichen Vermittlung her eine Aktion mit Modellcharakter – ein Sprachloser meint dazu:

»Der Auflauf ringsum war inzwischen gigantisch. PressevertreterInnen, darunter mindestens sechs Kamerateams und erstaunte MünchnerInnen traten sich auf die Füße. Wir gaben diverse Interviews, SZ und Lokalblätter berichteten mit großen Fotos und wir konnten in diesem Erregungskorridor so manches Anti-Herrschafts- und Anti-NATO-Statement anbringen (unter anderem gelaufen in den VOX-Nachrichten!). Die Unfähigkeit der Bullen, mit dieser unerwarteten Aktion umzugehen, war definitiv zum Totlachen!

Alles in Allem: Meiner Meinung nach eine der besten und kreativsten Aktionen, sowohl von der Idee, wie auch der Umsetzung, Kreativität, Stimmung und Aufmerksamkeit her. Cool, Cool, Cool. Mensch denke sich als Kontrast dazu die typische dooflinke Reaktion, nämlich bestenfalls «ne Demo mit »Fight The Police« Sprechchören.« (1)

Am Abend gab es dann den einzigen uns bekannten Versuch, die Eröffnung symbolisch zu blockieren. Auf

Fortsetzung auf Seite 8

Tot oder lebendig – ein herrschaftsfeindlicher Redebeitrag am Donnerstag, 31.01.02 in München

Schön, dass ihr alle da seid. Ich bin eine von denen, die den »Carneval against NATO« vorbereitet haben. Unsere Aktion war gedacht als kreativer, phantasievoller Widerstand, als Ausdruck von Lebendigkeit, bei der für alle Menschen Raum ist, um sich auszudrücken und ihren Protest und Unmut kundzutun. Sie sollte bunt und vielfältig sein.

Für mich verläuft die Grenze nicht zwischen **gut** und **böse, friedlich** und **militant**, sondern zwischen **tot** und **lebendig, Herrschaft** und **Freiheit**. Da der »Carneval« auch verboten wurde, zeigt sich, dass in dieser Stadt Leben und Lebendigkeit weder erlaubt noch erwünscht sind.

Wir, das sind Menschen aus Gruppen und Zusammenhängen, die hierarchiefeindlich sind und jede Form von Herrschaft ablehnen.

Wir sind hier, um unseren Protest und Widerstand auszudrücken.

- gegen die NATO, weil sie die größte Organisation für Terror und Mord auf dieser Welt ist. Krieg und Unterdrückung als Mittel von Politik lehnen wir ab. Krieg und innerer Sicherheitswahn sind nichts anderes als staatliche Formen von Terror.
- gegen die Existenz von Staaten und ihren Institutionen, deren Existenz und Dominanz Zweck von Krieg ist. Wir wollen nicht mehr staatliche oder suprastaatliche Organisationen und Einrichtungen wie UNO, Internationale Gerichtshöfe, IWF oder ähnliches, sondern gar keine solcher Institutionen mehr. Denn die Aufgabe vom Staat und seinen Institutionen ist Herrschaft, Kontrolle, Dominanz.
- Wir aber sind für eine Ablehnung aller Herrschaftsverhältnisse, das heißt für eine Welt ohne Nationen, Grenzen, Wertigkeiten nach Geschlecht, Hautfarbe, Nützlichkeit oder ähnlichem. Wir wollen nicht *mehr* Staat oder *weniger* Markt, *mehr* Steuern oder *andere* Steuern, *andere* oder *internationalere* Kontrollorgane, wir wollen KEINEN Staat, KEINEN Markt, KEINE Steuern, KEINE Machtinstitutionen jeglicher Art mehr.
- Wir stehen hier für eine herrschaftsfreie Welt sowie viele weitere Träume und Wünsche von Alternativen gegenüber einer herrschaftsförmigen Welt, in der Krieg nur ein Alltagsmittel ist. Wir stehen hier für ein selbstbestimmtes Leben der Kooperation und Emanzipation aller Wesen.

In diesem Sinne:
Weg mit der NATO und aller Herrschaft!
Für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit!

[Gegen Ende dieser Rede wurden noch auf der Demo als »Klischee-Autonome« verkleidete Zivilbullen enttarnt. Das war mit AktivistInnen und Fernsehteams abgesprochen. Die Rednerin wies auf die Provokateure hin und erklärte ihren Zweck, in dem Moment Randale anzuzetteln, in dem diese für den Staat und die Diffamierung der ganzen Bewegung nützlich wären. Im Verlauf der Aktionstage gab es mehrere solche Enttarnaktionen...vielleicht hat das dazu beigetragen, dass sich die Zivilbullen mit ihren Provokationen, was Randale betrifft, zurückgehalten haben]

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Selbstorganisation

dem Zufahrtsweg zum »Bayrischen Hof« führten AktivistInnen ein »natodeutsches Kriegsmassaker« auf: Etwa zwanzig Menschen mit blutbeschmierten Anzügen als »Tote« am Boden liegend, abgerissene Leichenteile, dazu ein Panzer aus Pappe, welcher mit der deutschen Fahne, Emblemen der NATO und verschiedener Rüstungskonzerne verziert war. Leider wurde die Aktion sehr schnell von den PolizistInnen geräumt und fast alle Beteiligten bis Mitternacht eingefahren. Fazit: gute symbolische Vermittlung – mit mehr Leuten und Ankett-Materialen hätte daraus auch eine »ernsthafte« Blockade werden können. Der Platz war allerdings aus Angst, zu früh entdeckt zu werden, nicht optimal gewählt (weder im Hauptzufahrtsbereich noch direkt an der Fußgängerzone).

Eine andere, auf eine tatsächliche Blockade ausgerichtete Aktion scheiterte ebenfalls: Eine Aktionsgruppe hatte geplant, Autos aus Parkbuchten zu heben und quer zu stellen, um den Verkehr zum Erliegen zu bringen. Das Problem: Es gab keine Autos, da im Innenstadtbereich komplettes Parkverbot herrschte.

Samstag:
Demonstration und kleinere Aktionen

Am Samstag Vormittag war neben kleineren Flugiverteilaktionen eine Sabotage gegen Bankautomaten (Verstopfen der Schächte, Infozettel auf das Display) geplant, die abgebrochen werden musste, da sich ein Aktionsgruppenmitglied aus Angst verirrt hatte. Fazit: schade drum. Offenbar wäre eine klarere mentale Vorbereitung nötig gewesen.

Gegen Mittag fanden sich einige tausend Menschen auf dem Marienplatz ein, um die verbotene Demonstration doch noch durchzusetzen. Schwacher Beginn: Tausende Linke und andere Leute stehen herum, lassen sich

Samstag, 2. Februar 2002: »Nacktaktion« – in Unterwäsche mit Parolen auf dem Körper führten zur Festnahme

kontrollieren, bekommen Platzverweise und schreien monoton »Hoch die internationale Solidarität.« Nach einiger Zeit setzte sich der Zug in Bewegung, der im Verlauf mehrmals gekesselt wird. Dabei fielen planlose Polizei-, Chaos- und wild gewordene Greiftrupps in der Innenstadt durch ein brutal-unkoordiniertes Vorgehen auf. Aus der Demo heraus gab es auch eine »Nacktaktion«: Ein paar Basishoppel in Unterwäsche hatten sich Parolen auf ihre Körper gemalt, um den Überwachungs- und Sicherheitsdiskurs zu thematisieren: »Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten«. Der beliebte Slogan von Law&Order PolitikerInnen wurde mit der Festnahme durch die Polizei eindrucksvoll widerlegt – so wie es auch eingeplant war. »Es kann jedeN treffen – egal was du tust!«. Eine ähnliche Aktion wurde auch von Münchener SchülerInnen durchgeführt.

Dann steigerte sich die gesamte Demo beachtlich: acht- bis zehntausend Leute trotz Demonstrationsverbot, größtenteils entschlossenes Vorgehen, Durchbruch durch mindestens eine Polizeikette, eine Gruppe von ca. vierhundert Leuten, die bis fast an den Bayerischen Hof gekommen ist usw. Doch dort angekommen, machte sich wieder Planlosigkeit und mangelnde Ortskenntnis (Stadtpläne helfen!) bemerkbar – nicht die Polizei, mensch selbst stand sich im Weg: Wie viele von den Leuten, die nach dem Stachus links abgebogen sind (ohne von den Bullen dazu gezwungen worden zu sein) wussten wohl, dass 200 Meter weiter die rote Zone um den Bayerischen Hof begann? Selbst wenn der Elan zum Durchbruch (der Versuch einiger Leute scheiterte, weil niemensch mitging) nicht da gewesen wäre: Eine Sitzblockade von ein paar hundert Leuten auf einer großen Kreuzung unweit des Tagungsgebäudes, in exponierter Lage (wichtig für die Presse) wäre keine üble Aktion gewesen.

Die Demo wurde dann jedoch in der Schillerstrasse eingekesselt, also im Bahnhofsviertel, nahezu unsichtbar für Presse und PassantInnen. Trotz allem herrschte sehr gute Stimmung im Kessel; es wurden die eigens für den Protest komponierten und als Flugis verteilten Anti-NATO-Lieder gesungen ... dazu viel Spontanität und Kreativität, z.B. Sprüche, die den Unterschied von DemonstrantInnen und Polizei heraus stellten: »Wir werden eine Nacht bei den Bullen verbringen – Ihr werdet euer ganzes Leben bei den Bullen verbringen.« Dort wurden auch ca. zwanzig als »Antifa-Rocker« verkleidete ProvokateurInnen vor laufenden Kameras enttarnt.

Abseits der genannten Aktionen gab es immer wieder direkte Diskussionen mit BürgerInnen. Die Konstruktion der »3.000 gewaltbereiten ChaotInnen« rückte die AkteurInnen (wenn mensch irgendwie »radikal« aussah) automatisch in die Aufmerksamkeit der Bevölkerung und konnte auch subversiv eingesetzt werden, um in U-Bahnen und anderswo ins Gespräch zu kommen (z.B. durch die Frage »Haben Sie eigentlich schon die 3.000 Gewaltbereiten gesehen?«). Angemerkt sei aber, dass so ein direkter Politikstil in München und in linken Bewegungsüberresten zur Zeit nicht weit verbreitet ist.

2. Frecher Umgang mit Polizei und Repression

Die Betonung der staatlichen Repression, des Politikverbots usw. sind wichtig, um die Wirklichkeit von Rechtsstaat und Demokratie zu verdeutlichen, sollten aber nicht dazu führen, dass Basishoppel sich dem hilflos ausgeliefert fühlen und dabei verdeckt wird, dass es auch eine Schwäche von Bewegung selbst ist, die Repression so

1. Februar 2002: Transparent am Sockel des »Friedensengel«

hart greifen lässt! Neben dem unentbehrlichen Schutz vor Repression (EA, RechtsanwältInnen, Solifonds usw.) ist es daher auch wichtig, eine widerständige Praxis gegen Repression zu entwickeln, in der »wir« keine »armen« Opfer sind, sondern Handelnde bleiben. Dazu gehört z.B. ein frecher, offensiver Umgang mit Polizei, Gerichten usw. – Fragen, die in linksradikalen Zusammenhängen zur Zeit keine Rolle spielen oder sogar abgewehrt werden. Einige Beispiele aus München deuten zu mindestens an, was möglich wäre:

- Beim Abtransport oder auf der Wache unterhielten sich AktivistInnen darüber, dass das Problem der Polizei ihre hierarchische Organisation sei usw. und bekamen dafür »Sprechverbot«.
- Auf ulkige Weise kamen einige Menschen aus dem Kessel am Samstag frei: hochgestylt und mit schicker Kleidung traten diese an die PolizistInnen heran. Eine Frau sprach einen Bullen auf englisch an: »We only want to go to the Olympic Hotel«, ein anderer zeigte den Mensa-Key der Uni (sic!) als Hotelschlüssel vor. Sie kommen durch – Subversion pur.
- Durch Kreativität konnte eine weitere Demonstrantin ihre Festnahme verhindern: als ein Trupp USKler sie abgreifen wollten, fing diese an zu schreien: »Kollegen; Kollegen!« – der Erkennungsruf zwischen zivilen und unifomierten Bullen! Daraufhin ließen die USK«s die Demonstrantin los und diese konnte entkommen.
- Basishoppel nervten Einsatzleiter (die mit dem Funkgerät...), indem sie sich einfach zu diesen stellten und zuhörten – was übrigens nicht verboten ist. Neben dem Abhören von wichtigen Infos können PolizistInnen so verunsichert werden. Das führte zu der absurden Situation, dass einer der Oberbullen mit Platzverweis drohte – im Kessel...
- Nach einer Leibesvisitation durch USKlern stellten sich DemonstrantInnen unaufgefordert wieder an die Wand; eine weitere Person machte PassantInnen durch lautes Rufen aufmerksam, so dass viele Menschen stehen blieben und es einige Diskussionen zwischen Bullen, BürgerInnen und DemonstrantInnen gab.
- Auch das Infotelefon der Münchener Polizei konnte einer Gruppe helfen: da diese ziemlich planlos waren, rief mensch die Bullen an: »Guten Tag, xxx hier. Ich wollte noch einkaufen fahren; wie sieht«s am Marienplatz aus?« – »Da ist alles dicht, sie können da nicht raus« – »Hm und zur Isar rüber?« – »Da würd ich nicht aussteigen ... « – »Wieso, gibt«s Krawalle?« – »Noch nicht, sieht aber ganz danach aus!« – »Gut, dann muss ich wohl oder übel rechts der Isar shoppen ... schönen Dank auch!« Und nach dem Auflegen zu den anderen: »Ok, Leute, wir steigen Isartor aus!«
- Zwei Akteure verhinderten kreativ die Teilung einer Demogruppe durch ein doppeltes Bullenspalier, indem sie sich alleine der einmarschierenden Bullen-Zweierreihe anschlossen und ebenfalls im Stechschritt laufend rhythmisch ArbeiterInnenlieder sangen. Die irritierten Bullen lösten ihren Spaliermarsch auf und verpissten sich.
- Auch dazu gehören die erwähnten, öffentlichen Demaskierungen von ProvokateurInnen, deren Arbeit ja nur aus dem Schutz der Anonymität heraus funktioniert, die damit zerstört wird.

ANTI-NATO-LIED: SKANDAL

Gitarre: A – G
D – E
A – G
D – E
Refrain: A C h E
A C h-E – A

Text: In München steht ein Hofbräuhaus,
doch die Kriegsminister müssen raus,
damit in dieser großen Stadt
das Morden keine Chance hat.
Ein jeder ist gut informiert,
obwohl Scharping täglich inseriert.
Der Krieg sei jetzt humanitär,
da fällt das Töten nicht mehr schwer

REFRAIN:
Und mitten in der großen Stadt,
hau'n wir jetzt die ganze NATO platt.
Randale ... im Sperrbezirk (2x)
Randale ... gegen die NATO

Mit Schlagstöcken die Bullen drohn,
doch wir kennen diese Nummer schon,
drum am Tempel der brutalen Macht,
herrscht heut Protest die ganze Nacht
Die NATO-Tagung fällt dann aus,
die Mörder flüchten schnell nach Haus.
Wir schaffen, weil die Sehnsucht quält,
'ne Welt, in der die Herrschaft fehlt.
REFRAIN

ANTI-NATO-LIED: 99 LUFTBALLONS

Gitarre: E – fis – A – H/H7
(1., 2. Und 4. Strophe gleich, 3. andere Melodie – im Original nach 1. Strophe eine Strophe instrumental)

Text: 1. Hast du etwas Zeit für mich dann singe ich ein Lied für dich
von 99 Mörderchefs auf ihrem Weg zum Natotreff
Denkst du vielleicht grad an mich dann singe ich ein Lied für dich
von Bullen die jetzt aufmarschieren damit wir ihre Knüppel spüren

2. 99 Kriegsminister bombten ganze Städte nieder
und uns wird neuerdings erzählt das man für Menschenrechte quält
und die Kirche versichert eilig, der Krieg ist endlich wieder heilig
doch kaum ein Mensch ist echt schockiert, dass überall der Krieg regiert

3. Ungezählte Menschen sterben Träume liegen da in Scherben
Verstümmelte von Daimlerminen, sie dachten man kann damit spielen
dort wo früher Häuser standen sieht man jetzt die NATO landen
Tausenden verliern ihr Leben
Kollateralschäden wird's immer geben

4. Die Medien hab'n uns diffamiert die Bullenmacht ist aufmarschiert
die Mörder werden so beschützt ob ihnen das jedoch was nützt?
Denn wo die Mörderchefs heut tagen werden wir Aktionen wagen
Ob friedlich oder militant Notwendig ist der Widerstand

DOKUMENTATION

Dokumentation zu dem Totalverbot der Aktivitäten gegen die »Münchner Konferenz für Sicherheit« vom 1. bis 3. März 2002 – »Widerstand gegen Kapital und Krieg lässt sich nicht verhindern!«
Bestellanschrift:
Claus Schreer, Johann-von-Werth-Str. 3, D-80639 München, Tel. (0 89) 16 95 19, Fax 168 94 15
E-Mail: nato@buko24.de

3. Offene Presseplattform

Neben dem direkten Kontakt zu BürgerInnnen gehört auch eine gute Pressearbeit zur inhaltlichen Vermittlung – etwas, was bei emanzipatorischen Gruppen oft sehr schlecht läuft. Entweder es gibt gar keine, was dazu führt, dass VertreterInnen von Verbänden und NGOs die Basis für sich instrumentalisieren. (Beispiel Castor: unabhängige Gruppen und AktivistInnen machen gute Blockadeaktionen, FunktionärInnen von BUND & Co. erzählen der Presse Scheiße darüber, warum sie das tun, »Castor zu unsicher« usw.) Die andere Variante, abgestellte Pressegruppen, weist auch einige Probleme auf: diese agieren in der Regel nach StellvertreterInnenlogik ... ohne Rückkopplung mit BasisakteurInnen, die oft nicht einmal von deren Existenz wissen. Die aus dieser Kritik entstandene Idee einer Offenen Presseplattform wurde in München erstmalig umgesetzt: Dazu gab es zum einen Listen, in die sich interessierte JournalistInnen sowie für Interviews bereit stehende Aktionsgruppen und EinzelakteurInnen eintragen konnten, zum anderen zwei Kontakthandys, die den Austausch untereinander ermöglichen sollten. Ziel war, Gruppen und Einzelpersonen die Möglichkeit zu geben, ihre eigene Pressearbeit auf direktestem Wege zu machen – selbstorganisiert ... ohne StellvertreterInnen.

Im Vorfeld trugen sich sowohl JournalistInnen wie auch Aktionsgruppen in die Liste ein. Die Liste der JournalistInnen war immer offen (Internet bzw. während der Aktionen am Infopunkt aktualisiert), so dass Gruppen ständig auch selbst Kontakte aufnehmen konnten. Außerdem war es bei Aktionen immer wieder möglich, AkteurInnen, die gerade nicht an der Aktion teilnahmen, aber am Infopunkt der Presseplattform waren, dafür zu gewinnen, die Liste durch zu telefonieren und die JournalistInnen zum Ort zu schicken. Das klappte gut – auch mit Menschen, die bisher die Idee gar nicht kannten – der Verzicht auf feste Presseleute war also kein Qualitätsverlust. Das Ergebnis konnte sich auch sehen lassen: Die Journis, die mit der Offenen Presseplattform kooperierten, waren bei mehreren Aktionen die Einzigen, die von Beginn an oder sehr schnell am Aktionsort waren. Das deutlichste Beispiel: Im Kessel des Samstagabend (Schillerstraße) waren alle Fernsehteams, die mit der Offenen Presseplattform kooperierten, im Kessel – aber auch kein anderes. Etliche Aktionsgruppen konnten für ihre Aktionen direkt Kontakte aufnehmen.

Im Ergebnis:

- Es entstanden einige umfangreiche Texte, Dokumentationen usw. von kreativen Aktionen.
- In fast allen Beiträgen, die über die offene Presseplattform vermittelt wurden, konnten auch die Ziele und Motive der AkteurInnen vermittelt werden. Allerdings muss klar festgestellt werden, dass eine solche Form der Pressearbeit von unten nicht verhindern kann, dass JournalistInnen weiter an auflagefördernden und dann platten bis falschen Berichterstattungen orientiert sind.
- Sämtliche Zeitungen, die keinen Kontakt zur Offenen Presseplattform aufnahmen, blieben weiterhin voll auf die Meldungen von Regierenden, Polizei und die zentrale Anti-Nato-Bündnis-Struktur orientiert. Sie berichteten von den verschiedenen direkten Aktionen außerhalb der zentralen Bündnis-Demonstrationen meist gar nicht.
- Auffällig war, dass alle als eher links geltenden Zeitungen keinen Kontakt zur Offenen Presseplattform herstellten und daher ebenso nicht über Aktionen jenseits der zentralen Demonstrationen berichteten. Zudem fehlte gerade bei ihnen die Stimme der herrschaftsfeindlichen, grundlegend systemkritischen AkteurInnen. Das muss nach den Erfahrungen auch bei früheren Aktionen als Strategie gewertet werden – gerade viele »linke« Zeitungen sind bewegungsarrogant und AnhängerInnen von zentralistischen Politikkonzepten.
- Die Verzahnung mit selbstorganisierten Medien wie Indymedia, freien Radiogruppen usw. lief nur schlecht. Hier war von allen Seiten im Rahmen der Offenen Presseplattform nur wenig Aktivität zu sehen, den Kontakt aktiv herzustellen.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Selbstorganisation

4. Auswertung, Kritik und Ausblicke

Schlechte Selbstorganisation & Vorbereitung angereister Gruppen

Viele Gruppen waren unvorbereitet, uninformiert und zu kurzfristig da – und das angesichts Politikverbotes in der kompletten Innenstadt: Weder die Protest- und Beschwerde-Stadtpläne noch das Direct-Action-Training waren bekannt; DemonstrantInnen hatten keinen Stadtplan dabei, keine eigenen Aktionen vorbereitet, auch fehlte die grundlegenste »Ausrüstung« wie Flugblätter, Transparente, Stifte u.ä. Mehr als ein plattes Eventhopping ist damit nicht drin.
DIE VISION: *Dutzende Gruppen denken sich eigene Aktionen aus und führen eigene, regionale Vorbereitungstreffen durch. Gut vorbereitet reisen diese einige Tage vorher an, bringen Materialien für Vermittlung mit und nehmen an Direct-Action-Trainings o.ä. teil. Druck und Inhaltsvolle Demos als gemeinsame Aktionsform und Teil des Ganzen können weiterhin dazugehören.*

Selbstorganisation statt Abhängigkeit vom Staat

Die jahrelange Abhängigkeit alternativer und linker Einrichtungen von staatlichen Geldern hat sich als sehr fatal erwiesen; viele von ihnen konnten so durch Druck von Stadt und Staat gelähmt werden (wie z.B. das Eine-Welt-Haus, das dem Bündnis seine Räumlichkeiten verwehrte). Angemerkt sei aber, dass einige Projekte geschickt trotzdem mit den Widerständigen kooperierten – was die Kritik nicht entkräftet: Für einen emanzipatorischen Widerstand ist es notwendig, dass Gruppen sich gemeinsam überlegen, wie selbstorganisierte Räumlichkeiten und Freiräume mit gegenseitiger Unterstützung aufgebaut werden können.
DIE VISION: *Überall in D-Land eignen sich Gruppen und Menschen Wissen über Selbstorganisation an (Seminare, Trainings, Camps usw.) und beginnen, lokale Freiräume zu schaffen oder zu erobern, die es den einzelnen Leuten ermöglichen, sich aus Verwertungszwängen zu lösen, unabhängig von staatlicher Förderung zu sein und einen widerständigen Alltag zu leben.*

Fehlende inhaltliche Vermittlung

- Es gab keine Mobilisierungszeitung (oder Regionalausgaben) mit größerer Auflage.
- Materialien zur eigenen Vermittlung fehlten bei vielen DemonstrantInnen komplett: es gab kaum Flugis, Transparente oder anderen Kleinkram (Eddings, Spraydosen usw.).
- Nur wenige Aktionen bauten eine starke Vermittlungsebene auf (wie z.B. die Demo der Sprachlosen).
- Zu wenig Eingriffe in den öffentlichen Diskurs z.B. durch gezielte Subversion und Kommunikationsguerrilla usw.

DIE VISION: *Mobilisierungszeitungen mit Regionalausgaben o.ä. werden ein »Standard« für größere Aktionen. Die Offene Presseplattform wird von noch mehr Menschen genutzt und macht sich im Idealfall selber überflüssig. Viel mehr Gruppen greifen den Dreiklang von Direkter Aktion, Erregungskorridor und inhaltlicher Vermittlung auf und überlegen sich selbst, wo sie mit welchen Mitteln ihre Positionen rüber bringen wollen. Dazu gehört auch die Entwicklung eines direkten Politikstils, der immer wieder versucht, Menschen in Debatten zu verwickeln ... etwas, das überall und gerade im Alltag möglich ist (Läden, U-Bahnen, öffentliche Plätze, Bahnhöfe usw.).*

Fixierung auf zentralistische Aktionsformen überwinden

Ein Grund für die schlechte Vorbereitung ist auch das Festklammern an eingefahrenen Politikmustern. Latschdemos lassen die Konsummentalität innerhalb linksradikaler Strukturen unangetastet, da sie viel weniger Eigenverantwortung fordern als Aktionen, die mensch selbst plant und ausführt. Eine kreative, druckvolle Demo ist damit nicht ausgeschlossen; hier geht es vor allem darum, die Dominanz zentralistischer Politik aufzuknacken. Dazu gehört auch die Unterstützung von Aktionen in der eigenen Stadt wie z.B. Beschallung der Städte mit Kriegsgeräuschen durch freie Radios, was leider kaum aufgegriffen wurde.
DIE VISION: *Dezentrale, direkte Aktionskonzepte mit intensiver, horizontaler Vernetzung werden häufiger umgesetzt. Dutzende Gruppen machen in der Innenstadt und anderswo ihre Aktion mit direkter, durchdachter Vermittlung ... überall entstehen Diskussionen mit BürgerInnen statt arroganten Sprüchen.*

Zu wenig Verhinderungsaktionen

Bis auf die Massakeraktion gab es keine Versuche, die zum Ziel hatten, die NATO-Tagung direkt anzugreifen bzw. zu verhindern. Selbst wenn dieses Ziel nicht erreichbar war, was zumindest bezweifelt werden darf, wäre es dennoch wichtig gewesen, um klar zu vermitteln, dass mensch keine Folklore am anderen Ende der Stadt ist, sondern diese Tagung, die Planung weiterer Kriege nicht zulassen will. Das Die-In am Freitag hat gezeigt, dass Sicherheitsvorkehrungen nicht unüberwindbar sind; mit mehr Einfallsreichtum und Wagemut wäre es sicher möglich gewesen, in oder an den Tagungsort zu gelangen und dort widerständig zu agieren. Auch hier könnten Trainings, im kleinen Kreis oder im Rahmen von Direct-Action-Gatherings, viel helfen.

Direct-Action-Training

Direct-Action-Trainings wie in München sollten unabhängig von Events durchgeführt werden, da die Aneignung von neuen Fähigkeiten und Themenfeldern sonst aufgrund von Stress und psychisch-physischen Belastungen schwer fällt. Bei Trainings vor größeren Ereignissen sollten diese daher sehr stark auf die Vorbereitung von Aktionen ausgerichtet sein – als Anlaufpunkt für Leute ohne Gruppe usw.

Samstag, 2. Februar 2002: »Nacktaktion« - Wer nichts zu befürchten hat – hat nichts zu verbergen

Umgang mit & Schutz vor Repression »trainieren«

Der Umgang mit Repression fiel vielen Menschen sehr schwer; sie hatten Angst vor den bayrischen Bullen. Dies fiel vor allem auf der Demonstration am Samstag auf. Die Taktik des Einkesselns wurde nicht richtig erkannt, es fehlte eine organisierte Gegenwehr wie z.B. das Durchbrechen von Bullenketten oder ein Sitzstreik, um die Räumung erheblich zu erschweren. Auch auf der Wache zeigte sich, dass nicht einmal grundsätzlichste Erkenntnisse in punkto Repressionsschutz umgesetzt wurden: Erschreckend viele Leute gaben ohne Einwände Fingerabdrücke von sich oder waren zu Aussagen bereit.
DIE VISION: *Seminare und Trainings, die sowohl Basiswissen um Repressionsschutz (Aussageverweigerung, Rechte gegenüber Polizei, vor Gericht usw.) als auch Anti-Repression (offensiv-kreativer Umgang mit Bullen, Aktionen in bzw. gegen Knäste oder Gerichte usw.) beinhalten.*

Zusammenfassung & Fazit insgesamt

Widerstand ist möglich. Die Taktik der totalen Repression, das Politikverbot sind nicht aufgegangen. Zentrale Aktionsformen wie Latschdemos können verboten werden – nicht aber Dezentralität, Kreativität, Entschlossenheit und Selbstorganisation. Auch »heftige« Sicherheitsvorkehrungen können damit bewältigt werden – mal subversiv als Demo der Sprachlosen, mal konfrontativ als Reclaim The Streets (wie die Demo am Samstag). Wären viel mehr Gruppen vorbereitet nach München gekommen und hätten dezentrale, vermittlungsintensive Aktionen durchgeführt, hätte daran auch die Polizei nichts ändern können.

Widerstand ist möglich – aber ein anderer ist nötig: Die Fixierung auf Latschdemos und zentralistische Politikkonzepte müssen überwunden werden, da diese sehr einfach für die Staatsmacht zu kontrollieren sind und einer Selbstorganisierung im Wege stehen.
DIE VISION: *Netzwerkartig organisierter und handelnder Widerstand mit einer intensiven Kommunikation und Basisgruppen, die dezentrale Aktionskonzepte umsetzen. Wahrscheinlich noch viel mehr, dass uns jetzt nicht einmal zu denken einfällt. Dazu gehört auch die Aneignung von Wissen und Fähigkeiten und insgesamt eine deutliche Stärkung von Selbstorganisation, Autonomie und Kreativität. Veränderung, die vor allem abseits der großen Events stattfinden muss, wenn wir die nächste NATO-Tagung oder andere Events richtig rocken wollen.*

(1) Versuch einer Einschätzung auf Indymedia. Link auf der NATO-Auswertungsseite unter www.hoppetosse.net

Nachwehen: Thematisierung & Protest gegen staatliches/städtisches Vorgehen während dem 1/2/3. Februar 2002

Schönerweise blieb das repressive Vorgehen der Stadt und des Staates durch Oberbürgermeister Christian Ude und seinem Stellvertreter, Hep Monatzeder, sowie der Polizei und des Kreisverwaltungsreferates vor und während der Proteste nicht ohne Folgen. AktivistInnen in und um München führten verschiedene Störaktionen, Kommunikationsguerillas und Aufklärungsaktionen durch. Leider sind uns dazu nicht genügend Informationen verfügbar, wir wollen aber trotzdem versuchen, diese ein wenig vorzustellen und auszuwerten, soweit uns das möglich ist. Wir hoffen, dass die AkteurInnen ihre Aktionen auch selbst detaillierter beschreiben werden.

Aktionen rund um den Stadtrats- und Oberbürgermeister-Wahlkampf

Mehrere Gruppen hatten sich überlegt, dass der Wahlkampf der für die Zensur und Repression verantwortlichen Parteien gestört werden müsse. Eine der ersten Möglichkeiten dafür wurde leider verpasst. Bereits am Sonntag, 3.2. war eine Lesung von OB Ude im Hinterhoftheater angesetzt. Der Titel der Lesung war bezeichnenderweise »Satirische Stücke aus meinem Leben«. Dieser Titel und die Form der Veranstaltung hätten eine wunderbare Gelegenheit geboten, schon am Tag nach den Aktionen ein deutliches Zeichen gegen politische Zensur, Politikverbot und Erpressung städtisch finanzierter Projekte zu setzen. Leider fand sich niemand an diesem Sonntag früh im Hinterhoftheater ein, obwohl der Termin schon im Vorfeld bekannt gemacht wurde und auch an den Aktionstagen über das Infotelefon weitergegeben wurde. Das ist einerseits auf Überarbeitung das AktivistInnen an den Tagen davor, aber auch auf mangelnde Koordination, Vorbereitung und Spontanität zurückzuführen. Schade drum.

Einen Sonntag später hatte das Stadtmagazin »GO« zu einer politischen Podiumsdiskussion aller Parteien in die Bongo Bar im Kunstpark Ost geladen. Eine unvorbereitete und unkoordinierte Schar von BeschwerdenträgerInnen kreuzten hier auf. Obwohl kein Konzept oder irgendeine Vorbereitung vorhanden war, gelang es durch Zwischenrufe und Fragen den Abend für einige PolitikerInnen unangenehm zu gestalten. Kritik wurde auch an der Moderation laut, die die MackerpolitikerInnen wie Ude oder Monatzeder zu viel Redezeit zugestanden und dafür die sogenannte Publikumsdiskussion zu einer Farce zusammenkürzte. Schön war hier, dass das Thema Sicherheitskonferenz zum Hauptthema wurde, das die Köpfe sichtlich erhitzte, die anderen Wahlkampfthemen zurückdrängte bzw. einziges Thema der »Publikumsdiskussion war« und somit den PolitikerInnen verunmöglichte, zur Tagesordnung überzugehen. Eine gut vorbereitete Störaktion, unsichtbares Theater und andere Konzepte wären sicherlich viel schöner gewesen.

Was hier versäumt wurde, holte eine große Gruppe von SchülerInnen und anderen am darauffolgenden Donnerstag nach. Die Wahlkampfveranstaltung »Ude redet mit der Jugend« im Jugendzentrum Biederstein bekam mit einer Jubel-Lobesrede auf die »vorbildliche Politik« der Stadtoberen eine ganz andere Richtung. Nach wenigen Minuten verließen Ude und Konsorten den Ort, anstatt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den »Jugendlichen« zu führen – ein Zeichen dafür, wie wenig aufrichtig diese Veranstaltung seitens der PolitikerInnen gemeint war. Es schien ihnen nicht darum zu gehen, die anderen Ansichten zu respektieren, sondern vermutlich nur um eine Instrumentalisierung der »Jugend« für ihre Machtzwecke. Die etwa 100 Jugendlichen nutzten die Gelegenheit, miteinander und ohne MachtvertreterInnen über politische Belange zu diskutieren. Alles in Allem eine sehr gut gelungene Aktion. Da uns nichts genaueres bekannt ist, fragen wir uns, wie es um die Vermittlungsebene stand. Eventuell wäre eine Aufklärung über Flugblätter noch sinnvoll gewesen.

An den beiden darauffolgenden Tagen machten einzelne AktivistInnen Herrn Ude bei seinen Infoständen das Leben schwer. Beim ersten reihten sich die BeschwerdeträgerInnen in die Reihe der PublikumsrednerInnen ein und hielten einen kritischen Redebeitrag, während andere ein Transparent ausrollten. Daraufhin verließ Herr Ude unverzüglich unter den Worten »schon wieder diese Störer, ich geh jetzt« oder so ähnlich, den Ort. Am Tag darauf, wieder bei einem Infostand, überredete er dieselben Personen, ihre Störaktion zu unterlassen, er würde ihnen dafür ein Privatgespräch anbieten. Die AktivistInnen ließen sich darauf ein. Seine Ruhe hatte der Oberbürgermeister dennoch nicht. Andere MünchnerInnen kritisierten das Vorgehen der Stadt bei der Sicherheitskonferenz. Herr Ude hielt sein Versprechen und sprach eine halbe Stunde persönlich mit den AktivistInnen, was diese auf Tonband aufnahmen. Eine Verwertung dieser Aufnahmen zu einem Radiobeitrag oder ähnlichem ist geplant. Genauere Informationen fehlen uns leider auch zu diesen Aktionen.

Kommunikationsguerilla

Um die Lächerlichkeit der Argumentation in den Demonstrations-Verbotsanträgen der Polizei und in der Verbotsbegründung des KVR bloßzustellen, forderten BürgerInnen des Komitees »Sicher leben im Westend« das Verbot des Oktoberfestes. Dafür ahmten sie sowohl Sprachstil wie Argumentationsaufbau der Behörden nach. Sie überprüften die Internetseite www.oktoberfest.de auf Gewaltbereitschaft, Aufruf zu Straftaten und ähnlichem. Dabei legten sie Wert auf die Fadenscheinigkeit der Argumente, die mit dem gleichen Ernst vorgetragen wurden, wie das konstruierte Chaos-Szenario der Polizei: Dieser Text wurde an Medienorgane, den Stadtrat und das Kreisverwaltungsreferat gefaxt und als Flugblatt verteilt.

Presse und Fernsehen nahmen die Aktion ernst und berichteten über Sicherheitsfanatiker, die das Oktoberfest verbieten wollten. Das KVR erklärte, das Anliegen »prüfen« zu müssen.

Diese Kommunikationsguerilla zeigt, wie erfolgreich subversive Direct Action sein kann. Leider wurde versäumt, den geöffneten Erregungskorridor mit einer inhaltlichen Vermittlung zu füllen. Auch bei dieser Aktion würden wir eine eigene Auswertung der Beteiligten richtig und wichtig finden.

Wenig später tauchte die Partei »AOE- Axis of Evil« im Wahlkampf auf. Das Flugblatt dieser Gruppe erinnerte layouttechnisch sehr an SPD-Faltblätter. In dem Pamphlet wird »aus Sicherheitsgründen« die Abschaffung der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit, sowie das grundsätzliche Verbot aller Demonstrationen im Voraus gefordert. Sehr schön: auf der letzten Seite wird die Kommunikationsguerilla aufgelöst und erklärt, was mensch wirklich meine: Kritik am Grundrechteabbau u.a. – super Vermittlung!

Unseres Wissens war noch eine Aufkleberaktion geplant. Die Wahlkampfplakate der SPD, auf denen »Wir schützen die Mieter« zu lesen ist, sollten mit einem vorgedruckten Aufkleber, auf dem die drei Buchstaben »örd« stehen, so überklebt werden, dass daraus »Wir schützen die Mörder« wird – im Zusammenhang mit dem Treffen der Nato-Mörderchefs (»Sicherheits«konferenz), das von der SPD Regierung in München geschützt wurde. Was daraus wurde, ist uns unbekannt. Allerdings wäre das eine schöne »Subvertising« Aktion, wie mensch im Fachjargon der ReclaimTheStreets-Bewegung sagen würde. Soviel uns bekannt ist, gibt es Fotos, auf denen diese oder eine gesprayte Version der manipulierten Plakate zu sehen ist.

Leider mangelt es uns, wie wohl schon aufgefallen sein mag, an Informationen über all das, was da so gelaufen ist im Nachhinein. Es wäre schön, wenn AktivistInnen ihre Aktionen textlich Nachbereiten; Erstens, um selbst noch einmal zu reflektieren und aus Fehlern zu lernen, zweitens, um anderen die Chance zum Nachahmen und Lernen zu geben. Somit hoffen wir, dass auch die Aktion einiger KünstlerInnen, als Bundeswehrsoldaten verkleidet Kriegsanleihen zu verkaufen und SoldatInnen zu rekrutieren, bekannt gemacht und ausgewertet wird.

Wir möchten noch einmal betonen, dass wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder allein richtige Sichtweise erheben. Vielmehr würden wir uns über Kritik, Richtigstellung, Vervollständigung oder Mitarbeit freuen.●

Espi, Jörg, Tereza, Björn, einige »Schöner Leben«-Leute, und andere Hoppetossistas.

(Der Text ist online auf www.hoppetosse.net. Dort besteht auch die Möglichkeit, über die Mailingliste von Hoppetosse-Netzwerk für kreativen Widerstand mit den AutorInnen in Kontakt zu treten oder eigene Auswertungen einzubringen.)

KONKRET-KONGRESS REVISITED:

Deutscher Krieg

Im Neuen Deutschland bezeichnete Birgit Gärtner den Konkret-Kongress vom 26.1.02 zum Thema »Deutschland führt Krieg« als »antideutsche Nabelschau, auf dem wenig Neues zu hören war.« Was sie für »das einzig erfreuliche« hielt, die Absage an linke Kriegsbefürwortung, war wichtig, aber die Debatte auf dem Kongress ging weit darüber hinaus.

Von Gaston Kirsche (gruppe demontage) ● Die 800 TeilnehmerInnen tummelten sich auch an mehreren Büchertischen, darunter an einem wenig besuchten der *Bahamas*. Dort lag auch ein Flugblatt aus, in dem in der üblichen Bahamas-Diktion Hamburger Linke als »Linker Heimatschutz« entlarvt wurden, deren ganze Niedertracht sich schon durch das Trinken von naturtrübem Apfelsaft manifestieren würde. Aber das war eine Randerscheinung des Kongresses, keiner der sieben Referenten vertrat die Positionen der *Bahamas*, wonach der Islamismus der Widergänger des Nationalsozialismus sei oder ähnlichen Unfug.

Wie anderen völkischen Ideologien auch, ist islamistischen Bewegungen mit der Gegenüberstellung von organischer Gemeinschaft und abstrakter kapitalistischer Warenvergesellschaftung der Antisemitismus eingeschrieben – was auch für zahlreiche andere Bewegungen im Trikont wie auch in den Metropolen gilt. Eine verkürzte Imperialismuskritik kommt so gerade in Deutschland oft als vermurkster Antiimperialismus daher, der in seiner binären Vorstellung von personalisierter Herrschaft und unterdrückten, kämpfenden Völkern zur völkischen Ideologie gerinnt. Die Fans von freiem Markt und dem fundamentalistischen Glauben, jeder sei seines Glückes Schmied, reproduzieren eh kontinuierlich antisemitische Stereotypen, um zu verdrängen, warum Kapitalismus ungerecht ist. Wer das bekämpfen will, braucht nicht virtuell auf den Feind Islamismus einzudreschen, sondern wird für das Zurückdrängen von Antisemitismus und Rassismus in der vorgestellten organischen Gemeinschaft Deutschland gebraucht. Das modische Feindbild »Djihadismus« zeugt aber meist von nicht allzuviel Beschäftigung mit islamistischen Bewegungen und den elenden gesellschaftlichen Verhältnissen, auf welche diese Bewegungen mit einer autoritären Sehnsucht nach einer organischen Gemeinschaft reagieren. Die Aufgeregtheit, mit der viele Linke hierzulande mit einem Jahrzehnt Verspätung den vermeintlichen »Djihadismus« entdecken, kann keine Entschuldigung dafür sein, auf eine Kritik der politischen Ökonomie, auf eine Imperialismuskritik zu verzichten.

Der Herausgeber von *konkret*, Hermann L. Gremliza hat in seinen letzten Kolumnen mehrmals die Notwendigkeit einer antideutschen Imperialismuskritik begründet. Dabei kritisiert Gremliza als Gegner des Afghanistankrieges auch die völkische Variante des deutschen Antiimperialismus, den Antiamerikanismus: »Wer ja sagt zum Kapitalismus (zur Marktwirtschaft und ihrer bevorzugten politischen Organisationsform, der »westlichen Demokratie«) und nein zur Außenpolitik der USA, spricht nicht als Kritiker, sondern als Konkurrent. Sein Urteil verbreitet nicht Aufklärung, sondern Ressentiment: Antiamerikanismus.« (konkret 1/02).

Gremliza referierte auf dem konkret-Kongress Ausführungen zum »Showdown in Partnership«: Das Verhältnis USA und Deutschland ist sowohl von gegenseitiger Konkurrenz als auch gemeinsamen Interessen geprägt. Wo die BRD kann, setzt sie sich ab von den USA und konkurriert mit ihr wie bei der Zerstückelung Jugoslawiens; wo es vorteilhafter ist sich unterzuordnen, wird gemeinsam gekämpft wie in Afghanistan.

Günther Jacob führte anschließend aus, warum diejenigen, die sich marktschreierisch als die wahren Antideutschen gerieren würden, real nur noch »Ex-Antideutsche« seien: Wer sich auf die deutsche Außenpolitik positiv beziehe, könne sich kaum als Gegner Deutschlands bezeichnen. Jacob wies auch auf einen zweiten wesentlichen Punkt hin: Unabhängig davon, ob dem Anschlag auf das World Trade Center auch antisemitische Absichten zugrunde lagen – wovon Jacob ausgeht – sei doch entscheidend, dass der Anschlag in den USA und Deutschland antisemitisch rezipiert werden würde. So würde in den USA mittlerweile eine überwiegende Mehrheit bei Umfragen dafür plädieren, sich von Israel zu distanzieren, weil dessen Politik diesen Anschlag provoziert hätte. Auch in Deutschland werde der Anschlag genutzt, um Israel eine Mitschuld zu geben. Durch diese Debatte wie durch die Symbolik des World Trade Centers als angeblichem Zentrum des Finanzkapitals sei der Anschlag antisemitisch. Das sei aber keinesfalls eine Begründung, um für den Krieg zu sein. Vielmehr gehe es darum, gerade unter der Prämisse, dass der Anschlag auch antisemitisch sei, vehement gegen die Kriegsapologetik der Ex-Antideutschen einzutreten.

Daneben sprach Jacob auch über zwei Register bzw. Codes »Klassischer ML« und »Holocaust/Antisemitismus«, die in sich geschlossene, voneinander abgegrenzte Denkweisen wären. Jacob stellte aber auch die These auf, Linke würden öfters zwischen diesen Registern oder Codes hin und her wechseln. Damit hat er die Möglichkeit offengelassen, dass es für eine moderne linksradikale, antideutsche Subversion genau darauf ankommt, hier durch Codeswitching eine Verbindung herzustellen, welche die innere Spannung zwischen klassischem Marxismus und kritischer Theorie nach der Shoah aushält. Als Gruppe *demontage* sprechen wir deshalb von kosmopolitischem Kommunismus.

Auf dem Kongress hat Ebermann anschließend eine leidenschaftliche Lanze dafür gebrochen, dass die Kritik der islamistischen Bewegungen ohne eine Imperialismuskritik innerhalb deutscher Kriegsbefürwortung verbleibt. Anhand zahlreicher Zitate aus der *Bahamas* wie auch aus dem Artikel »Unter Bauern von« Justus Wertmüller (konkret 1/02) wies er nach, dass sich diese Leute in chauvinistischer Manier nur mit der Sonnenseite des Kapitalismus beschäftigen und so tun, als sei der Wohlstandskapitalismus ohne das Elend und die Überausbeutungsverhältnisse im Trikont denkbar.

Thomas von der Osten-Sacken kritisierte in seinem Referat ausführlich die Friedensbewegung wegen deutschnationaler Tendenzen sowie den rechten Antiimperialismus. Seiner Meinung nach würde Horst Mahler das in sich logischste Konzept von Antiimperialismus vertreten, als völkische Gegnerschaft gegen die USA. Der linke Antiimperialismus sei gescheitert und nach dem Ende der Sowjetunion erledigt. Er vertrat die Ansicht, das die USA Kabul befreit hätten von den Taliban mit ihrem Krieg. Als sein Vorredner Jacob ungläubig nachfragte »Befreit?«, antwortete er: Ja, nicht absolut befreit, aber erst jetzt, wo die Taliban weg seien, gebe es die Möglichkeit, Politik in Afghanistan zu machen. Jacob warf auch die Frage auf, ob der Vorwurf an Deutschland, sich nicht genug am Krieg zu beteiligen, nicht letztlich darauf hinauslaufe, dass die Bundeswehr im Nahen Osten »gegen den Antisemitismus« als Friedenstruppe kämpfen solle. Ein wichtiger Punkt. Auf der abschließenden Podiumsdiskussion gab es einen heftigen Disput hierzu. Von der Osten-Sacken differenzierte seine Position nochmal: Er selbst komme ja aus der Solidarität mit Befreiungsbewegungen, aus der Nicaragua-Solidarität. Es sei für ihn ein Dilemma, dass heutzutage Interventionen der USA eine Verbesserung der Lage für Menschen im Trikont bedeuten würde, wie jetzt in Kabul, wo durch die USA Bedingungen für eine Befreiung von den Taliban geschaffen worden seien. Dass sei nicht gut, aber die Linke müsse das einfach sehen. Von der Osten-Sacken bestritt, zu einer Intervention der USA und ihrer Alliierten im Irak oder Afghanistan aufgerufen zu haben.

Auf dem Kongress wurde eine wichtige Frage gestellt: Wie können Linke in der BRD sich verhalten, wenn die USA im Irak intervenieren und die BRD dies wegen der eigenen ökonomischen Interessen im Irak ablehnt? Einmal mehr herrscht doppelte Lawinengefahr im tiefen Tal der Linken: Einerseits kann antiimperialistische Solidarität mit dem Hussein-Regime eine Lawine der Affirmation deutscher ökonomischer Interessen im Irak auslösen. Dabei steht das irakische Regime mit seiner antiimperialistischen Baath-Staatsideologie und -praxis vor allem für die definitive Eliminierung jeder emanzipatorischen Perspektive aus der Idee antikolonialer und »nationaler Befreiung«. Andererseits kann antideutsche Realpolitik, in der notwendigerweise grundsätzlich antideutsche wie antiherrschaftliche linke Kritik untergeht, eine Lawine der Affirmation der Politik der USA als Konkurrenten Deutschlands auslösen. Die USA sind aber gleichzeitig Verbündete Deutschlands – wodurch antideutsche Realpolitik auf einer doppelt fragwürdigen Grundlage steht: Weder eindeutig antideutsch noch antikapitalistisch.

Für Antideutsche Subversion wird dagegen eine Imperialismuskritik gebraucht, welche die innere Spannung zwischen klassischem Marxismus und kritischer Theorie nach der Shoah aushält. Wer sich einlässt auf antideutsche oder antiislamistische Realpolitik, gibt die notwendige Utopie, die wir in der gruppe demontage kosmopolitischen Kommunismus nennen, auf. Wer meint, sich in den laufenden imperialistischen Kriegen auf eine Seite positiv beziehen zu können anstatt negativ auf den deutschen Imperialismus, verzichtet zugunsten vermeintlicher Sachzwänge oder Bündnispartner auf die notwendige radikale Kritik der Verhältnisse.

Das eine Bekämpfung des Antisemitismus von *konkret* ernstgenommen wird, fiel Birgit Gärtner auf, die in Ihrem Beitrag im Neuen Deutschland über den Konkret-Kongress am Schluss meinte hervorheben zu müssen: »Die Antisemitismusphobie vieler deutscher Linker habe sie zutiefst erschreckt, sagte eine türkische Teilnehmerin.« Gärtner demonstrierte so, wie sich traditionslinke Friedenspolitik mit einer Geringschätzung der Gefährlichkeit von Antisemitismus verbinden kann. Dieser Fehler wurde auf dem konkret-Kongress nicht gemacht.●

Im März erscheint als konkret-Texte Band Nr. 32 »Deutschland führt Krieg« das Buch zum Kongress mit Texten der Referenten. Herausgeber ist Jürgen Elsässer. ISBN 3-930786-37-0.

Die Artikel von Matthias Küntzel »Schöne Alte Welt« (Jungle World 05/02), von Joachim Rohloff »Give Peace A Chance« (Jungle World 06/02) und von Bernhard Schmid »Denken statt Draufhauen« (Jungle World 07/02) stehen im Internet unter www. jungle-world.com. Als Kurzfassung dieses Textes erschien »Doppelte Gefahr im tiefen Tal« in Jungle World 09/02.

REZENSION

Vom Imperialismus zum Imperium

In ihrem Buch »Empire« analysieren Hardt / Negri die Umstrukturierung des Kapitalismus vom Imperialismus zum Empire. Dieses Buch führt in eine Diskussion, die sich weder auf das Beklagen der Schrecken des kapitalistischen Systems noch auf das Hochjubeln einer wie auch immer gearteten Zivilgesellschaft beschränkt, sondern in der auch eine antikapitalistische Umwälzung angedacht wird.

Im ersten Teil geht es darum, die neuen Herrschaftsformen zu skizzieren. Die neue Weltordnung, die erst seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wirklich eine Weltordnung ist, wird nicht mehr über Nationalstaaten definiert, sondern ist die Weiterentwicklung der Idee der Vereinten Nationen. Es ist ein Modell des »ewigen Friedens«, was aber dauernde Kriegführung unter dem Titel von Polizeiaktionen bedeutet. Parallel dazu gibt es eine Verschiebung von der Disziplinargesellschaft (Fabrik, Familie, Schule, Gefängnis etc.) zu einer Kontrollgesellschaft. Die Organisation der Macht erfolgt auf der Ebene der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die durch ihre Art der Selbstorganisation die (Selbst)disziplin bis in die einzelnen Individuen durchsetzen. Eine weitere Organisierung der Mikromacht ist die Art der Produktion, die die hierarchischen Strukturen minimiert und sie durch Kommunikation, Kollektivität und Selbstverwertung der neuen ArbeiterInnen (neue Selbständigkeit, Projektarbeit) ersetzt. Revolten und Aufstände gegen diese Art der Herrschaftsausübung, die natürlich stattfinden (die Autoren erwähnen u.a. die Aufstände in Los Angeles 1992, die Rebellion der Zapatisten 1994, die Streiks in Frankreich 1995 und in Südkorea 1996), haben das Problem, dass sie sich trotz der neuen Kommunikationsmittel nicht aufeinander beziehen. Dieses Buch möchte ein Werkzeug dafür sein, einen gemeinsamen Feind auszumachen (die Struktur des *Empire*) und eine gemeinsame Sprache zu finden: Die Durchsetzung berechtigter Forderungen ist nicht durch den Erhalt der alten fordistischen Strukturen möglich, sondern geht nur durch das *Empire* durch und über das *Empire* hinaus.

Im zweiten Teil geht es um die Entwicklung staatlicher Strukturen in der Moderne. Der Bogen spannt sich von den ersten Staatstheoretikern der Aufklärung über die Entstehung von Nationen und Nationalismus, dem Kolonialismus bis zur Definition der Souveränität in der Verfassung der Vereinigten Staaten. Sie gilt durch ihren dezentralen Charakter als Modell für die Struktur des *Empire*. In der zweiten Hälfte dieses Abschnitts werden als Symptome des Übergangs die Kritiker der modernen Staatsverfassungen behandelt, die die nationalistischen und kolonialistischen Theorien als konstruierten Dualismus zwischen einem Innen und einem Außen denunzieren. Im *Empire* gibt es kein außen mehr, Differenzierungen (Nationalismen und Ethnizismen) werden benützt, um die herrschenden Netzwerke nicht zu gefährden. Antiimperialismus wird auf ein Krisenmanagementproblem reduziert. Nach Ansicht der Autoren verkommt die berechtigte postmoderne Kritik an den Herrschaftsstrukturen letztlich zu einer Bestätigung der neuen Herrschaftsformen, wenn nicht die Produktion einbezogen wird.

Im dritten Teil wird zuerst die Entstehung der fordistischen Produktionsweise als Antwort auf die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung beschrieben. Sozialleistungen werden nicht nur als positive Elemente gesehen, sondern auch als Werkzeuge zur Disziplinierung und Kontrolle. Ein neuer Kampfzyklus um 1968, der in seiner Unterschiedlichkeit und Vielfalt als Aufstand gegen die herrschenden Disziplinarsystem zusammengefasst werden kann, zwingt den herrschenden Strukturen die entscheidenden Veränderungen in Richtung der netzwerkartigen Machtausübung des *Empire* auf. In der zweiten Hälfte dieses Abschnittes geht es um die Organisation der Arbeit und der Macht im *Empire*.

Dominierend ist nicht mehr die Arbeit in der industriellen Produktion, sondern immaterielle Arbeit: In den Betrieben dominiert die Kommunikation über die Produktion, Produkte werden erst erzeugt, wenn sie der Markt verlangt. Die Informatisierung schafft viele neue Jobs, die mit symbolischen und analytischen Aufgaben der Dateneingabe zu tun haben und immer mehr Arbeit besteht aus persönlichem Kontakt und hat mit Gefühlen und Körperlichkeit zu tun, das was früher weibliche Arbeit war, die nur indirekt durch den Kapitalismus ausgebeutet wurde. Gemeinsam ist allen Typen der immateriellen Arbeit, dass Kooperation und Kommunikation Teil der Arbeit selbst sind. Die internationalen Organisationen, transnationalen Konzerne und Institutionen der Zivilgesellschaft konstituieren das *Empire*, indem sie auf dem Wissen, der Kommunikation und Kollektivität, dem Selbstbewusstsein und der Selbstverwertung einer *Multitude* (der Vielheit der menschlichen Wünsche und Bedürfnisse, in Abgrenzung zu Volk und ArbeiterInnenklasse) aufbauen. Um die Ausbeutung zu organisieren, muss immer wieder Selbstbewusstsein und Subjektivität produziert, zugleich aber immer wieder reguliert und kontrolliert werden. Die Vielfältigkeit wird als Teil des Systems anerkannt, Differenzen, insbesondere ethnischer Art, werden benutzt und durch internationales Krisenmanagement verwaltet. Rebellionen werden domestiziert, indem sie in einer Gesellschaft des Spektakels aufgehen.

Im letzten Teil geht es darum, dass sich das *Empire* zwar als ewig definiert, aber durch die Abhängigkeit von der Kreativität der *Multitude* in einer permanenten Krise ist. Als Elemente einer Gegenmacht werden Vorschläge in drei Richtungen gemacht: (A) es soll ein Recht auf Weltbürgerschaft geben, Papiere für alle, wie es die *Sans Papiers* in Frankreich gefordert haben, (B) es soll das Recht auf ein soziales Einkommen mit oder ohne Arbeit geben und (C) es soll um die Wiederaneignung der Sprache und Kommunikation, der Beziehung zur Maschine, der Kooperation und Kollektivität des (eigenen) Lebens, des Körpers und der Reproduktion gekämpft werden.

Auch wenn die konkreten Vorschläge am Schluss eher vage bleiben, zieht sich durch den ganzen Text die Idee, dass das herrschende kapitalistische System an der Kippe steht, dass die neuen Organisationsformen der Arbeit nur darauf warten, von den lähmenden Zwängen des Kapitals befreit zu werden. Nationalismus, auch Befreiungsnationalismus kann dabei keine emanzipatorische Rolle spielen. Das Buch zeigt, dass eine revolutionäre Umwälzung möglich ist und dass es sinnvoll ist, daran zu arbeiten. Kritisch ist zu bemerken, dass die *Multitude* als permanenter Ausdruck der Rebellion zu positiv erscheint, es wird zwar davon gesprochen, dass das *Empire* die Widerstände integriert oder gegeneinander benutzt, das Buch geht aber nur am Rande darauf ein, dass sich Wünsche und Bedürfnisse, die sich in Kämpfen herauskristallisieren, auch regressiv ausdrücken können. Z.B. hat es kaum antikapitalistische Aufstände gegeben, in denen nicht ein untergründiges antisemitisches Element als personifiziertes Kapital mitgedacht wurde. So bleibt Wertkritik und theoretische Diskussion über kapitalistische Strukturen auch aus anderen Perspektive unverzichtbar. Aber dieser Text ist eine Motivation, einen Blick auf die zur Zeit aufflammenden sozialen Bewegungen zu werfen, der nicht durch die Sichtweise der fordistischen Linken beengt wird.●

Hardt Michael, Negri Antonio: Imperium (deutscher Titel). Campus Verlag, Frankfurt 2002, 461 Seiten, EUR 34,90

Quelle: Nachdruck der Rezension der englischsprachigen Originalausgabe aus TATblatt Nr. 163 vom 13. April 2001 (http://tatblatt.mediaweb.at/). Eine umfangreiche Link-Liste zur Debatte um *Empire* findet sich unter www.rosalux.de/Einzel/empire/index.htm.

AUTOREN

Antonio »Toni« Negri, 69, war in den Siebzigerjahren der theoretische Kopf der italienischen »Autonomia Operaia«. Negri, damals an der Universität Padua Professor der Politikwissenschaft, wurde 1979 als vermeintlicher Anführer einer terroristischen Vereinigung verhaftet und später zu insgesamt 17 Jahren Haft verurteilt. Nach vier Jahren Haft floh der zwischenzeitlich ins Parlament Gewählte nach Frankreich. Seit seiner Rückkehr 1997 verbüßt er seine Reststrafe, mittlerweile in Form eines gelockerten Hausarrests. Gemeinsam mit Michael Hardt, Associate Professor für Romanistik an der Duke University in Nord Carolina, schrieb er das im Jahr 2000 erschienene Werk »Empire«.

INTERVIEW:

Die Globalisierer blockieren die Globalisierung

Stefan Krempl vom Online-Magazin »Telepolis« führte das nachfolgend dokumentierte Interview mit dem heimlichen Revolutionär Michael Hardt, Co-Autor des Buchs »Empire«, das sich zur Bibel linker Protestbewegungen mausert.

»Empire« ist vieles. Es ist eine linke Theorie der Globalisierung, eine Analyse der Macht, ein Schrei nach mehr Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – und es ist Kult. In Berlin etwa – und da natürlich in Mitte – gibt es einen Literaturzirkel, der schon seit einem Jahr an der Lektüre des Buches knabbert. Weil es die Hintergründe von Genua darstellte, bevor es dort zum großen Knall kam. Und bei der Beschreibung der Multitude, den neuen Netzwerken der Menge, wurde Seattle im Text nicht einmal erwähnt.

Was passiert, wenn ein ehemaliger Anhänger der italienischen Roten Brigaden und ein bislang eher unbekannter amerikanischer Literaturprofessor zusammen ein Buch über die Globalisierung schreiben? Im Fall von [1] Empire landeten [2] Antonio Negri und [3] Michael Hardt einen Treffer. Das Werk hat seit seinem Erscheinen im Jahr 2000 eine heftige [4] Debatte in linken akademischen Kreisen ausgelöst und wird als »Bibel der Protestbewegungen« von Seattle bis Genua gefeiert.

Während die Hype-Kurve rund um »Empire« in den USA bereits wieder [5] abflaut, ist nun vor wenigen Tagen der über 400 Seiten dicke und nicht mit Verweisen auf Philosophen bis zurück zu den alten Griechen sparende Wälzer bei Campus auf [6] deutsch erschienen. Auf einer Promotion-Tour erklärte Hardt seinen Anhängern in der Berliner Volksbühne sowie seinen Kritikern bei einer Diskussionsrunde mit Daniel Cohn-Bendit in der Repräsentanz der Deutschen Bank Unter den Linden die Paradoxien der Globalisierung und seine Utopie einer wahrhaft globalen und demokratischen Gesellschaft.

»Das Empire materialisiert sich geradewegs vor unseren Augen«. Einleitungssatz von »Empire«

Aus der Sicht Hardts, der mit seinen leichten Locken und einem jungenhaften Gesicht nicht gerade wie ein Revoluzzer wirkt, muss die Linke die Demokratie von der Ebene des Nationalstaats, dessen Freund der Denker nicht ist, auf die globale Sphäre heben und dabei die bisherigen Repräsentationsformen neu erfinden. Und natürlich spart der Literaturprofessor in seiner Gegenwartsanalyse auch nicht an Kritik an seinem Präsidenten George W. Bush und dessen »Erpressungsmethoden« im Krieg gegen die »Achse des Bösen«. Im Gespräch mit Telepolis stellt Hardt außerdem sein Verhältnis zu el Qaida, zum Anarchismus und zur neuen Organisation von Macht klar.

»Empire« wird von Intellektuellen wie Slavoj Zizek bereits als das Kommunistische Manifest unserer Tage gehandelt. Fühlen Sie sich wohl mit solchen Kennziffern?

Michael Hardt: Es ist auf jeden Fall ein kommunistisches Buch. Mit diesem Teil der Beschreibung kann ich leben. Aber es ist kein Manifest. Dafür ist es zu lang und es präsentiert auch kein politisches Programm. Wir versuchen die gegenwärtige Weltordnung zu beschreiben. Natürlich machen wir auch Gegenvorschläge. Aber die praktische Arbeit sollte lieber in politischen Bewegungen erfolgen.

Wie manifestiert sich die globale Machtstruktur? Bei »Imperium« denken viele einerseits ans alte Rom, andererseits aktuell an die USA.

Wir versuchen eine Machtform zu beschreiben, die sich vor allem von der Form der Macht oder der Souveränität des Imperialismus der ehemaligen europäischen Kolonialstaaten absetzt. Die neue Macht, das Empire, ist gerade ein Imperium »ohne Rom«. Sie funktioniert in Form eines Netzwerks, also gerade nicht zentralistisch. Die USA haben darin eine privilegierte Rolle, vor allem im militärischen Bereich. Sie stellen gleichsam einen Knoten im Netzwerk dar. Aber es gibt nicht mehr diese Zentralität, die für die früheren imperialistischen Beziehungen kennzeichnend war.

Da Sie von Netzwerken sprechen: Welche Rolle spielen die neuen Technologien dabei? Wir haben ja viel gehört von der befreienden Kraft des Internet. Andererseits beschreiben sie die Hochtechnologie doch auch als Macht zur Unterdrückung der neuen »Arbeiterklasse«?

Mit dem Begriff Technologie hat es dieselbe Bewandtnis wie mit dem Terminus Globalisierung. Die Technologie allgemein oder die neuen Informationstechnologien im Besonderen wirken nicht von sich aus befreiend oder kontrollierend. Sie können tatsächlich neue Formen der Beherrschung begründen, die sich fürchterlicher auswirken als frühere Herrschaftsformen. Aber sie können auch das Gegenteil bewirken.

Globalisierung ist Ihr großes Stichwort. In diesem Zusammenhang konfrontieren Sie die Leser mit einem Paradox: Einerseits lehnen Sie die gängigen Globalisierungskräfte wie Konzerne und die große Politik ab und sympathisieren mit den Protestbewegungen, andererseits fordern Sie ein »Mehr« an Globalisierung. Wie passt das zusammen?

Die Protestbewegungen, die ich als einen enormen politischen Fortschritt betrachte, sind nicht gegen die Globalisierung an sich gerichtet. Sie sind gegen die spezifische, momentan durchgesetzte Form der Globalisierung. In der Presse und von vielen Politikern wird Globalisierung immer eindimensional präsentiert: »Sie sind entweder an Bord oder Sie sind draußen.« Doch vernünftiger ist es, auf andere Möglichkeiten der Globalisierung hinzuweisen. Die Protestler fordern mehr Freiheit, mehr Gleichheit und mehr Demokratie. Das scheinen mir die besseren Globalisierungsargumente zu sein. Denn die gegenwärtige Globalisierungspolitik behindert beispielsweise die freie Migration der Menschen. Die sogenannten »Anti-Globalisierer« fordern dagegen eine produktivere und demokratischere Globalisierung.

Lassen Sie uns zurückkommen auf Marx: Brauchen wir eine Revolution, um die echte globale Demokratie zu erreichen?

Sicher.

Aber Sie liefern keine Anleitung? Oder liegt sie in dem von Ihnen beschriebenen »Willen, dagegen zu sein« begründet?

In der menschlichen Geschichte geht es immer wieder um das Zurückweisen von Autorität und um die Sehnsucht nach Freiheit. Meine feste Überzeugung ist, dass sich das fortsetzt und unsere Welt verändert. Aber es passiert nicht von allein. Ich trete gemeinsam mit vielen anderen für einen rapiden Wechsel in der Welt ein. Und den kann man als Revolution bezeichnen.

Welche Rolle spielt der 11. September in Ihrem Szenario?

Die Terroranschläge haben in keiner Weise ein befreiendes Potenzial oder den Wunsch nach Wandel gezeigt. Aber auch die jetzt aktiven Gegenkräfte führen uns nicht weiter. Beide sind zwar nicht moralisch vergleichbar, aber beide scheinen sich gegen größere Freiheiten in der Welt zu stemmen. Es ist am besten, gegen beide Kräfte zu sein, auch wenn der Druck gerade in den USA nur in eine Richtung zielt. Uns wird da wieder eine Situation vorgeführt, die angeblich alternativenlos ist. Das ist eine soziale und politische Erpressung, gegen die wir uns wehren müssen.

Aus diesem Grund sind Sie auch ein Gegner des Kriegs des US-Präsidenten gegen die »Achse des Bösen«?

Dazu muss ich ein wenig philosophisch ausholen. Das Konzept des »gerechten Krieges«, das seit dem Golfkrieg wieder aufgetaucht ist und auch heute ständig bemüht wird, fanden die europäischen Denker fürs Mittelalter und die Kreuzzüge geeignet. Dass es heute wieder en vogue ist, überrascht nicht. Denn die gegenwärtigen Kriege schmiegen sich in vielerlei Hinsicht an die alten Religionskriege an. Und gleichzeitig wird mit dem Begriff »Gerechtigkeit« sein Zwilling, »das Böse«, geboren. Ich halte das alles für einen analytischen und politischen Fehler. Es ist ein destruktives und mystifizierendes Konzept. Natürlich habe ich auch keine Sympathie für bin Laden und al-Qaida. Aber sie als »böse« zu bezeichnen verhindert, sie richtig anzupacken. Diese Dämonisierung zwingt uns ein falsches Verständnis globaler Machtstrukturen auf.

Sehen Sie eine spezifische Rolle für Europa beim Aufbau einer demokratischeren Welt?

Europa sollte nicht mehr oder nicht weniger wichtig sein wie alle anderen Weltregionen. Demokratie kann generell nicht von oben bestimmt werden. Sie ist ein kollektives Projekt. Die Konstruktion von Demokratie muss in sich selbst demokratisch sein.

Sie sprechen in diesem Kontext auch gern von Anarchismus und dem Sturz der großen Regierungen.

In den Bewegungen, die aus den jüngsten amerikanischen Globalisierungsprotesten entstanden sind, spielt der Anarchismus gerade für die involvierten Jugendlichen eine große Rolle. Anarchismus ist für sie gleichbedeutend mit Freiheit. Das passt auch zum Kern der amerikanischen Punker-Ethik, die auf das »Do it yourself«-Prinzip hinausläuft. Das deckt sich zwar nicht genau mit dem, was ich unter Anarchismus verstehe. Aber ich glaube, dass ideologische und begriffliche Unterscheidungen in diesem Fall keine große Rolle spielen. Also bin ich gern bei diesem so genannten Anarchismus dabei, da es dabei darum geht, Dinge kollektiv zu entscheiden. In unserem Buch reden wir andererseits anarchistischen Beziehungen nicht das Wort, da sie das Ende der politischen Struktur bedeuten würden. Wir fordern stattdessen alternative Formen politischer Organisation.

Formen, die Sie als »die Menge« (multitude) bezeichnen?

Genau. Da geht es uns um ein soziales Subjekt, das sich immer in der Vielheit begreift und nicht auf eine Einheitsstruktur reduzieren lässt. Es bleibt immer eine Pluralität, aber eine, die auch gemeinsam handeln kann. Es geht also nicht um die Masse oder den Mob, nicht um das Fehlen von Organisation. Die besten Beispiele für die »Menge« sind die Globalisierungsproteste von Seattle bis Genua. In ihnen blieb die Verschiedenheit der einzelnen Gruppierungen immer bestehen. Aber sie konnten sich gemeinsam organisieren und sprachen mit einer Stimme.

Betrachten Sie die Protestbewegungen so auch als eine neue Verkörperung der Marxschen Internationale?

Es gibt in ihnen sicher einen Geist der Globalisierung oder einen Wunsch, globale Beziehungen aufzubauen. Auch die sich auf Marx beziehende proletarische Internationale enthielt Formen dieser Sehnsucht. Heute dürfte »Internationale« aber nicht mehr der richtige Begriff sein, da er impliziert, dass jede nationale Einheit getrennt bleibt von anderen. Heute erleben wir einen hybriden Mix, der über einen Flickenteppich nationaler Identitäten hinausgeht.●

Links

[1] http://www.hup.harvard.edu/catalog/HAREMI.html
[2] http://lists.village.virginia.edu/~forks/TNbiblio.htm
[3] http://www.duke.edu/~hardt/
[4] http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/negri.html
[5] http://struggle.ws/andrew/empirereview.html
[6] http://www.campus.de/catalog/hau_einzelbuchdarst_00.asp?@where.Id_T itel@op.EQ=00036994&MZB=1

Artikel-URL: http://www.telepolis.de/deutsch/inhalt/buch/12167/1.html

FORTSETZUNG VON SEITE 5

uns für die Errichtung einer Demokratie mit Wahl- und Beteiligungsrechten auf der ganzen Erde einsetzen, bestehen wir auf der Notwendigkeit der Demokratisierung von Staaten und Gesellschaften, und des Kampfes gegen Diktaturen.«

Auch die weiteren Forderungen lassen keine Kritik an den Verhältnissen erkennen. Besonders auffällig ist der ständige Bezug auf »Völker«, ohne diesen Begriff zu erklären. Im Kontext der Forderungen wird deutlich, dass hier die Nationalregierungen gemeint sind, die somit quasi als natürliche Vertreterinnen »ihrer« Völker legitimiert werden. Zitat: »Wir bekräftigen das Recht aller Völker auf die internationale Vermittlung von Konflikten unter Einschluss unabhängiger Akteure der Zivilgesellschaft. ... Für das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung, besonders der indigenen Völker.« Nicht fehlen darf natürlich die PR-trächtige Tobin-Tax in der Liste der Forderungen. Zitat: »Gegen Spekulationen: Wir fordern die Einführung spezifischer Steuern wie die Tobin Tax und die Abschaffung der Steuerparadiese.«

Mit diesen Positionen und Strategien sind die FunktionärInnen der großen NGOs (allen voran ATTAC), von Parteien und anderen, die dort mitmischen, in keiner Weise RepräsentantInnen einer breiten Bewegung – erstens können sie das ohnehin nicht sein, denn StellvertreterInnentum bedeutet immer Herrschaft und Instrumentalisierung. Und zweitens sind solche staats- und marktkonformen Positionen nur die Meinung eines extremen Flügels der gesamten Vielfalt an Gruppen, nämlich des Flügels, der Herrschaftsstrukturen und Marktlogiken als Retter betrachtet. Ein Großteil aktiver Gruppen sieht diese aber als Quelle dessen, was sie ablehnen. Nur sind erstere diejenigen, die im Pakt mit Staat und Medien ihre Stimme dominant zur Geltung bringen können (Instrumentalisierung der Basis), während zweitere schon traditionell an diesem Punkt fast immer versagen – ihre Aktionen auch zu vermitteln, Positionen und Visionen hör- und sichtbar zu machen.●

Gruppe Landfriedensbruch

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ISRAEL:

Politus Interruptus

Während der letzten Woche geriet ich in Europa zufällig an einen zugefrorenen See. Mir wurde erzählt, dass man ein paar Tage zuvor darauf noch Schlittschuh laufen konnte. Inzwischen war die Temperatur gestiegen und das Eis begann zu schmelzen. Noch bedeckte es den ganzen See, aber an vielen Stellen konnte es schon mit einem Stock durchstoßen werden. Ich wurde gewarnt, mich aufs Eis hinauszuwagen. Es würde brechen und ich im See verschwinden. Aber in ein paar Tagen oder Wochen würde das Eis verschwinden und der wunderbare See zu neuem Leben erwachen.

Von Uri Avnery ● Die Situation in unserm Land sieht genau so aus. Der ganze Staat ist noch von Eis bedeckt. Aber es fängt an zu schmelzen.

Das Eis ist die »große Lüge«, die von Ehud Barak & Co. verbreitet wurde. Diese Lüge beginnt auseinander zu brechen. Bald wird nichts mehr von ihr übrig sein. Als der Haufen bankrotter Politiker aus Camp David zurückkehrte, schufen sie die Legende, die seitdem als »heilige Wahrheit« ausgegeben wurde, als habe sie Gott am Berge Sinai verkündet. Wie die Zehn Gebote von Moses, gab es die Acht Fakten von Barak:

- Ich habe jeden Stein auf dem Weg zum Frieden umgedreht.
- Ich habe Angebote von noch nie da gewesener Großzügigkeit vorgelegt.
- Ich ging weiter als jeder frühere Premierminister.
- Ich habe den Palästinensern alles, was sie wollten, in Aussicht gestellt.
- Arafat hat alle Angebote zurückgewiesen.
- Arafat will keinen Frieden.
- Die Palästinenser wollen uns ins Meer werfen.
- Wir haben keinen Partner für den Frieden.

Falls Benjamin Netanyahu das gesagt hätte, hätte man es nicht ernst genommen. Jeder weiß, dass Netanyahu ein Gauner ist. Wenn Sharon dies gesagt hätte, hätte man ihm nicht geglaubt. Jeder weiß, dass Sharon ein Mann der blutigen Gewalt ist, der nicht zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden kann. Aber weil es von den Vorsitzenden der Arbeiterpartei kam, von jenen »hervorragenden Sprechern für den Frieden«, verursachte es den Kollaps der etablierten Friedensbewegung.

Seitdem sind viele Zeugenaussagen über Camp David veröffentlicht worden, auch solche von pro-israelischen amerikanischen Augenzeugen. Alle belegen, dass Baraks Vorschläge viel weniger als das notwendige Minimum für einen Frieden aufweisen: Das Ende der Besatzung, die Errichtung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels, die Rückgabe aller besetzten Gebiete (alles in allem 22 Prozent des britischen Mandatsgebietes von Palästina), die Rückkehr zur »Grünen Linie« (mit der Möglichkeit eines Gebietsaustauschs im beiderseitigen Einvernehmen), Ost-Jerusalem als Hauptstadt Palästina, Rückkehr der Siedler und Soldaten nach Israel, die Beendigung der Flüchtlingstragödie ohne Schaden für Israel.

Als die »Große Lüge« in sich zusammenbrach, kam eine neue Lüge auf: Einige Monate nach Camp David wurden die Gespräche wieder aufgenommen. Baraks Leute machten beispiellose Angebote und gaben den Palästinensern alles – aber Arafat weigerte sich zu unterschreiben – das beweist, dass er keinen Frieden will etc.

Nun kam der Friedensbotschafter der EU, Miguel Angel Moratinus, in den Nahen Osten und begrub auch diese Lüge. Der spanische Diplomat, der in Taba dabei war, aber an den Verhandlungen nicht aktiv teilnahm, hat einen langen und ausführlichen Bericht veröffentlicht über das, was sich tatsächlich dort abspielte. Daraus ergibt sich ganz klar, dass sich beide Parteien in Taba tatsächlich dramatisch genähert hatten. Zwar blieben in fast allen Bereichen zwischen ihren Positionen noch Lükken, die aber eher quantitativ als qualitativ zu werten waren. Wären die Gespräche noch einige Tage oder Wochen weitergeführt worden, hätte sicher ein historisches Abkommen erreicht werden können.

Was geschah also? Stimmt es, dass Arafat sich geweigert hat zu unterzeichnen?

Keineswegs. Arafat weigerte sich nicht zu unterzeichnen. Er wollte die Verhandlungen bis zu einer Übereinkunft weiterführen.

Es war nicht Arafat, der die Gespräche in dem kritischen Augenblick abbrach, als Licht am Ende des Tunnels sichtbar wurde. Es war Barak. Er befahl seinen Leuten aufzubrechen und nach Hause zu gehen.

Warum?

Die Taba-Gespräche begannen nach dem Ausbruch der 2. Intifada, nach dem von Barak genehmigten bewaffneten Besuch Sharons auf dem Tempelberg, nachdem sieben arabische protestierende Demonstranten von Ben-Amis Polizei erschossen worden waren und sich täglich blutige Zusammenstöße ereigneten. Die Taba-Gespräche wurden während der Kämpfe geführt. In der Geschichte ist das ein völlig normaler Prozess. Schließlich werden Verhandlungen geführt, um einen Kampf zu beenden.

An jenem Tag wurden zwei Israelis in einer palästinensischen Stadt umgebracht. Die Palästinenser sagten, es sei die Rache für den Mord an einem lokalen Führer. Für Barak war das ausreichend, um die Gespräche abzubrechen.

Doch was war der wirkliche Grund? Die Antwort liegt in der seelischen Verfassung von Barak. So etwas geschah bei Barak ja nicht zum ersten Mal: wenn er ganz dicht vor einem Abkommen steht, zieht er sich im letzten Moment zurück.

Das begann schon zu Anfang seiner Regierungszeit. Wie man sich erinnert, wollte er zuerst mit den Syrern ein Abkommen aushandeln, um die Palästinenser zu isolieren. Ein vollständiges Abkommen war beinahe erreicht, als plötzlich alles zusammenbrach. Assad wünschte, dass das syrische Territorium sich bis an das Ufer des Sees Genezareth erstreckt, während Barak die Grenze ein paar hundert Meter davon entfernt ziehen wollte. Allein wegen dieser hundert Meter verwarf Barak das so nahe in Aussicht stehende historische Abkommen. (Witzbolde behaupten heute, Barak hätte die Grenze ruhig am damaligen Ufer ziehen können, da sich der See inzwischen um einige hundert Meter zurückgezogen hat.)

Dasselbe geschah in Camp David. Ein Abkommen war beinahe abgeschlossen. Alle Tagungsteilnehmer glaubten in jener Zeit, dass es schon abgeschlossen wäre. Dann geschah irgend etwas mit Barak. Wie die israelischen Teilnehmer bezeugen – und wie es mir Arafat vor kurzem bestätigte – flippte Barak einfach aus. Er zog sich zurück, rasierte sich nicht mehr und weigerte sich sogar, sich mit seinen engsten Mitarbeitern zu treffen. So etwas Ähnliches geschah auch in Taba. Als das Abkommen zur Verfügung stand, befahl Barak, die Gespräche abzubrechen. Der aktuelle Vorwand spielte keine Rolle.

Wenn so etwas immer wieder passiert, stellt man Fragen. Man könnte dies einen »politus interruptus« nennen. Einen Augenblick vor dem Ziel zieht sich Barak zurück. Ich bin kein Psychiater und bin für psychische Probleme nicht zuständig. Aber ich glaube, dass jedes Mal, wenn Barak den tatsächlichen Preis für den Frieden vor sich sah, er im letzten Augenblick zurückschreckte. Es gab eine Unvereinbarkeit zwischen dem Preis für den Frieden (Rückzug aus den besetzten Gebieten, Evakuierung der Siedlungen, Zugeständnisse bei Ost-Jerusalem und dem Tempelberg, Rückkehr einer symbolischen Zahl von Flüchtlingen) und den Ideen, die er zur Sprache gebracht hatte. Er war nicht in der Lage, die Verantwortung zu übernehmen, und brach zusammen. Zur selben Zeit ließ er zu, dass sich die Siedlungen mit rasender Geschwindigkeit ausdehnten. Seinen persönlichen Kollaps deckte er kriminellerweise mit der »großen Lüge« zu – und verursachte so einen nationalen Kollaps.

Jetzt fängt die Lüge an zu zerbröckeln. Die offene Diskussion über Kriegsverbrechen, die Erklärung von Hunderten von Soldaten, den Dienst in den besetzten Gebieten zu verweigern, der Aufruf der Generäle, die Besatzung zu beenden, die neuen Stimmen in den Medien, der Aufruf mutiger Künstler, die große Demo von 27 Friedensorganisationen, einschließlich von Gush Shalom, die folgende Peace-Now-Demo – all dies zeigt, dass das Eis zu schmelzen beginnt.

Das ist nur der Anfang. Jetzt ist die Zeit für all jene gekommen, die darauf warten, sich den Bemühungen anzuschließen. So wie Churchill nach dem Sieg in Ägypten sagte: »Das ist nicht das Ende. Es ist nicht einmal der Anfang vom Ende. Aber es ist vielleicht das Ende des Anfangs.«●

(Aus dem Englischen übersetzt: Ellen Rohlfs)

Dieser Beitrag wurde von Uri Avnery während seiner Reise nach Deutschland zum Empfang des Ossietzky-Preises der Stadt Oldenburg geschrieben. Am 26.2.2002 wurde diese Übersetzung autorisiert.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

SEMINAR ZU ISRAEL

Scheinbar objektiv berichten die Medien über den »Konflikt« zwischen den Palästinensern und Israel. Ein Konflikt, der seit dem Beginn der sogenannten Al Aqsa Intifada eskaliert ist und deutlich gemacht hat, wie sehr die Abkommen zu einem möglichen Frieden Makulatur waren, angesichts eines ungebrochenen Hasses in den palästinensischen Gebieten auf Israel.

Aus der Geschichte heraus und aus dem historischen Wissen, dass aus Auschwitz keine andere Konsequenz gezogen wurde als die Gründung des Staates Israel, stellen wir uns auf die Seite Israels und seiner Bevölkerung.

Wir tun dies vor dem Hintergrund der israelischen Geschichte und der israelischen Gesellschaft, und in Auseinandersetzung mit den Forderungen und der Geschichte der Palästinenser. Notwendig dazu ist die Reflexion des projektiven Blickes aus Deutschland auf Israel, in den Medien, der Politik, aber vor allem auch der deutschen Linken. Das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus darf dabei nicht außer Acht gelassen werden. Termin: 3.-5.5.2002, Gelsenkirchen.
Info: JungdemokratInnen/Junge Linke NRW,
Herner Str. 79, D-44791 Bochum,
Tel. (02 34) 796 78 49, Fax 579 78 50
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
Internet: www.jungdemokratinnen.de

IDEOLOGISCH-ESOTERISCHE MACHWERKE:

Esoterik und Rechtsextremismus

Esoterik, das »Wissen« über Dinge, die man mit den Sinnen nicht erfassen kann, die Philosophie über das Leben nach dem Tod, über Welten, die sich dem Otto Normalverbraucher entziehen. In unserer Zeit boomt Esoterik. Gut 50% unserer MitbürgerInnen sind daran interessiert.

Roman Schweidlenka, LOGO Eso Info Service ● Was für die einen eine aufregende Suche nach dem Sinn ihres Lebens bedeutet, ist für die anderen ein Ärgernis, sieht man in der esoterischen Beschäftigung unserer Tage doch vielfach »Weltflucht« und »Volksverdummung«. Wie man auch immer dazu stehen mag – Esoterik gilt als unpolitische Zeitgeistströmung.

Was sie in ihrem mainstream durchaus ist; ihre politischen Ränder sind jedoch groß genug, um sie einer öffentlichen Diskussion zu unterziehen. Das gilt vor allem für die Verbindung von Esoterik und Rechtsextremismus oder Neonazismus. Seit Mitte der achtziger Jahre gibt es dazu Publikationen, deren Zahl inzwischen ein großes Regal einer Bibliothek füllen kann. Die wichtigsten neuen Publikationen sind im Zusammenhang mit diesem Beitrag rezensiert. Wie kommt es zu dieser Verbrüderung von Esoterik und radikalen politischen Konzepten?

Blicken wir in die Geschichte: Im Okkultismus der deutschsprachigen Länder wurde die »Lehre von den Wurzelrassen« seit dem späten 19. Jahrhundert bedeutsam. Begründet wurde diese Lehre von der Ahnherrin der modernen Theosophie, Helena Petrowna Blavatsky, einer gebürtigen Russin, die als wichtigste Quelle des modernen abendländischen Okkultismus, bzw. der modernen Esoterik bezeichnet werden kann. Sie lebte von 1831 bis 1891. Auf Blavatskys Hauptwerk, der 1888 erschienenen »Geheimlehre«, berufen sich fast alle esoterische AutorInnen der nachfolgenden Zeiten. Ihr esoterisches Gedankengut prägt(e) das moderne esoterische Weltbild, auch wenn die Quelle den einzelnen Anhängern oft nicht mehr bekannt ist.

Unter den Wurzelrassen verstehen Theosophen sieben aufeinander folgende Menschenrassen, die sich während eines Zeitenzyklus auf dem Planeten Erde entwickeln. Jede Wurzelrasse teilt sich in sieben Unterrassen, die den Gesetzen der Evolution unterworfen sind. Auf Atlantis, der laut Blavatsky 9564 v. Chr versunkenen Insel, habe sich vor 18.000 Jahren die fünfte Wurzelrasse der Arier herausgebildet, als deren höchst entwickelte Unterrasse (die 5.) Blavatsky die germanisch- nordische bzw. teutonische, zu der sie Germanen, Kelten und Slawen zählte, ansah. Die Juden waren im Weltbild der Begründerin der Theosophie ein »abnormes und unnatürliches Bindeglied zwischen der vierten und fünften Wurzelrasse«. Wie sie selbst sei die jüdische Religion zu einer »Religion des Hasses und Übelwollens gegen jedermann« entartet. Für die meisten Naturvölker unserer Erde sah Blavatsky deren Ausrottung als eine »karmische Notwendigkeit« an.

Derartige Ideen fanden einen radikalisierten AbnehmerInnenkreis in der Ariosophie, der Lehre von der okkulten und politischen Überlegenheit der »Arier«; eine esoterische Strömung der Zwischenkriegszeit, die problemlos in den NS-Okkultismus einmündete. Heute hat sich im Schatten des modemen Esoterikbooms diese rassistische Variante des Okkultismus neu belebt. Neben inzwischen hunderten Druckwerken, die meist aus kleinen Verlagen stammen, stehen vor allem die Autoren Jan van Helsing und Trutz Hardo für diesen Trend. Helsing wurde wegen Volksverhetzung verurteilt, Hardo ebenfalls. Werke der genannten Autoren wurden eingezogen. Vor allem Hardo punktet weiterhin als esoterischer Seminarleiter, der auch in Österreich (u.a. in der Steiermark!) immer wieder anzutreffen ist.

Eine Kostprobe aus Hardos eingezogenem Roman »Jedem das Seine«: »Übrigens waren die KZs Schulen der Demut. Wer in früheren Leben arrogant, hochfahrend war und sich etwas Besseres als andere dünkte, dem wurde durch diese harte Unterjochungsschule Gelegenheit gegeben, jene karmischen Vergehen gemäß seinen individuellen Voraussetzungen wieder auszugleichen. (S. 217) ... Jedem wird in diesem Lager (*KZ Buchenwald/Anm.*) in konzentrierter Weise das ihm aus karmischer Gesetzmäßigkeit zustehende Schicksal zugewiesen, um seine Verschuldung abzuarbeiten und dadurch frei zu werden (S. 220).«

Wachsamkeit gegenüber derartigen ideologisch-esoterischen Machwerken ist zu empfehlen. Aufklärende Literatur ist dabei hilfreich!●

Lutz Lemhöfer, Kurt-Helmuth Eimuth: Braune Flekken in der Esoterik. Der Antisemitismus der Alternativen, Frankfurt am Main: Verlag Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, 2001, 63 Seiten, ISBN 3-932194-45-4

Dieser kleine Band ist für den Einstieg in das Thema Esoterik und Rechtsextremismus gut geeignet. Kurz, bündig und verständlich werden die »Highlights« rechter Esoterik abgehandelt: Trutz Hardo, Jan van Helsing, die Universale Kirche sowie Weltverschwörungstheorien und die braunen Ränder der schwarzen Musikszene. Dieses Buch sollte heute in keiner Bibliothek fehlen.

Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hg): Ganzheitlich und ohne Sorgen in die Republik von Morgen, Aschaffenburg: Alibiri Verlag, 2001, 170 Seiten, ISBN 3-932710-33-9, 15 DM

Das Buch ist eine Dokumentation des zweitägigen Kongresses gegen Irrationalismus, Esoterik und Antisemitismus, der im Jahr 2000 an der Universität München stattfand. Sämtliche Vorträge sind in diesem Band vereint, als AutorInnen zeichnen Colin Goldner, Peter Bierl, Natan Sznaider, Thomas Ebermann, Christian Thürmer-Rohr, und Claudia Barth. Kritisiert werden Schicksalsergebenheit, esoterisch-patriarchale Konzepte und ariosophisches Herrenmenschentum. Derartige Ideen werden heute wieder unter dem Schleier von »Redefreiheit« und »Toleranz« unter das Volk gestreut. Ein dokumentierter ideologischer Streit mit der Free-Tibet-Bewegung rundet das Buch ab.

Friedrich Faul Heller, Anton Maegerle: Die Sprache des Hasses, Stuttgart: Schmetterling Verlag, 2001, 216 Seiten, ISBN 3-89657-091-9

Von den neu erschienenen Büchern zum Thema Esoterik und Rechtsextremismus ist das vorliegende sicherlich das umfangreichste, das viele Hintergrundinformationen und gegenüber älterer Literatur zum Thema auch Neues bietet. Neben dem unvermeidlichen Jan van Helsing und Erläuterungen zur völkischen und rechtsextremen Esoterik gibt es eine erhellende Abhandlung zur Symbolsprache der äußersten Rechten und zu der in Lateinamerika entwickelten okkulten Thule-Mythologie, die inzwischen ihren Siegeszug durch viele rechtsextreme Zellen in allen Nationen angetreten hat. Der esoterische Rassismus nach Auschwitz ist Thema. Bedauerlicherweise!

Text und Rezensionen: Roman Schweidlenka LOGO Eso Info Service 0043-676-300 14 14

WIE KOMMT DAS GELD IN DIE WELT? – ODER:

Geld, Kredit, Zins – ein Verwirrspiel

Kurzfassung des Vortrages am 20.3.2002 AG Globalisierung (Attac Berlin).

»Jeder Stoff in einer gewissen Konzentration wirkt als Gift.« Apothekerweisheit

Von Samirah Kenawi, Berlin ● Wenn wir uns fragen, wie das Geld in die Welt kommt, fragen wir uns eigentlich, wie kommt das Geld in unsere Tasche.

Es gibt zwei Arten der »Geldentstehung«, wobei nur die Entstehung neuen Geldes (d.h. die Geldmenge insgesamt erhöhendes Geld) in der Zentralbank wirklich als Geldentstehung bezeichnet werden kann. Dabei wird frisch gedrucktes Geld mittels Kredit an die Geschäftsbanken bzw. an den Staat gezahlt. Dafür wird ein Zins erhoben.

Die zweite Art der »Geldentstehung« ist genau genommen nur eine Wiederbelebung von Geld, d.h. eine Rückführung von auf Sparkonten stillgelegtem Geld in den Kreislauf. Dieses Spargeld wird von den Geschäftsbanken an kreditfähige Kunden – natürlich gegen Zins – verliehen.

In beiden Fällen »entsteht« Geld also aus dem Kredit und fordert einen Zins, der uns als Preis für den Konsumverzicht bzw. keynesianisch gesprochen als Preis für den Liquiditätsverzicht erklärt wird. (Dazu eine kleine Anmerkung von Keynes: *»Von den Maximen der orthodoxen Finanzwelt ist keine asozialer als der Liquiditätsfetisch...«*.)

Wenn Geld nur aus Kredit auf der Grundlage von Spargeld entsteht und entstehen kann, scheint der Zins zwingend notwendig als Preis für einen Konsumverzicht, der zum Sparen zwangsweise gehört!

Wenn dem so wäre, lohnt es nicht über die negativen Auswirkungen des Zinses zu sprechen, die da heißen Wachstumszwang, Verschärfung der Unterschiede zwischen Arm und Reich, Sozialabbau, Raubbau an der Natur etc. Dann hieße es mit dem Zins zu leben und das beste draus zu machen.

Stimmt es nun aber, dass jedem Kredit ein Konsumverzicht vorausgegangen ist bzw. vorausgehen musste?

Sehen wir uns zunächst die Kreditschöpfung der Zentralbank an. Sie ist merkwürdig. Geld, dass frisch gedruckt wurde, also keinen Gläubiger hat (d.h. keinen Besitzer, der es sich vorher durch Konsumverzicht vom Munde abgespart hat), wird an Geschäftsbanken und den Staat als Kredit gegen Zins verliehen. Wer aber kassiert den Zins? Und wofür? Ein Konsumverzicht als Begründung für den Zins hat hier – wie gesagt – nicht stattgefunden?

Der Zins hat hier also eine andere Ursache, die später zu klären sein wird.

Wie steht es nun um die Kreditschöpfung bei den Geschäftsbanken? Wofür gibt die Bank Kredite aus? Um herauszufinden, ob der Zins, den die Bank erhebt, stets gerechtfertig ist, müssen wir herausfinden, ob im Vorfeld jeden Kredits ein Konsumverzicht notwendig war. Dazu müssen wir uns ansehen, wofür das Geld eingesetzt wird, dass die Banken als Kredit ausgeben.

Es gibt drei grundsätzliche Kreditarten, den Umlaufmittelkredit, den Investitionskredit und den Konsumtionskredit. Der Kürze halber wird der Konsumtionskredit hier nicht behandelt, er ähnelt dem Investitionskredit in wesentlichen Teilen. Seine Besonderheiten sind hier nicht von Belang. Wozu dienen nun diese Kredite?

1. Der Investitionskredit

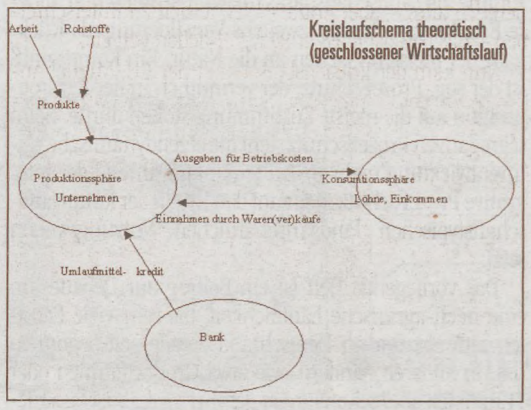
EinE HändlerIn will einen Laden eröffnen. Er/Sie muss ihn ausbauen und einrichten und nimmt dazu einen Investitionskredit auf. Damit kauft er/sie Farben und Regale etc. Sie entnehmen dem Markt also Waren, die sie in ihrem Laden zu Gebrauchsgegenständen machen. Sie greifen durch den Investitionskredit also auf die Leistungen anderer zu. Damit dies möglich ist, mussten andere zuvor auf einen Teil der von ihnen produzierten Waren verzichten, also Konsumverzicht betreiben. Es ist daher gerechtfertigt, für Investitionskredite Zinsen zu erheben.

2. Der Umlaufmittelkredit

Er dient nun zur Finanzierung von Waren, die verkauft werden sollen und ist ein typischer Handelskredit. Der/die HändlerIn hat den Laden dank Investitionskredit ausgebaut und eingerichtet. Nun gilt es die Regale mit Waren zu füllen. Mit dem Kredit werden nun Waren gekauft, auf die noch niemand verzichtet hat, da sie noch gar nicht zum Verkauf standen, die auch noch gar nicht bezahlt wurden, da die Löhne und Gehälter der Produzenten erst bezahlt werden können, wenn diese Waren an die Konsumenten verkauft wurden. Die Waren, die in dem Laden verkauft werden sollen, wurden frei geschaffen. Aus Rohstoffen und Arbeit sind neue Werte entstanden, die erst durch den Verkauf zu Geld gemacht werden müssen und können.

Stellen wir uns das ganze auf einer Insel vor. Die Schiffbrüchigen haben nichts als das nackte Leben gerettet. Sie haben auch kein Geld dabei. Nach unserem Wirtschaftsverständnis bedeutete dies, sie würden verhungern, denn eine Produktion ist erst nach Vorab-Investition möglich. (Vgl. Lietaer: Geld der Zukunft. S. 258) Nun scheren sich die Schiffbrüchigen in ihrer Not nicht um die Erkenntnisse moderner Wirtschaftswissenschaften, sondern beginnen zunächst mit ihren bloßen Händen den Boden zu bearbeiten, bzw. schaffen sich Werkzeuge aus dem, was die Natur unentgeltlich bietet, da hier noch kein Eigentum an Boden und Ressourcen errichtet wurde. Bald stellt sich heraus, dass sie unterschiedlich zu diesem oder jenem befähigt sind. Im Interesse des Einzelnen und der Gruppe spezialisieren sie sich und schaffen nur noch einen Teil der Waren, die zu ihrer Existenz notwendig sind selbst.

Wie kommt nun ein Handel ohne Geld in Gang? Jeder WarenbesitzerIn bietet Waren auf dem Markt an.

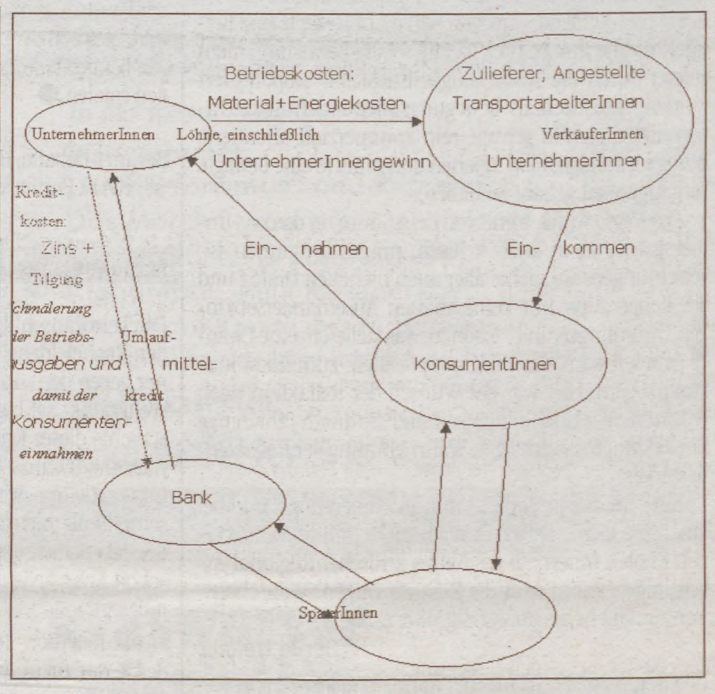


Da niemand Geld hat, erfolgt der Austausch mittels Kredit. D.h. Händlerin 1 geht zu Händler 2 und möchte etwas kaufen. Sie bittet um Kauf auf Pump (Kredit) und zeigt dabei auf ihr Warenlager und erklärt, dass sie zwar noch nichts verkauft habe, dies aber bald tun werde (im Laufe dieses Markttages). Sie verpflichtet sich, den Händler 2 mit ihrem Verkaufserlös auszuzahlen. Der willigt ein und nimmt von ihr einen Schuldschein als Zahlungsmittel entgegen. Nun kann Händler 2 mit diesem Schuldschein, der durch die Waren der Händlerin 1 gedeckt ist, bei Händlerin 3 einkaufen. Irgendwann kauft auch jemand bei Händlerin 1, so fließt ein Schuldschein (der eigene oder ein fremder) zu ihr zurück. Die Schuldscheine (die lediglich durch Waren, nicht aber durch das Guthaben eines Gläubigers, gedeckt sind) kursieren auf diesem Markt als Geld. JedeR WarenbesitzerIn kann also im Gegenwert des eigenen Warenlagers Geld frei schöpfen, d.h. einen Kredit der nicht aus Spargeld geschöpft wird aufnehmen.

Am Abend treffen sich dann alle HändlerInnen auf einer Bank und verrechnen die eingenommenen Schuldscheine gegeneinander. Dabei bekommen alle HändlerInnen von den jeweils anderen ihre Schuldschein zur Zahlung vorgelegt. Da sie selbst jedoch Schuldscheine eingenommen haben, geben sie diese zur Bezahlung ihrer Schulden heraus. Dieser Schuldscheinhandel dauert so lange, bis alle schließlich ihre eigenen Schuldscheine wieder in der Hand halten. Diese aber können sie nun erleichtert zerreißen und sind von Schulden frei. Das ganze lässt sich natürlich heute einfacher mittels Verrechnungskonten bewerkstelligen. Das Ergebnis bleibt jedoch das gleiche, am Ende des Markttages sind Geld und Waren gleichermaßen verschwunden.

Hier ist also Geld gleichzeitig mit der Ware entstanden und vergangen. Vorab war kein Konsumverzicht notwendig und am Ende wurde kein Vermögen angehäuft.

Wie dieses Modell bei erweiterter Reproduktion funktioniert und wie hier Spargeld entsteht und Investitionen getätigt werden, das wird im Rahmen des Vortrages und der Diskussion geklärt.



Kreislaufschema in unserer heutigen Zinsgeldwirtschaft

(Offener Kreislauf, der ständigen Geldzufluss braucht und daher ständiges Wirtschaftswachstum provoziert, was zu einer beständigen Wirtschaftsausweitung auf bisher ungenutzte Regionen, Ressourcen etc., d.h. Umweltzer-

Zusammenfassung

Geld entsteht aus Kredit! Voraussetzung des Kredites ist jedoch nicht in jedem Fall Konsumverzicht, daher ist auch nicht in jedem Fall ein Zins nötig und erlaubt.

Die Geldschöpfung der Zentralbank (und Verleihung gegen Zins) ist im Grunde genommen ein krimineller Akt. Heinrich Rittershausen (Professor für Volkswirtschaft und Berater der deutschen Zentralbank) beschrieb dies 1934 in einer kleinen Schrift. Es würde jedoch den Rahmen sprengen, auf die Entstehung der Zentralbank und die damit einhergehende Deformierung des Geldsystems einzugehen.

Bei der Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken sind Umlaufmittelkredit, Investitionskredit und Konsumtionskredit zu unterscheiden. Zur Schöpfung von Umlaufmittel bedarf es keines Spargeldes, daher ist vorab kein Konsumverzicht notwendig, für den ein Zins zu entrichten wäre. Lediglich Investitions- und Konsumtionskredite müssen aus Spargeld geschöpft werden. Hier muss vorab ein Konsumverzicht stattfinden, der durch Zins honoriert werden kann. Die Höhe des Zinses ist dabei jedoch abhängig von der Nachfrage nach Geld (sprich Kredit).

Das Zins heute generell üblich ist, hat damit zu tun, dass sich der Kredit im wesentlichen aus dem Investitions- bzw. Konsumtionskredit entwickelt hat1 und das der Umlaufmittelkredit eine spätere Entwicklung ist, die allerdings ab einem gewissen Punkt zunehmend mit Gewalt, Verbot von Notenbanken etc. durchgesetzt wurde. Es sind die Notwendigkeit der ständigen Schaffung von Umlaufmittel (aus Kredit) und der Zwang diese Kredite aus Spargeld zu schöpfen, die den Zins hochhalten. Hochhalten in einer Zeit, in der das Überangebot an Spargeld und der Mangel an Investitionsnachfrage den Kreditzins unter Null treiben müssten (hätten wir wirklich eine freie Marktwirtschaft). So ist also im Ursprung der Konsumverzicht für die Entstehung des Zinses verantwortlich. Heute jedoch beruht der Zins darauf, das permanenter Mangel an Umlaufmittel und ein Zwang zur Umlaufmittelkreditschöpfung aus Spargeld geschaffen wurden.

Hier kämen wir auf die geschichtliche Entwicklung von Geld und Zins zu sprechen. Doch das ist ein neues Thema.●

EUREGIO 2002: (30. Oktober bis 2. November 2002)

Europagipfel führender Regionalentwickler des Kontinents

Mit Kongressen, Werkstattgesprächen und einer Fachausstellung empfiehlt sich Leipzig im Herbst mit der EUREGIA 2002 als europäische Plattform für Entwickler und Planer aus Kommunen, Ländern, Verbänden, Regierungen sowie privaten Initiativen und Beratungsbüros.

Redaktion Heidelberg ● »Ein starkes Europa resultiert aus starken Regionen, die zugleich immer dichter miteinander vernetzt sind. Und es sind vor allem die schrittmachenden Regionen, deren täglicher Austausch von Gütern, Ideen und Menschen für viele Projekte und Initiativen Modellcharakter besitzt«, versichert Michael Kynast, Bereichsleiter bei der Leipziger Messe. Als Beispiel nennt Kynast die nachhaltige ökologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Städte und Regionen. Dieser hochaktuellen Thematik widmet sich die Europäische Kongressmesse für Regionalentwicklung EUREGIA, die vom 30. Oktober bis 2. November 2002 zum dritten Mal in Leipzig stattfindet.

Seit ihrer Premiere 1998 hat sich die EUREGIA zum zentralen Treffpunkt für nachhaltige lokale und regionale Entwicklung im deutschsprachigen Raum und den angrenzenden Ländern entwickelt, so Kynast. Die Form der Veranstaltung sei in Europa einzigartig. Für viele Spitzenkräfte aus Gemeinden, Städten und Kreisen, Ministerien, Verbänden, Fachbüros sowie aus Aktionsgruppen im Rahmen der EU-Programme LEADER- und INTERREG habe sich der Leipziger Treff zu einem der wichtigsten Termine profiliert.

»Hier lernen sie neue Projekte, Dienstleistungen und Produkte kennen, knüpfen Kontakte zum öffentlichen und privaten Sektor und erleben Leipzig auch als äußerst lohnendes Ausstellungsziel an der Schnittstelle zu Osteuropa«, meint Josef Bühler von der Firma neuLand – Werkstatt für Sozialplanung, Tourismus- und Regionalentwicklung aus dem schwäbischen Aulendorf. Bühler organisiert gemeinsam mit einem ressortübergreifenden Team aus Agraringenieueren, Betriebswirten, Biologen, Geographen, Touristikern, Historikern, Journalisten, Pädagogen und Sozialwissenschaftlern das Fachprogramm.

Die nächste EUREGIA 2002 gliedert sich in drei Bereiche: Schaufenster, Werkstatt und Kongress. Im SCHAUFENSTER, das von der Transparenz und freundlichen Atmosphäre der großen Glashalle des Leipziger Messegeländes lebt, präsentieren sich Büros, Institute, Projekte, Ministerien, Netzwerke und Fachorganisationen. Die WERKSTATT lädt zu dialogorientierten Praxis-Work-Shops und Diskussionsrunden ein. Zugleich bietet sie den Teilnehmern Gelegenheit, das eigene Arbeits- und Leistungsspektrum ausführlicher darzustellen. Geplant sind beispielsweise Work-Shops zum Themenkomplex »Finanzierungschancen und -schwierigkeiten regionaler Projekte« sowie eine Reihe zu Fragen von Forschung und Praxis. Zu den vorbereiteten Themen gehören unter anderem: »Regionalmarketing und Internet«, »Evaluierung und Controlling regionaler Projekte«, »Förderprogramme für die Arbeit in Osteuropa bzw. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit« sowie neue »Strategien der Wirtschaftsförderung.«

Abgerundet wird die EUREGIA als dritte Säule durch einen KONGRESS. Führungskräfte, hochkarätige Verwaltungsexperten, Regionalplaner und -manager, Projektleiter und Netzwerkspezialisten aus ganz Europa werden hier den Teilnehmern »die Augen für neue, ungewohnte Sichtweisen öffnen und für frischen Wind sorgen«, so Bühler. Die Themenpalette sei sehr breit angelegt. Der Verband Deutscher Naturparke, der den Leipziger Branchentreff auch für eine Mitgliederversammlung nutzt, erörtert die These: »Naturparks – eine Chance für die regionale Entwicklung«. Der öffentlich sehr konträr diskutierten Frage »Naturschutz als Motor für eine ländliche Entwicklung« gehen Vertreter des World Wildlife Founds (WWF) Deutschland, des Deutschen Naturschutzrates sowie des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft nach.

Während einer internationalen Fachtagung werden Forschungsergebnisse und beispielhafte Projekte zum nachhaltigen Wirtschaften vorgestellt. Den Treffpunktcharakter der Messe unterstreicht auch die »Gesamtdeutsche Raumplanertagung«, zu der die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) rund 300 Teilnehmer erwartet.

Eine erste Zwischenbilanz unter dem Titel »Von INTERREG II C zu INTERREG III B« beschäftigt sich überdies mit den »Herausforderungen und Chancen für die transnationale Raumentwicklung« auf europäischer Ebene. Geplant ist im Rahmen der EUREGIA zudem die Gründung eines Netzwerkes »Regionen der Zukunft«. Mehrere Verbände, Vereinigungen und Organisationen nutzen die Messe in Leipzig, die parallel zur »denkmal 2002 – Europäische Messe für Denkmalpflege und Stadterneuerung« stattfindet, gleichzeitig für Jahrestagungen und netzwerksspezifische Veranstaltungen, darunter die Akteure des EU-Programms »LEADER+«.

Zur letzten EUREGIA im Jahre 2000 präsentierten sich 174 Planungsbüros, Ministerien, Fachverbände und europäische Netzwerke aus acht Ländern. Zu den Ausstellern gehörten unter anderem Regionalplaner, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, Büros für Energie-, Verkehrs- und Umweltplanung, Stadt- und Regionalmarketing, Landschaftsplanung und Tourismusberatung, Sozialplanung und Gemeinwesenarbeit sowie Büros für Dorferneuerung bzw. Stadtentwicklung und landwirtschaftliche Regionalvermarkter.●

EUREGIA im Internet: www.euregia-leipzig.de

Pro Regio stellt Erscheinen ein

Pro Regio, die kritische Fachzeitschrift für eigenständige Regionalentwicklung, stellt mit dem Heft 26/27 das Erscheinen ein. Die Redaktion benennt in ihrem Abschieds-Editorial als Gründe für diesen Schritt permanente Überlastung der drei Redakteure, finanzielle Gründe, eine Verschiebung des Leserinteresses und den Wegfall der Regionalentwicklungs-Szene als Bezugsrahmen.

Unter den ersten beiden Erscheinungen leidet wohl jede Zeitschrift, die sich halbwegs kritisch positioniert. Die anderen zwei weisen auf die Veränderungen in dem Feld hin, in dem sich *Pro Regio* bewegt hat. Die Zeitschrift erschien erstmals 1989 und war damals aus dem Provinz-Rundbrief der *AG SPAK* entstanden, dessen Wurzeln vor allem im Bereich der ländlichen Kultur- und Jugendarbeit lagen. *Pro Regio* wagte relativ erfolgreich den Spagat zwischen akademischer Theorie und handwerkelnder, reflexionsarmer Regional-Praxis. Sie widmete sich in Schwerpunktheften der ganzen Vielfältigkeit ländlicher Räume: So entstanden unter anderem Hefte zu Frauen in der Regionalentwicklung, zu Dorf in den neuen Bundesländern, und in den letzten Jahren führte *Pro Regio* die Auseinandersetzung um Nachhaltigkeit, Dorferneuerung und Lokale Agenda 21. Hier nahm sie eine Mittelposition ein, sie stand zwar der Nachhaltigkeit halbwegs kritisch gegenüber, schwamm aber (gezwungenermaßen?) im Mainstream mit. Immer wieder fanden sich auch Beiträge zur ländlichen Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte in der Zeitschrift.

Die Leserschaft interessiert sich, so die Redaktion, heute nicht mehr so sehr für die Grundsatzartikel, die für *Pro Regio* profilbildend waren, sie will mehr Rezepte und Beispiele für die Praxis. Gleichzeitig sei die Bewegung, nicht zuletzt durch die Nachhaltigkeitsfloskeln, entpolitisiert worden; ihre ehemals bewegungsorientierten AkteurInnen hätten sich in private, rein kommerziell orientierte Büros verwandelt, bzw. agierten dort ohne je eine bewegte Vergangenheit gehabt zu haben.

Pro Regio wurde somit von dem Strom, in dem sie immer gerne, wenn auch kritisch, mitgeschwommen ist, verschlungen. Sie suchte aber auch nicht den Dialog und die Kooperation mit benachbarten Auseinandersetzungen, Strömungen und Personen, was vielleicht eine Chance gewesen wäre, das Ende abzuwenden, zumindest hinauszuzögern. Hier war der Wunsch der Redaktion nach redaktioneller Unabhängigkeit und die durch jahrelange Einzelkämpferei verhärtete Wahrnehmung der Redakteure stärker.

Eine Internetpräsenz ist nun in Vorbereitung und bei Abschluss dieses Beitrages noch nicht online. Ob sie einen Knoten innerhalb des Netzes kritischer Regional-Arbeit bilden kann, wird die Zukunft zeigen. Wünschenswert und mehr als notwendig wäre es.●

Bernd Hüttner

Pro Regio 26/27: Ländlicher Raum 21. Zwischen Hinterland und modernisierter Provinz, 52 S., 10 EUR. Pro Regio bietet auch heute noch lesenswerte Hefte aus den vergangenen Jahren an, Heft 9-17 kosten zusammen nur 15 EUR, Heft 18-27 zusammen 25 EUR. Versand gegen Rechnung portofrei. Kontakt: Franken-Dom-Strasse 74, D-97944 Boxberg-Wölchingen, fax (0 79 30) 99 34 94, www.er-bw.bei.t-online.de

Leben, Arbeit und Armut in ländlichen Räumen

Das Heft *Wege übers Land* von *Berliner Debatte Initial*, ist einer der seltenen Versuche einer sozialwissenschaftlichen Zeitschrift, sich mit Themen von Landwirtschaft und ländlichen Räumen auseinanderzusetzen. Ein Versuch, der gelungen ist, um es gleich vorwegzunehmen, auch wenn die Beiträge zu sehr auf die Situation in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg abstellen, wo das paradoxe Resultat der Nach-Wende-Landwirtschaft in der Tendenz jenes ist, dass die Betriebe prosperieren und die Gemeinden verelenden. Zentrale Fragestellung des Heftes ist, was mit ländlichen Räumen geschieht, wenn dort die Landwirtschaft ihre zentrale Bedeutung als ökonomischer Faktor verliert: Was passiert mit den Menschen, den sozialen Strukturen, den Flächen? Gleichzeitig bleibt die gesellschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft weiterhin hoch, ist und war sie doch beliebte Projektionsfläche ideologischer Deutungen, die zwischen idealisierender bäuerlicher Idylle und dem Verteufeln der Agro-Industrie schwanken.

Der Beitrag von Hilary Tovey aus Irland zeigt am Beispiel dieses Landes, dass Armut und Ausgrenzung im ländlichen Raum das Resultat der Weltwirtschaft und nicht das individueller Defizite oder lokaler Besonderheiten ist: Es gibt nur arme Menschen, keine armen Gegenden. Die Autorin vertritt ein sympathisches Maß an Skepsis gegenüber dem derzeit so trendigen Lokalismus und weist – heute muss man das wieder – darauf hin, dass Subventionen zumindest in der Vergangenheit kein Mittel zur Schaffung eines Ausgleichs zwischen kleineren und größeren Bauernhöfen waren, im Gegenteil. Sie plädiert – im Gegensatz zur Mehrheit der deutschen Regionalentwicklungsszene – für eine Strategie, die die Lösung nicht in mehr, sondern in weniger Integration in den nationalen und internationalen Kapitalismus sieht.

Kai Brauer zeigt in seinem Beitrag plastisch die »Ruinen der Zukunft«, die im Rahmen von wortgewaltigen Entwicklungsprogrammen entstehen. Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) werden heute die nichtmarktfähigen Arbeiten erledigt, die früher von der LPG nebenher geleistet und finanziert wurden. Die Teilnahme an einer ABM bringt aber kein Sozialprestige, zumal alle höheren Stellen in den Projektagenturen nicht von Einheimischen besetzt sind. Entwicklungsvorhaben werden aus den Förderrichtlinien abgeleitet, sie stehen kaum im ursächlichen Zusammenhang mit den lokalen Potentialen oder den Wünschen und Ideen der Einheimischen.

Eva Barlösius und Claudia Neu stellen unter dem Titel »Die Wildnis wagen?« neue Konzepte von Landnutzung angesichts der Entleerung von ländlichen Räumen in den neuen Ländern vor. Sei bislang, so die Autorinnen, immer noch von einer nachholenden Modernisierung ländlicher Räume ausgegangen worden, gewönnen in letzter Zeit Konzepte einer Konservierung der Ländlichkeit an Zustimmung. Dieses neue Konzept sei eine Abkehr vom Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und könne in drei, bzw. vier Wegen verfolgt werden: Erstens, Ländlichkeit ohne Bauern, also ländliche Räume als Landschaftsparks für TouristInnen und andere Erholungssuchende, zweitens Verwilderung als Rückgabe der meisten Flächen an die Natur. Ein Kompromiß ist der sog. Prozeßschutz, der vermutlich in der Agraropposition auf die meiste Zustimmung stoßen dürfte. Beim segregativen Prozeßschutz steht die eigendynamische Naturentwicklung mehr im Mittelpunkt, während der integrative Prozeßschutz mehr auf den Erhalt der kulturlandschaftstypischen landwirtschaftlichen Nutzungsweisen setzt.

Das vorliegende Heft ist ein Beitrag zur Debatte um eine nach-agrarische Ländlichkeit, die sehr viele Facetten aufweist und in Deutschland gerade erst begonnen hat, in anderen Ländern, wie etwa Großbritannien oder Frankreich aber schon länger geführt wird. Es ist faszinierend zu sehen, wie in den meisten Beiträgen reflektiert wird, welche große Rolle Bilder von Land, Landwirtschaft und Landschaft sowohl bei der Analyse der Verhältnisse wie bei der Bewertung von programmatischen Vorschlägen spielen.●

Bernd Hüttner

Berliner Debatte, H. 6/2001, 128 S., 8 EUR, Postfach 58 02 54, 10412 Berlin. www.berlinerdebatte.de

Nationalismus, Rassismus, Krieg

Die Terroranschläge vom 11. September in den USA und der Rachefeldzug der US-Streitkräfte und Bündnispartner gegen den »internationalen Terrorismus« haben die Weltpolitik schlagartig militarisiert. Über die Vorgeschichte dieses Krieges, der im Namen der »islamischen Nation« (Osama bin Laden) und der »friedlichen Nation« (George W. Bush) in Afghanistan geführt wird, schreibt die indische Schriftstellerin Arundhati Roy. Nation als Schicksals- und Kampfgemeinschaft hat immer schon Krieg bedeutet, wie Franz Schandl in seinem Essay aufzeigt.

Als Reaktion auf Globalisierung, Denationalisierung der Wirtschaft und auf die Krise des Nationalstaates kämpfen seit Jahren auf dem politischen und theoretischen Feld alte und neue Nationalismen um die Köpfe der Massen. Reinhard Kühnl klärt über die politischen Konsequenzen des völkischen Nationalismus auf. Und Hans Ulrich Jost warnt vor Missverständnissen um die Begriffe Nation, Willensnation und Nationale Identität. Nach Josef Lang liegt die sicherheitspolitische Zukunft des Kleinstaates Schweiz weder in den Händen der nationalen Verteidigungsarmee noch in der NATO, sondern im Aufbau eines zivilen Internationalismus.

Die Renationalisierung der Politik und der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland hält an. Standortnationalismus, Rechtsextremismus und immer restriktivere Zuwanderungspolitik stehen – so die Analyse von Christoph Butterwegge – in einem engen Zusammenhang. Nach dem Scheitern der Kampagne gegen den Rechtsextremismus beschreibt Freerk Huisken das Dilemma der demokratischen Volksparteien angesichts des SPD-Antrags auf ein Verbot der NPD. Das Netzwerk des Antirassismus weitet sich aus. Yves Kramer gibt Einblick in die Bewegung der Papierlosen und Flüchtlinge in der Schweiz, die sich gegen Illegalisierung und Kriminalisierung der Migrantinnen und Migranten wehren. Die abnehmende Bindungskraft der Erwerbsarbeit und die Erfahrungen von Ausschluss in der Arbeitswelt verstärken, so Klaus Dörre, einen reaktiven Nationalismus bzw. Sozialpatriotismus, ganz besonders in den Gewerkschaften. Vania Alleva plädiert deshalb für eine gezielte gewerkschaftliche Integrationspolitik.

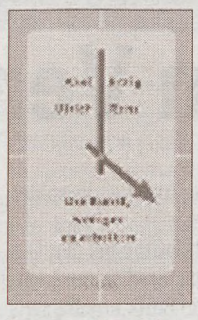
Vor dem Hintergrund neuester »Eurobarometer«-Umfragen und EU-Studien über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in den Bevölkerungen der EU-Länder entwirft Christian P. Scherrer ein antirassistisches Aktionsprogramm. Mit der Charta der Grundrechte und dem Aufbau einer Föderation der Nationalstaaten wird, so Heinz Kleger, der Weg frei für eine europäische Verfassung und Demokratie, für die Bildung einer kollektiven europäischen Identität.

Den Diskussionsteil eröffnet Gian Trepp mit dem Beitrag »Moderne Geldwäsche und Terrorismus-Banking«. In der Repolitisierung der Herrschafts- und Klassenfragen sehen Willi Eberle und Hans Schäppi Möglichkeiten, die professionellen Mittelschichten für ein neues politisches Projekt zu gewinnen, das betriebliche und gesellschaftliche Demokratie ins Zentrum rückt. Susanne Lettows Kritik am neoliberalen Anti-Egalitarismus unterstreicht die Aktualität einer Politik sozialer Gerechtigkeit.●

dp

WIDERSPRUCH 41: Nationalismus, Rassismus, Krieg. 208 Seiten, Fr. 25.–, im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich. Tel./Fax 0041 (0)1 273 03 02 vertrieb@widerspruch.ch, www.widerspruch.ch

Die Kunst, weniger zu arbeiten



Arbeit in all ihren Facetten ist Dreh- und Angelpunkt unseres Denkens und nach wie vor Hauptthema der Politik. Das vorliegende Buch zeigt aber, dass es ein Leben jenseits der Arbeit gibt – Arbeit als Mittel zum Leben und nicht als Lebensmittelpunkt. Die Autoren, als Manager und Arzt inzwischen »Aussteiger«, wollen die LeserInnen anstiften, ihr Verhältnis zur Arbeit grundlegend zu überdenken. Auf einem Spaziergang durch die »lange Geschichte der Arbeit und die kurze Geschichte ihrer Verherrlichung« (der sich die jeweiligen Eliten über Jahrtausende nach Möglichkeit fern hielten) zum neuzeitlichen »Beruf«, der scheinbar unersetzlichen Sinnmitte des gesellschaftlichen und individuellen Lebens, zeigen sie, wie es überhaupt dazu gekommen ist, dass beruflicher Erfolg und Erfolg im Leben so eng miteinander verknüpft sind.

Nach einem Blick hinter die Kulissen des »eigenen Arbeitsheldentums« werden die Schattenseiten der Arbeit (von Stress bis Manie) ebenso angesprochen wie die beharrlichen Mythen der Arbeit (von Selbstverwirklichung bis Sicherheit). Braig/Renz kritisieren in der Folge verschiedene Modelle »lebensverlängernder Maßnahmen für die Arbeitsgesellschaft«. Geschätzte 100 Milliarden Mark werden jährlich dafür ausgegeben, »damit Leute irgendwie und irgendwas arbeiten« (S. 144). Auch die Vorschläge des Club of Rome (»Wie wir arbeiten werden«, 1998) zielen nach Ansicht der Autoren darauf ab, einen »Zwang zur Arbeit« einzuführen. »Wir scheinen mehr Mühe und Intelligenz darauf zu verwenden, Arbeit zu schaffen, als darauf, uns ein weniger von Arbeit bestimmtes Leben zu ermöglichen.« (S. 16f.)

Wie sieht aber nun ein Leben jenseits der Arbeit aus? Es beginnt mit der Frage, wie viel Arbeit wir eigentlich brauchen. Zwar räumen die Autoren ein, dass es immer noch ein Privileg ist, seine Träume zu verwirklichen, andererseits ist das aber nicht nur eine Frage nach der materiellen Bedürftigkeit. Es gilt auch, die Selbstverständlichkeiten in unserer Konsumgesellschaft zu hinterfragen, ob ein Maximum an Gütern auch ein Mehr an Lebensqualität bedeutet. Vielleicht liegt die Kunst aber auch darin, anders zu arbeiten, weniger gestresst, weniger fremdbestimmt, oder es genügt, wenn in der Arbeitswoche feste, arbeitsfreie Zeiten fix reserviert werden. Mit Blick auf die landwirtschaftliche Subventionspraxis (Flächenstilllegungsprämien) halten es die Autoren unter den gegebenen Umständen (durch Arbeit wird immer mehr überflüssiges, ja sogar Schädliches produziert) »für angemessener, allen, die bereit sind, ohne Arbeit auszukommen, eine Prämie zu zahlen« (S. 175).

Wenn also alle nur so viel arbeiten würden, wie sie nötig haben, gäbe es trotzdem noch genug zu tun. Arbeit als Lebensersatz gehört aber dann der Vergangenheit an. Reinhard Klopfleisch sprach sogar von der »Pflicht zur Faulheit« (1991) als Bedingung eines lebenswerten Lebens. Dieses hängt letztlich von unseren Wertvorstellungen und Prioritäten, aber nicht auch davon ab, ob wir uns den »Luxus« des weniger Arbeitens auch leisten können.●

Alfred Auer

Axel Braig; Ulrich Renz: Die Kunst, weniger zu arbeiten. Berlin: Argon-Verl., 2001. 219 S., ca. 17 EUR

Aus: Top Ten der Zukunftsliteratur 2001 der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Salzburg 2002

Ihrer Stimme Gehör geben

»Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen«, so beginnt die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf ihren Roman »Kindheitsmuster«, und sie fährt fort: »Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.« Dass traumatische Erfahrungen der Vergangenheit nicht dem Vergessen anheim fallen, sondern weiter gegeben werden, ist das Anliegen der »Arbeitsgemeinschaft ehem. KZ Flossenbürg«, die sich – nicht nur in dem vorliegenden Band – darum bemüht, der Stimme der Überlebenden Gehör zu geben.

Vor uns liegt der Versuch, eine Form zu finden, die es den von den Nationalsozialisten zu Nummern degradierten ehemaligen Gefangenen ermöglicht, ihre persönliche Geschichte zu berichten. Es ist dies auch der Versuch, in unserer Gesellschaft ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die, die gelitten haben, Menschen wie »du und ich« sind, Menschen, die eine persönliche Identität vor und während ihrer Versklavung entwickelt hatten und deren Biographie sich auch nach dieser bestialischen Erfahrung fortsetzte.

Um die Erfahrungen dieser Zeitzeugen lebendig zu erhalten, hat die »Arbeitsgemeinschaft ehemaliges KZ Flossenbürg« die Methode der Oral History gewählt. Oral History, am besten übersetzt mit mündlich überlieferte oder auch kommunikative Geschichte, versucht, Geschichte nicht nur durch die Ansammlung scheinbar objektiver Fakten zu rekonstruieren, sondern bewusst Erfahrungen und Erlebnisse der »kleinen Leute« in die historische Spurensicherung einzubeziehen. Sie vermeidet damit die Kälte bloßer Fakten und falsche Sachlichkeit und ermöglicht damit denjenigen, die die Zeit des Nationalsozialismus nicht mehr erlebt haben, sich dem Thema Nationalsozialismus über das Miterleben individueller Schicksale leichter zu nähern.

Als »Geschichtsschreibung von unten« hat Oral History in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dabei wird diese Methode nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung oder Ausgangspunkt zur sogenannten wissenschaftlichen Geschichtsschreibung aufgefasst. Mündliche und schriftliche Überlieferung selbst erlebter Ereignisse sind mit diesem methodischen Zugriff zu einer der wichtigsten Quellen bei der Aufarbeitung der NS-Geschichte geworden.

In zahlreichen Veröffentlichungen, die auf dem Ansatz der Oral History basieren, wird oft auf Aussagen »bedeutender« Persönlichkeiten der Zeitgeschichte zurückgegriffen – sowohl auf der Opfer- als auch auf der Täterseite. Tätern wurde auf diese Weise, beispielsweise in Prozessen – gewollt oder ungewollt – das Privileg eingeräumt, auch noch nach der NS-Herrschaft Geschichtsschreibung zu beeinflussen. Dem setzt die vorliegende Dokumentation die Aussagen der Opfer entgegen. Die hier zu Wort kommenden Überlebenden bringen als letzte Zeugen dieses (fast) vergessenen KZs ihr Leiden, ihr ganz subjektives Empfinden und ihre individuellen Erinnerungen in die Gespräche ein und »begradigen« traditionelle Geschichtsschreibung. Mit einer solchen Veröffentlichung wird vor allem den in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik bisher vernachlässigten Opfern der osteuropäischen Länder ein Forum geschaffen, über ihre Geschichte zu schreiben und zu sprechen.●

dp

Arbeitsgemeinschaft ehem. KZ Flossenbürg e.V. (Hg.): Ihrer Stimme Gehör geben – Gegen das Vergessen, 140 S., 22 Abb., brosch., Pahl-Rugenstein Verlag, ISBN 3-89144-329-3, 12,90 EUR

Doktor Paranoiski

Doktor Salzer hat die Nase voll. Er ist fertig mit der Gesellschaft. Er steigt aus. Hurtig wandert er in den Wienerwald, schlägt dort sein Lager auf. Er vermeidet Kontakte mit Menschen und ernährt sich von dem, was brave WohlstandsbürgerInnen und ihre Konsumkinder in die Abfalltonnen schmeißen. Aber das Aussteigerleben ist hart. Er wird krank, todkrank ... und gäbe es da nicht eine geheime Untergrundarmee, die zwischen Wien und dem Ötscherland ihre unsichtbaren Lager hat, wäre er wohl gestorben. So aber wird er Teil der Aussteigerarmee, Mitglied einer verschworenen Guerilla-Kampftruppe, die sich die Abschaffung des Staates zum Ziel gesetzt hat.

Ernst Molden ist ein Magier der Bilder und der Sprache. Realität, und Science Fiction durchdringen einander, reale Orte und utopische Szenarien überlagern sich, Wachzustand und Traum verschmelzen. Ist alles nur eine Fieberphantasie, was Dr. Salzer da durchlebt? Gibt es sie wirklich, die anarchische Guerilla im Wienerwald? Am Ende des Buches weiß LeserIn, dass es Fiktion ist; eine Fiktion, die vielleicht doch unheimlich real ist ...●

Roman Schweidlenka

Ernst Molden: Doktor Paranoiski. Wien/Frankfurt am Main: Deutike, 2001, 222 Seiten, ISBN 3-216-30539-2

e-motion@l-business

Frauen beWerben sich, von Petra Semmert und Elke Graßer-Reitzner: Dieses Handbuch im besten Wortsinn soll allen Frauen, die sich in den Arbeitsmarkt (wieder) integrieren möchten, Mut machen. »Geschickte Werbung in eigener Sache« heißt deshalb das Erfolgsrezept, das hier von einer Unternehmerin und einer Journalistin präsentiert wird.

Neben Motivationshilfen und Tipps zum Outfit verrät dieses Buch auch, wo freie Stellen zu finden sind. Klassische Zeitungsanzeigen werden ebenso analysiert wie die moderne Recherche per Internet. Die Arbeitssuchende kann sich mit Hilfe des Handbuchs einen individuellen BeWerbungsplan zusammenstellen.

128 S., mit Praxisbeispielen im Mittelteil, 10 EUR

Existenzgründung für Frauen, von Angelika Huber, Gründerin der Frauen-Computer-Schule München und von frauenbank.de. Die Unternehmerin gießt ihr Füllhorn an Wissen und Erfahrung aus und beantwortet Fragen zu PR und Finanzmanagement, Unternehmensformen und -führung, Qualitätssicherung und Controlling. Die Beispiele stammen samt und sonders aus der Praxis, bieten einen Fundus an Netzwerkadressen und sind auch noch mitreißend geschrieben. Vorsicht: das Buch steckt an!

152 S., mit Fragebogen und PR-Schatztruhe, 13 EUR

Erfolgreich mit emotionaler Intelligenz, von Hildegard Steiner, Autorin des Buches »Denken mit Disziplin«.

In diesem Buch geht Hildegard Steiner speziell auf die weiblichen Erfolgswege ein, auf Kommunikationsfähigkeit und Einfühlungsvermögen, auf die Chance, sich selbst zu leben und weibliche Fähigkeiten gewinnbringend für sich und Unternehmen einzubringen. »Emotionale Intelligenz« ist für sie weder ein unbekannter Begriff noch ein neuer Trend, sondern bedeutet, dass frau selbstbewusst, eigenverantwortlich und autonom aus ihrer Mitte heraus handelt, einfühlsam, erfolgreich und kreativ.

128 S., mit einem Vorwort von Frau Prof. Dr. Schuchardt, 10 EUR

Alle Titel können bestellt werden über: i-punkt verlag, Bothmerstr. 21, D-80634 München, Tel. (0 89) 13 93 81 53, Fax 13 93 81 55, www.i-punkt-verlag.de

PROJEKTE

Der Hof Hoher Schönberg sucht eine **Gärtnerin** oder **Bäuerin** am liebsten für den Gemüsebau. Die Hofgemeinschaft und die Gebäude sind im Aufbau. Beabsichtigt ist, grundsätzlich ökologisch zu leben. Unsere künftige Mitarbeiterin soll den Arbeitsbereich Gemüsebau & ab Hof-Vermarktung eigenverantwortlich betreiben. Der Hof hat noch die Betriebsbereiche: Stauden & Blumen, Obst, Kartoffeln, Holzwirtschaft, Ackerbau, Tierzucht.
Lage: 33 km östlich von Lübeck an der Ostseeküste, 25 ha
Hof Hoher Schönberg, Jörg Altmann,
Kalkhorster Str. 37,
D-23948 Hoher Schönberg
☎ (03 88 27) 8 89 42

Zur Gründung einer Gemeinschaft suchen wir Leute oder ein Projekt.
»Kinder« & »Erwachsene« leben politisch, kollektiv ohne Staat und Schule.
Steffi & Frank, Im Dorfe 3,
D-99826 Ebenau

JUGENDAUSTAUSCH

Auslandsschuljahr?
Wer sich jetzt noch entschließen möchte, ein halbes oder ganzes Schuljahr im Ausland zu verbringen, dem kann *kultur life* bei einigen High School Programmen noch Plätze vermitteln. *kultur life*, die Jugendaustauschgesellschaft mit fast fünfzigjähriger Erfahrung, organisiert für Jugendliche komplett den ganzen Aufenthalt, damit das Austauschjahr ein Erfolg wird. So bietet sie in Zusammenarbeit mit erfahrenen Mitarbeitern und Ehemaligen ein vorbereitendes Gespräch in entspannter Atmosphäre beim Interessenten zuhause an. Und der Reisepreis beinhaltet die Anreise von allen größeren deutschen Flughäfen, je einem Vorbereitungsseminar in Deutschland und im Gastland sowie einem umfassenden Versicherungspaket!
Übrigens: Wer noch kein halbes oder ganzes Jahr fahren möchte, für den bietet *kultur life* einen Familienaufenthalt im Sommer in Utah oder einigen anderen US-Staaten an.
Infos und Anmeldungen:
www.kultur-life.de
kultur life GmbH, Jungfernstieg 14,
D-24103 Kiel

VERKÄUFE

Viele Nutzungsmöglichkeiten!!
540 qm Nutzfläche
Der Preis: 135.000 Euro
Großes Wohnhaus (ehemalige Gaststätte) zuletzt als Tagungshaus genutzt, zu verkaufen.
Das Haus hat eine Wohnung mit drei Zimmern, zwei Gästezimmer, Gaststube mit Nebenraum, zwei Büroräume (50 qm), einen Saal mit Bühne (ca. 150 qm), Nebenräume, 2 Garagen und Kellerräumen.
Grundstücksgröße 685 qm, mitten im Dorf gelegen. Gebaut ab ca. 1800 ?? Zuletzt 1989 renoviert mit neuer Fassade und neuen Fenstern.
Tauglich für leben und arbeiten (Atelier und Wohnung) und geldverdienen (Workshops), in einem 1.400 Einwohnerdorf im Allgäu. Eineinhalb Autostunden von München, 10 Min. von der Autobahn München-Lindau, Ausfahrt Bad Wurzach.
Der Verkäufer: Finkhof Bildungswerk GmbH, St. Ulrichstr. 1, D-88410 Arnach
☎ (0 75 64) 93 17 11
Herrn Schmidt verlangen

Freiwillige für Mozambique, Angola und Botswana

5 Positionen
Start in März und April

- Soziale Arbeit mit AIDS-Waisen
- Schulen und Kliniken bauen
- Lesen, Schreiben und Landwirtschaft lehren
- Baumpflanzungen und Umweltkampagnen organisieren

Qualifikation:
4-6 Monate intensives Training in Denmark, Trainingsunkosten. Stipendien möglich.

HUMANA PEOPLE TO PEOPLE
Ruf Jan an: 0045 20 29 18 88
volunteer@humana.org
www.humana.org

Kreativer Randaleführer 2002

Für die NATO-Tagung in München war er schon von Sicherheitsbehörden entdeckt worden – damals entpuppte sich der Randaleführer aber als harmloser Stadtplan.

Nun erscheint er tatsächlich, entstanden in den Diskussionen um kreativen Widerstand – bei den »Multiaktivisten in einem kleinen Dorf in Hessen« (O-Ton Hamburger Verfassungsschutz). Doch auch diesmal ist nichts geheim: Der »Randaleführer 2002« ist ein Terminkalender bis Sommer 2002 mit allen wichtigen Events, Seminaren und Hinweisen zu kreativem Widerstand. Verpackt ist das Ganze als Brettspiel, auf dem AktivistInnen versuchen, Tagungen oder Naziaufmärsche zu verhindern, während die Polizei sie einzufangen versucht. Der Weg führt von Termin zu Termin, gespickt ist der Weg mit Ereignissen aus der politischen Arbeit – zynisch werden dabei vor allem Peinlichkeiten aus dem Alltag linker Gruppen verwurstet.

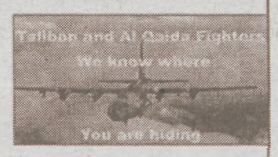
Das Spiel gibt es gegen 2 Euro in Briefmarken, Scheck oder Bargeld (pro weiteres Spiel 1 Euro dazu) bei der
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11
D-35447 Reiskirchen).

grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte

Aus dem Inhalt der Nr. 1:
K. Reitter, "Der Begriff der abstrakten Arbeit" - M. Gassner, "Die marxschen Schemata" - M. Birkner, "Der schmale Grat" - R. Foltin, "Frantz Fanon wiederlesen?" - K. Neundlinger, "Apologie der Erstarrung" - Buchbesprechungen
Für die nächsten Nummern sind folgende Schwerpunkte geplant:

Nr. 2 (Mai 2002): Negri/Empire/Multitude
Nr. 3 (Herbst 2002): Zum Begriff der Krise

Die grundrisse erscheinen vier mal pro Jahr - das Abo kostet nur 18 Euro weltweit
Bestellungen und Probenummern an:
grundrisse@gmx.net
www.grundrisse.net

antimilitarismus information
Das aktuelle Themenheft ist da !
3/02 ami
TERROR


Krieg ohne Grenzen
Teil II
monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung
Abo: 12 Normal- und Themenhefte € 30,70; Ausland: € 40,90; Normalheft € 2,60; Themenheft € 3,10 (+Porto). *Probeheft gratis*
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon/Fax: ++30-25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de
www.antimilitarismus-information.de

INTERIM
Vierzehntägiges Berlin-Info
Widerstand braucht Diskussion!
für 3 Mark in Infoläden, linken Buchläden oder im Abo:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Espero
Voltraine d Cleyre
„Anarchismus" 3 Euro
Zum ersten Male in deutscher Übersetzung
John Henry Mackay
„ Sturm" 14 Euro
Vollständige Neuauflage
c/o Uwe Timm
Wulmstorfer Moor 34b
21629 Neu Wulmstorf
E – mail: utespero@aol.com
http:// www.utespero.dé

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin

Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 10 €/Hj., Probenummer gratis

245 Seiten Linke Bücher!
Unser Katalog 2001 fällt leider aus personellen Kapazitäten aus - ein umfassender Datenbankaufbau hat Vorrang.
Wer bis zum nächsten Jahr nicht warten will: für 20 DM gibt's einen umfangreichen Titelausdruck (Betrag wird ab einem Bestellwert von 200 DM verrechnet) - mit genug Lesestoff für's Jahrtausend!
Anares
Postfach 107 510 · D-28075 Bremen
Fax 04 21 - 7 94 02 31
e-mail: anares-nord@gmx.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
In der neuen Ausgabe 460:
Schwerpunkt „Antiterrorismus" und Repression
★ Das Märchen vom schwachen Staat
★ Kombilohn heißt Lohnverzicht
★ Afghanistan – ein Reisebericht
★ Genua am Rande des Massakers
★ Geschichte der biometrischen Erfassung
Linke Politik monatlich zum Preis von 4,20 €
Probeabo bestellen:
3 mal ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.
ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
★ widerstand gegen staat und krieg ★ ökologie ★ antirassismus und antisexismus ★ gewaltfreier anarchismus ★ concert for anarchy u.v.m.
Jahresabo 45 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11,
D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

Multimedia Produktion
peb up
Wenn Sie schon immer
• einen Internetauftritt gewünscht haben,
• Ihre Website aufpeppen wollten,
• von einer Multimedia - Präsentation geträumt haben,
dann sprechen Sie uns an
Mehringdamm 69, 10961 Berlin
Tel. 030-610 73 009 Email:kontakt@peb-up.de
www.peb-up.de
Internet - CD ROM

AUF | STEHEN | BLEIBEN
Zusammen für eine bunte Welt
Unser Kampagneninfo mit 21 Argumenten gegen Rechts erhalten Sie bei Einsendung dieser Anzeige und 3.- Euro (gern in Briefmarken).
Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldtstein
53424 Remagen

SoZ Sozialistische Hefte 1
Sonderheft der SoZ · 60 Seiten · 5 Euro
Bestellungen an (5-Euro-Schein liegt bei):
SoZ-Verlag · Dasselstraße 75–77 · D-50674 Köln
Neue und alte Bewegungen vor und nach dem 11. September
Gerhard Klas überblickt die neuen sozialen Bewegungen, ihre Akteure und Ideen **Christoph Jünke** versucht eine historische Einordnung der neuen Bewegungen **Daniel Bensaid** untersucht die neue Weltunordnung **Angela Klein** und **James Petras** klären die Herausforderungen des Krieges für die Friedens- und Antiglobalisierungsbewegung **Leo Panitch** entwirft eine linke Strategie für die Arbeiterbewegung **Barbara Epstein** fragt, was aus der Frauenbewegung geworden ist **Alex Callinicos** bespricht Tonio Negris ›Empire‹ im Kontext seines Werkes
SoZ – Sozialistische Zeitung
jetzt monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition.
Probeausgabe kostenlos.
Probeabo (3 Ausgaben) 5-Euro-Schein liegt bei.
SoZ-Verlag
Dasselstraße 75–77
D-50674 Köln
E-Mail <sozkoeln@aol.com>
Webseite <www.soz-plus.de>

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 **Dresden, Redaktion Dresden**, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 **Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: http://members.aol.com/ricabuch; 18569 **Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 **Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; 23701 **Eutin, Redaktion Norddeutschland**, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 **Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 **Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 **Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 **Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 **Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h-weinhausen@foni.net; 60316 **Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; **Redaktion Saarland**, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 **Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 **Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; 71729 **Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; 90419 **Nürnberg, Redaktion Franken**, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal**: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, **Internet**: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 **Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung**: 27283 **Verden**, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; **Sozialpolitik, AG SPAK**: 68167 **Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: Elisabeth Voß E-Mail: post@elisabeth-voss.de; **Umweltschutz von unten**: 35447 **Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; **Information & Kommunikation**, 73525 **Schwäbisch Gmünd**, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: karldietz@gmx.de, Internet: http://komm.ffii.org

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19,
69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

Unsere Themen:
- Krieg in Afghanistan mit Beiträgen von N. Chomsky u.a.
- Überwachung – BigBrother-Award
- Globalisierung und anderer Käse
- Stadtentwicklung am Beispiel Florastrasse, Hamburg
- The Gathering of Tribe

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die »wichtigste anarchistische Zeitschrift der achtziger Jahre« ihre herausragende Position auch in den neunziger Jahren behaupten konnte und der Schwarze Faden bis heute die angesehenste explizit anarchistische Zeitschrift in der Bundesrepublik geblieben ist.
Bernd Drücke

Nebenwirkungen:
Gelegentlich kann es bei längerer Einnahme des Produktes zu Anfällen von Ungehorsam führen. Bei einigen Probanten wurden auch chronische Disziplinlosigkeit und Genusssucht festgestellt.

Jahresabo 15 €
(4 Nummern)

Bestellen Sie den aktuellen Faden:
Schwarzer Faden
Postfach 1159
71117 Grafenau
Fax: 07033/45264
schwarzerfaden@gmx.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 12.-14.4.2002

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 26.-28.4.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

Los geht's
Selbstbestimmt leben
Gruppen gründen
An Pfingsten 2002 (16. bis 20.5.) lädt die Kommune Niederkaufungen zusammen mit der Villa Locomuna in Kassel wieder Menschen ein, die neue Gemeinschaften gründen wollen. Utopien können dort ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen stellen sich vor und helfen mit Rat und Tat. Die ersten 250 Anmeldungen werden angenommen. Zur finanziellen Unterstützung werden auch Spenden und Sponsoren gesucht.
Information & Anmeldung:
Kommune Niederkaufungen,
Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07-0, Fax 80 07 40
E-Mail: kommune@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

ANARES BREMEN

Kommunale Arbeitsmarktpolitik und Selbstverwaltung – ein Widerspruch?
Im Bereich selbstbestimmter, selbstorganisierter Betriebe und Projekte findet derzeit in mehrerlei Hinsicht ein Umbruchprozess statt. Dies gilt zum einen intern (z.B. Ausdifferenzierung, Abschied von Einheitslöhnen, Abschied vom »alle machen alles«-Prinzip hin zu eindeutigen Kompetenzverteilungen etc.). Aber auch aufgrund externer Faktoren, u.a. aufgrund von zunehmenden Wettbewerbsdruck, scheint ein neuer Professionalisierungsschub nötig. Auf der anderen Seite werden die staatlichen Vorgaben zur (Ko-)Finanzierung von (kommunalen) Arbeitsmodellen in Bereichen, in denen die herkömmliche Stellenfinanzierung unmöglich erscheint (schon, weil in nicht-kommerziellen, d.h. nicht-marktförmigen Projekten kein Geld dafür vorhanden ist), zunehmend restriktiver.
Welche Möglichkeiten z.B. bezüglich Ausbildungs- und BSHG-Stellen in diesem Kontext noch gegeben sind, wie Anträge zu stellen und wo evtl. Fördergelder für Arbeitsplätze, aber auch für andere Vorhaben zu bekommen sind, wird Teil dieses Seminars sein.
Das Seminar richtet sich an Menschen, die bereits in selbstverwalteten Zusammenhängen arbeiten oder dies vorhaben. Es besteht aus einer Einführung, einer Vertiefung und einem Teil, in dem Raum für individuelle Fragen der TeilnehmerInnen ist.
Termin: *Freitag 3. Mai, 18-21 Uhr (Einstieg), Samstag 4. Mai, 14-20 Uhr, Sonntag 5. Mai, 10-14 Uhr Buchcafe Andere Seiten, Brunnenstr. 15/16, Bremen*
Mit Kurt Regenauer, Nürnberg, seit 1984 als Projekt- und Unternehmensberater, vor allem für selbstverwaltete Betriebe tätig. Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen (www.luxemburg-initiative.de) in Zusammenarbeit mit Anares e.V., Verein zur Förderung der Lesekultur und zur Unterstützung unterrepräsentierter Literatur, Bremen
ACHTUNG: Begrenzte Teilnehmerzahl, vorherige Anmeldung bis 27. April ist erforderlich, per Mail unter huettner@luxemburg-initiative.de oder persönlich/postalisch bei Antiquariat Andere Seiten, Brunnenstrasse 15/16, D-28203 Bremen, E-Mail: anares-nord@gmx.de
☎(04 21) 794 73 81

BREMEN

Vom Sozial- zum Sicherheitsstaat
Zur Zeit findet ein Formwandel des Sozialstaates statt: Weg vom kompromissbereiten Wohlfahrtsstaat, hin zum autoritären »aktivierenden Sozialstaat«. Stichworte der Debatte sind: »Aktivierender Staat«, »Schmarotzer« oder »Fördern und Fordern«. Dirk Hauer plädiert dafür, die Entwicklung nicht als Deregulierung, als Abbau des Sozialstaates zu verstehen, sondern streitet dafür, die autoritären Aspekte dieses Umbaus in den Blick zu nehmen, die aus Kontrolle, Zwangsintegration und der Schaffung neuer sozial-rassistischer Ein- und Ausschließungen im Rahmen der »Sicherheits«-Debatte bestehen. Unter kritischen GewerkschafterInnen und anderen sozialpolitisch Engagierten wird seit einiger Zeit das Konzept der »Sozialen Grundrechte« als radikal-demokratische Orientierung diskutiert. Es betrachtet »die soziale Frage« nicht mehr nur als reine Umverteilungsfrage bzw. als Frage von Verteilungsgerechtigkeit und versucht somit die linke Sozialstaatskritik weiterzuentwickeln.
Mit Dirk Hauer, Hamburg, Autor, Mitglied der Arbeitsgruppe »Blauer Montag« und aktiv in der SoPo (Sozialpolitische Opposition) Hamburg.
Termin: 17. April, 20 Uhr, Paradox, Bernhardstr.12, Bremen
Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen
(www.luxemburg-initiative.de)

»vorwärts bis zum nieder mit«.
30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen
Buchvorstellung und Dia-Vortrag
Plakate sind die zumeist flüchtigen Begleiter der vielfältigen Aktivitäten der sozialen Bewegungen. Sie dienen der Kommunikation, der Propaganda, der Selbstdarstellung, der Information und der Mobilisierung. Plakate sind Mitteilungen im öffentlichen Raum. Sie kleben an Häuserwänden, Stromkästen und Stellschildern und gehören neben Demonstrationen zu den am deutlichsten sichtbaren Zeichen der Bewegungen. Politische Plakate spiegeln in ihrer Wort- und Bildersprache die Überzeugungen, die Traditionen und die Gedanken(losigkeit) der AktivistInnen wider. Sie kommunizieren Politik nach »außen« in die Gesellschaft und dienen der internen Selbstverständigung und scheinen ein Stück kostenfreier Literatur zu sein. Anhand von Plakaten lassen sich Handlungsmotive, Anlässe, bedeutsame Ereignisse und Entwicklungslinien der sozialen Bewegungen kritisch nachvollziehen. Nach dem inzwischen vergriffenen ersten Band »hoch die kampf dem« erschien Ende 2001 das neue Buch »vorwärts bis zum nieder mit«. In dem Buch sind über 800 Plakate »unkontrollierter« Bewegungen aus den letzten 30 Jahren abgedruckt, die Artikel behandeln die Bedeutung des politischen Plakats als Speichermedium wesentlicher Ereignisse in der Geschichte sozialer Bewegungen.
Mit Markus Mohr, Berlin,
Mitherausgeber des Buches
Eine Veranstaltung der
Rosa-Luxemburg-Initiative
(www.luxemburg-initiative.de) in Zusammenarbeit mit Infoladen und Archiv der sozialen Bewegungen (alle Bremen)
Termin: 15. Mai, 19.30 Uhr, Infoladen, St.-Pauli-Str. 10/12, Bremen

»Wie klingt die neue Mitte?
– Rechte und reaktionäre Tendenzen in der Popmusik«
Martin Büssers zentrale These: Rock- und Popmusik war über Jahrzehnte vom Verdacht frei, staatstragende oder sogar rechte Inhalte zu vermitteln. Doch die Musik, die einmal als Soundtrack für jugendlichen Protest und kritische Inhalte stand, ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und offenbart dort deren reaktionäre Gesinnung. Für eine kritische Analyse reicht es daher nicht, »entlarvend« das inzwischen entstandene rechte Netzwerk als solches abzubilden. Vielmehr sei die Mentalitätsgeschichte der jüngeren Popentwicklung nur in Zusammenhang mit dem politischen Klimawechsel zu verstehen. Wie diese scheinbar widersprüchliche Entwicklung verlief – von linker Gegenkultur zu neofaschistischen Klängen – analysiert Büsser exemplarisch anhand von Beispielen von Punk bis Dark Wave. Martin Büsser hat zu diesem Thema auch ein Buch gleichen Titels veröffentlicht.
Termin: 8. Mai um 20.00 Uhr im Buchladen »Andere Seiten«, Brunnenstrasse 15/16, D-28203 Bremen
E-Mail: anares-nord@gmx.de
Internet: www.anares.org/nord
☎(04 21) 794 73 81

SSM – KÖLN

SSM-Zeiten im Museum Ludwig
15. März bis 2. Mai 2002
Ausstellung im Rahmen der »Ökonomien der Zeit«
Öffnungszeiten des Museum Ludwig,
Bischofsgartenstr. 1, Köln
dienstags 10-20 Uhr
mittw. bis freitags 10-18 Uhr
samstags u. sonntags 11-18 Uhr
montags geschlossen
Veranstaltungen im Foyer Museum Ludwig, Eintritt frei
Dienstag 9. April 20 Uhr Neue Arbeit und nachhaltige Stadtentwicklung
Die Genossenschaft WIWAT stellt sich vor (Kurzfilm) mit Gisela Emons und Michael Birkenbeul.
Die Industriebrache »Alter Güterbahnhof« in Köln-Mülheim soll ein neues Stadtquartier werden, wo Arbeiten und Wohnen, soziales Engagement und Freizeit wieder zusammengebracht werden können. Ideen von »Neuer Arbeit« werden zur Diskussion gestellt.
Sonntag 14. April 18 Uhr SSM-UnterstützerInnen erzählen
mit Dorothea Weisel, Martin Rausch, Rolf Stärk Musik mit Constanze Essler (Akkordeon)
Die SSM war von Anfang an mehr als eine Gruppe, ist vielmehr ein Netzwerk von Menschen, die soziale Lebensqualität wertschätzen. Was bewegt Menschen, über Jahre hinweg, die SSM zu unterstützen oder Neues mit auf den Weg zu bringen?
Donnerstag 18. April 17 Uhr
Andere Zeiten bei der SSM
Führung mit Heinz Weinhausen
Freitag 19. April 10 Uhr
SSM und Nachhaltigkeit
mit Elke Daoud
Welche Aspekte von Nachhaltigkeit werden bei der SSM gelebt? SSM konkret: Sortieren von Hausrat aus einer Wohnungsauflösung
Dienstag 23. April 10 Uhr Offene Sitzung der SSM
Die Woche wird geplant, Wichtiges besprochen. Vorher gibt es die Arbeitsberichte vom Vortag.
Sonntag 21. April 18 Uhr
Von der Enteignung zur Aneigung
Filme über die Landlosenbewegung MST und SSM. Kurzreferat von Heinz Weinhausen, Diskussion
Obdachlose in Brasilien versuchen sich zu nehmen, was sie brauchen: ein Stück Land als Existenzgrundlage. Kooperation ist dafür eine Grundbedingung. Brauchen auch wir in der BRD wieder Häuser und Produktionsmittel, um die Massenarbeitslosigkeit bewältigen zu können?
Dienstag 30. April 19 Uhr
Film »Die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim«
KAOS-Team, 90 min, 2002 Rea Karen und Peter Kleinert haben die SSM im Alltag begleitet und Interviews geführt.

AG SPAK

Zivilgesellschaft, Neue soziale Bewegungen und Organisationsformen
Durch das Treffen von AktivistInnen aus den sozialpolitischen Bewegungen wird ein Überblick über den aktuellen Stand der Basisbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland möglich. Basisbewegungen bilden den Resonanzboden der Zivilgesellschaft, die heute in aller Munde geführt wird. Es scheinen für die Bewegungen aber die selben Gefahren zu bestehen, wie für Parteien, die aus den Bewegungen entstehen: Beteiligung an der Macht korrumpiert, Einbinden in Gremien, Nicht-Ernst-Nehmen, Kriminalisierung, Ernstnehmen folgt zu letzt. Dies hängt oft genug von der Breite und den Aktionen der Bewegungen ab. Auch ist eine langjährige Wellenbewegung bis hin zum Erfolg zu beobachten. Eine soziale Innovation braucht oft genug 15 Jahre bis zur Verwirklichung auf kommunaler Ebene, auf Bundesebene noch mehr. Durch die Impulsreferate am Samstag sollen diese Fragen angestoßen werden.
Termin: 26.-28. April 2002, Wasserburg am Bodensee
Ein SPAK-Kontakt der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK).
Anmeldung & Information:
agspak, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, D-88142 Wasserburg
E-Mail : agspak@t-online.de
Internet: www.agspak.de
☎/Fax (0 83 82) 8 90 56

BEWEGUNGSSTIFTUNG

Mit Geld die Welt verändern...
Im Seminar werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie das eigene Vermögen für sozialen und ökologischen Wandel eingesetzt werden kann. Es bietet die Möglichkeit, einen auf die persönlichen Bedürfnisse ausgerichteten Weg zum politischen und ethischen Umgang mit Vermögen zu erarbeiten und erste konkrete Schritte zu unternehmen.
Termin: 24.-26. Mai 2002, Verden
Anmeldung & Information:
Die Bewegungsstiftung, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden
Internet: www.bewegungsstiftung.de
☎((0 42 31) 95 75 40, Fax 95 75 41

KOMMUNIKATION

Einfühlende Verständigung in Freiheit und Wertschätzung
Bei der Gewaltfreien Kommunikation oder »Kommunikation von Herz zu Herz« handelt es sich um einen Gesprächsprozess, der die Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse, Gefühle und konkret umsetzbaren Schritte zur Veränderung für mich und mein Gegenüber lenkt. Dieser Prozess hilft transparent zu machen, was Konflikten wirklich zugrunde liegt. Gleichzeitig ist es eine Art zu kommunizieren, die die Freiheit, Selbstbestimmung und Wertschätzung einer jeden Person im Blick hat, so dass Beziehungen auf einen Boden gestellt werden, auf dem wohlwollende und kooperative Haltung wachsen kann. Diese Art zu kommunizieren lädt uns ein, Verantwortung für die eigenen Gefühle und Bedürfnisse zu übernehmen und dem Gegenüber die Verantwortung für seine zu lassen.
Termin: 19.-21.4.2002
Information & Anmeldung:
Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz,
Walpodenstr. 10, D-55116 Mainz
☎(0 61 31) 140 86 30

MÄNNER

Einsam, zweisam oder gemeinsam
Lebenswege von Männern
Das Leben ist nicht mehr geradlinig – verliebt, verlobt, verheiratet... bis an das Lebensende gilt schon länger und für viele nicht mehr. Besonders durch Umbrüche, Trennungen, Krankheiten oder in der Lebensmitte stellt sich für viele Männer immer wieder die Frage, wie sie weiterleben wollen.
An diesem Wochenende wollen wir uns die Zeit nehmen uns unter Männern auszutauschen über männliche Lebenswege als Single, Partner, Familienvater, Mitglied einer WG oder Lebensgemeinschaft oder...
Ein Wochenende für Männer zum Austauschen und reflektieren eigener Erfahrungen und Phantasien (»Wie ich schon immer einmal leben wollte«), zum gegenseitigen Anregen und Ermutigen für den weiteren Lebensweg, zum Klönen und Entspannen.
Termin: 26.-28.4.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

PROJEKTWERKSTATT

»Message from Utopia oder:
Was kommt nach der Globalisierung?«
Der Euro ist da – allerhöchste Zeit für ANDERE politische Visionen! Das vergangene Jahr hat weltweit für linke Bewegungen ein zunehmendes Maß an Gewalt und Repression mit sich gebracht. Gleichzeitig ist viel Altes in Bewegung geraten, Neues entstanden und weiter am Entstehen. Es ist zu hoffen, dass immer mehr Menschen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und sich nicht mehr nach dem Gusto der selbsternannten globalen Elite servieren lassen. Utopisches Denken kann auf eine lange Tradition zurückblicken und steht angesichts der angespannten Weltlage vor neuen Herausforderungen. Krieg nach Außen und Innen, ökologische und soziale Probleme häufen sich, wie sich zuletzt erst in Argentinien zeigte. Wollen wir nicht in Protest und Reaktion auf die Zukunftsrezepte der Herrschenden gefangen bleiben, ist es notwendig, uns Freiräume zu schaffen, in denen wir die Entwicklung neuer Gesellschaftsentwürfe vorantreiben und experimentell gestalten können. Der Workshop soll Raum geben für Kritik an den Verhältnissen der real existierenden Globalisierung und Entwicklung konkreter Utopien. JedeR von uns soll im konkreten politischen Alltag handlungsfähiger werden. Die Seminargestaltung lehnt sich an das Konzept der Zukunftswerkstätten an. Zukunftswerkstätten sind eine kreative Methode, die sich zur Erarbeitung von Utopien in neu zusammengesetzten Gruppen besonders gut eignet. Selbst organisieren – selbst ausprobieren – selbst gestalten – darum wird es an diesem Wochenende gehen. Wovon wollt Ihr weg ? Wo steht Ihr? Wo wollt Ihr hin?
Teilnahme-Beitrag: 10 Euro
Eine Fahrtkostenumlage kann und sollte während des Seminars vereinbart werden. Wir bitten Euch Bahn- und AutofahrerInnen darum, Mitfahrgelegenheiten für andere SeminarteilnehmerInnen anzubieten.
Termin: 3.-5. Mai in Saasen, nahe Gießen (Projektwerkstatt)
Das Seminar wird unterstützt von Stiftung Nord-Süd-Brücken und Rosa Luxemburg-Stiftung Berlin (Jugendbildungswerk).
Anmeldung bei: Baobab – Infoladen Eine Welt e.V., Christburger Str. 38, D-10405 Berlin
☎(0 30) 442 61 74
E-Mail: jeh@baobab-infoladen.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg